



Presseresonanz

**Gleichstellungs-
politik 3.0**

23. Bundeskonferenz der
kommunalen Frauen- und
Gleichstellungsbeauftragten

06.09. - 08.09.2015
Rostock/Warnemünde

Bundesarbeitsgemeinschaft
kommunaler

frauen Büros

Presseresonanz zur 23. Bundeskonferenz der Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten

Inhalt

1. Warnow Kurier.....	3	45. Twitter BMFSFJ	37
2. Radio Lohro	3	45. berlin.de Treptow.....	37
3. Ostseezeitung	4	46. Kleve. de	39
4. Norddeutsche Neuste Nachrichten	4	47. Emsvechtawelle	40
5. RBB Radio Zeitpunkte	5	48. Roedinghausen.de	41
6. dpa	5	49. Wuppertaler Rundschau	42
7. Zwei Wochen Dienst.....	5	50. Vechte News	42
8. Land MV Service.....	6	51. Henstedt-Ulzburg.de	44
9. Europa MV	6	52. Kiezleben Charlottenburg	45
10. Twitter Schwesig	7	53. Tagesschau	46
11. Landeszentrum MV	8	54. Weserkurier	46
12. Frauenseiten Bremen	8	55. Wiehl.de	46
13. europa-mv.de	9	56. Herzogenrath.de	48
14. Heise Newsticker	9	57. viernheim24.de	49
15. 180 grad-fm	10	58. rlp.de	51
16. ZWD Info	11	59. Frauenpolitischer Dienst.....	51
17. Regierung-mv.de	12	61. borken.de.....	51
18. dpa	12	62. steinfurt.de	52
19. article-wn.com	15	62. Hessischer Rundfunk	53
20. Landespresseportal	15	63. NWZ	53
21. BMFSFJ	16	64. Lokalkompass Schwerte	54
22. Rügenbote	17	65. Wuerselen.de	55
23. SVZ	18	66. Wallenhorst.de	57
24. Focus	18	67. Gescher Magazin	58
25. Abendblatt	19	68. Reken-erleben.de	59
26. Deutschlandradio Kultur	20	69. Diekholzen.de	61
27. fm.com Nachrichten	23	70. MV-Landesdienst	62
28. NDR Aktuell,	24	71. Landkreis Hildesheim	62
29. NDR online	24	72. Kaufbeuren	64
30. Antenne MV Radio	24	73. Dietzenbach.de	66
31. HRO News	25	74. Lingen.de	66
32. Schweriner Volkszeitung.....	26	75. Kaiserslautern	68
33. MV Zeitnah.....	29	76. Landkreis Verden	69
34. Norddeutsche Neuste Nachrichten	30	77. Alfelder Zeitung	70
35. Ostseezeitung	31	78. Win- Witten	71
36. Focus	31	79. Wochenblatt Regensburg	72
37. Neues Deutschland.....	31	80. Zwei Wochen Dienst	73
38. Junge Welt	31	81. Rhede News	73
39. Vernetzungsstelle	32	82. Emsland News	75
40. LAG Niedersachsen	33	83. Aachener Zeitung	75
41. t-online	34	85. mvforyou.....	77
42. Ostsee Zeitung	34	Weitere Pressemitteilungen.....	77
42. Ostsee Zeitung	35		
43. Die Welt	36		

1. Warnow Kurier

05.08.2015



2. Radio Lohro

02.09.2015

<http://www.lohro.de/fuer-eine-bessere-frauen-politik/>

02.09.2015) Das Rostocker Rathaus und das Hotel Neptun in Warnemünde sind ab dem Wochenende Gastgeber für den Bundeskongress kommunaler Frauen- und Gleichstellungsbüros. Zu der Veranstaltung werden rund 400 TeilnehmerInnen erwartet.

Der Kongreß steht in diesem Jahr unter dem Motto: Gleichstellungspolitik 3.0. Die einzelnen Diskussionen und Vorträge widmen sich den Themen Cybermobbing, dem Prostituiertenschutzgesetz, geschlechtergerechte Arbeitszeiten und der Frage, ob das Gesundheitssystem an Frauen verdient.

Erwartet werden zum Kongress die Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Manuela Schwesig – die Ministerin für Arbeit, Gleichstellung und Soziales des Landes Mecklenburg-Vorpommern, Birgit Hesse und als Gastgeber Oberbürgermeister Roland Methling.

3. Ostseezeitung

03.09.2015



4. Norddeutsche Neuste Nachrichten

03.09.2015



5. RBB Radio Zeitpunkte

06.09.2015

http://www.kulturradio.de/programm/sendungen/150906/zeitpunkte_magazin_1704.html

Gleichstellungsbeauftragte fordern Schutzmaßnahmen

Besonders gefährdet: Frauen auf der Flucht

Ein Gespräch mit Susanne Löb, Sprecherin der Bundeskonferenz der kommunalen Gleichstellungsbeauftragten. An diesem Wochenende tagt die Bundesarbeitsgemeinschaft der Gleichstellungsbeauftragten in Rostock. Unter anderem beschäftigen sie sich auch mit den spezifischen Bedürfnissen von Frauen auf der Flucht.

Denn weibliche Flüchtlinge sind besonders gefährdet, wenn sie ihre Heimat verlassen müssen. Die Gleichstellungsbeauftragten stellen konkrete Forderungen an die Politik, dazu zählen:

- Spezielle psychotherapeutische Hilfsangebote für traumatisierte Frauen und Mädchen
- Schulungen für Betreuungspersonen in den Unterkünften
- Weibliche Ansprechpartnerinnen und weibliche Dolmetscher für Frauen
- Abschließbare Räume und Unterkünfte
- Geschlechtergetrennte Sanitäranlagen
- Angemessener und geschützter Wohnraum für alleinreisende Frauen mit Kindern

Radiobeitrag: Interview mit Susanne Löb

http://www.kulturradio.de/programm/sendungen/150906/zeitpunkte_magazin_1704.html

Deutschlandradio Kultur Audio und Text

<http://www.deutschlandradio.de/text-und-audio-suche.287.de.html?search%5Bsubmit%5D=1&search%5Bword%5D=Gleichstellung>

6. dpa

06.09.2015 18:30

Gesellschaft;Familie;Mecklenburg-Vorpommern;Frauen;

Vorausmeldung

Konferenz: Internet ändert Arbeit der Gleichstellungsbeauftragten

Rostock (dpa/mv) - Mehr als 400 kommunale Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten aus ganz Deutschland treffen sich am Montag (10.00 Uhr) in Rostock zu ihrer 23. Bundeskonferenz. Zwei Tage soll es unter dem Motto «Gleichstellungspolitik 3.0» hauptsächlich um die Veränderungen ihrer Arbeit und die völlig neuen Herausforderungen gehen, die das Internetzeitalter mit sich bringt. So verzeichnen die Gleichstellungsbeauftragten eine starke Zunahme beim sogenannten Cybermobbing. Dabei handelt es sich um Angriffe, Beleidigungen oder Bedrohungen beispielsweise in sozialen Netzwerken. Bei einer EU-weiten Befragung unter 42 000 Frauen hätten 20 Prozent der 18- bis 29-jährigen angegeben, schon Opfer von Online-Belästigung geworden zu sein. Zur Tagung werden Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig und Landessozialministerin Birgit Hesse (beide SPD) erwartet.

dpa-Notizblock

Internet

7. Zwei Wochen Dienst

07.09.2015

http://www.zwd.info/?cat=5&group_id=103

23. BUKO DER KOMMUNALEN FRAUEN- UND GLEICHSTELLUNGSBEAUFTRAGTEN

Gleichstellungspolitik 3.0: Mittel aus Betreuungsgeld für Gesetz zur Familienarbeitszeit verwenden

- Frauen- und Gleichstellungsbüros benötigen dringend bessere Rahmenbedingungen
- Situation von Flüchtlingsfrauen im Fokus
- Rentensystem muss grundlegend reformiert werden

zwd Rostock-Warnemünde (sv). Die Delegierten der 23.

Bundeskonferenz der kommunalen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten fordern die Bundesregierung dazu auf, die frei werdenden Mittel aus dem Betreuungsgeld für ein Gesetz zur Familienarbeitszeit und den Ausbau der Kitaplätze einzusetzen. Es sei ein Unding, dass Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) mit den frei werdenden Geldern Haushaltslöcher stopfen wolle. So sehe keine moderne Familienpolitik aus. 370 Teilnehmerinnen aus ganz Deutschland diskutieren am Montag und Dienstag in Rostock-Warnemünde unter dem Motto „Gleichstellungspolitik 3.0: Für eine bessere Zukunft!“ sowohl über neue, zukunftsorientierte Themen als auch über frauenpolitische „Dauerbrenner“.

8. Land MV Service

07.09.2015

http://www.service.m-v.de/cms/DLP_prod/DLP/Startseite/index.jsp?pid=105721

Hesse: Vereinbarkeit von Arbeit und Privatleben setzt Gleichstellung voraus

07.09.2015 - 087

Gleichstellungsministerin Birgit Hesse hat am Montag auf der Bundeskonferenz der kommunalen Gleichstellungsbeauftragten in Rostock auf die Notwendigkeit der Gleichstellung von Männern und Frauen hingewiesen. „Wer eine moderne Gesellschaft und eine moderne Gesellschaftspolitik will, der kommt um das Thema Gleichstellung nicht herum und der kommt um die Gleichstellungsbeauftragten nicht herum“, sagte Hesse vor rund 370 aus ganz Deutschland angereisten kommunalen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten.

Gleichzeitig machte die Ministerin deutlich, dass sowohl Gleichstellung als auch die bessere Vereinbarkeit von Erwerbs- und Privatleben Schwerpunkte der Landesregierung sind. Das zeige sich auch in der aktuellen Förderperiode des Europäischen Sozialfonds (ESF). „Wir fördern aus ESF-Mitteln verstärkt Projekte, die sich mit diesem Thema auseinandersetzen, es vorantreiben, es in die Öffentlichkeit tragen. Bis 2020 stehen dafür 13 Millionen Euro zur Verfügung“, so Hesse.

Eine bessere Vereinbarkeit zwischen verschiedenen Lebensbereichen setzt nach Ansicht der Ministerin die Gleichstellung voraus. Dies könne nicht allein durch Gesetze und Verordnungen geschehen. Sie könnten zwar helfen, entscheidend sei jedoch die Einstellung jedes Einzelnen. „Es muss klar sein: Vereinbarkeit geht alle an - Männer und Frauen, Arbeitgeber und Beschäftigte, Jung und Alt“, sagte Hesse. „Und von Vereinbarkeit profitieren alle. Wer es seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ermöglicht, ihre Arbeitszeiten mit ihren verschiedenen Lebensphasen in Einklang zu bringen, der wird zufriedene und motivierte Beschäftigte haben und diese auch längerfristig binden können.“

9. Europa MV

07.09.2015

http://www.europa-mv.de/cms2/Europamv_prod/Europamv/de/start/index.jsp?&pid=105687

Hesse: Vereinbarkeit von Arbeit und Privatleben setzt Gleichstellung voraus

07.09.2015 - 087

Gleichstellungsministerin Birgit Hesse hat am Montag auf der Bundeskonferenz der kommunalen Gleichstellungsbeauftragten in Rostock auf die Notwendigkeit der Gleichstellung von Männern und Frauen hingewiesen. „Wer eine moderne Gesellschaft und eine moderne Gesellschaftspolitik will, der kommt um das Thema Gleichstellung nicht herum und der kommt um die Gleichstellungsbeauftragten nicht herum“, sagte Hesse vor rund 370 aus ganz Deutschland angereisten kommunalen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten.

Gleichzeitig machte die Ministerin deutlich, dass sowohl Gleichstellung als auch die bessere Vereinbarkeit von Erwerbs- und Privatleben Schwerpunkte der Landesregierung sind. Das zeige sich auch in der aktuellen Förderperiode des Europäischen Sozialfonds (ESF). „Wir fördern aus ESF-Mitteln verstärkt Projekte, die sich mit diesem Thema auseinandersetzen, es vorantreiben, es in die Öffentlichkeit tragen. Bis 2020 stehen dafür 13 Millionen Euro zur Verfügung“, so Hesse.

Eine bessere Vereinbarkeit zwischen verschiedenen Lebensbereichen setzt nach Ansicht der Ministerin die Gleichstellung voraus. Dies könne nicht allein durch Gesetze und Verordnungen geschehen. Sie könnten zwar helfen, entscheidend sei jedoch die Einstellung jedes Einzelnen. „Es muss klar sein: Vereinbarkeit geht alle an - Männer und Frauen, Arbeitgeber und Beschäftigte, Jung und Alt“, sagte Hesse. „Und von Vereinbarkeit profitieren alle. Wer es seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ermöglicht, ihre Arbeitszeiten mit ihren verschiedenen Lebensphasen in Einklang zu bringen, der wird zufriedene und motivierte Beschäftigte haben und diese auch längerfristig binden können.“

10. Twitter Schwesig

07.09.2015

<https://twitter.com/manuelaschwesig/status/640819498610728961>



11. Landeszentrum MV

07.09.2015

[http://www.landeszentrum-mv.de/index.php?id=51&tx_news_pi1\[news\]=70&tx_news_pi1\[day\]=7&tx_news_pi1\[month\]=9&tx_news_pi1\[year\]=2015&cHash=b9622c019b42f5a9792de17ac47ec0a2](http://www.landeszentrum-mv.de/index.php?id=51&tx_news_pi1[news]=70&tx_news_pi1[day]=7&tx_news_pi1[month]=9&tx_news_pi1[year]=2015&cHash=b9622c019b42f5a9792de17ac47ec0a2)

Ministerin Hesse: Vereinbarkeit von Arbeits- und Privatleben setzt Gleichstellung voraus

07.09.2015

Bundeskonferenz der kommunalen Gleichstellungsbeauftragten in Rostock

Gleichstellungsministerin Birgit Hesse hat am 7. September auf der Bundeskonferenz der kommunalen Gleichstellungsbeauftragten in Rostock auf die Notwendigkeit der Gleichstellung von Männern und Frauen hingewiesen. „Wer eine moderne Gesellschaft und eine moderne Gesellschaftspolitik will, der kommt um das Thema Gleichstellung nicht herum und der kommt um die Gleichstellungsbeauftragten nicht herum“, sagte Hesse vor rund 370 aus ganz Deutschland angereisten kommunalen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten.

Gleichzeitig machte die Ministerin deutlich, dass sowohl Gleichstellung als auch die bessere Vereinbarkeit von Erwerbs- und Privatleben Schwerpunkte der Landesregierung sind. Das zeige sich auch in der aktuellen Förderperiode des Europäischen Sozialfonds (ESF). „Wir fördern aus ESF-Mitteln verstärkt Projekte, die sich mit diesem Thema auseinandersetzen, es vorantreiben, es in die Öffentlichkeit tragen. Bis 2020 stehen dafür 13 Millionen Euro zur Verfügung“, so Hesse.

Eine bessere Vereinbarkeit zwischen verschiedenen Lebensbereichen setzt nach Ansicht der Ministerin die Gleichstellung voraus. Dies könne nicht allein durch Gesetze und Verordnungen geschehen. Sie könnten zwar helfen, entscheidend sei jedoch die Einstellung jedes Einzelnen. „Es muss klar sein: Vereinbarkeit geht alle an - Männer und Frauen, Arbeitgeber und Beschäftigte, Jung und Alt“, sagte Hesse. „Und von Vereinbarkeit profitieren alle. Wer es seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern

ermöglicht, ihre Arbeitszeiten mit ihren verschiedenen Lebensphasen in Einklang zu bringen, der wird zufriedene und motivierte Beschäftigte haben und diese auch längerfristig binden können.“

Quelle: Ministerium für Arbeit, Gleichstellung und Soziales M-V, Pressemitteilung vom 7. September 2015.

12. Frauenseiten Bremen

07.09.2015

<http://frauenseiten.bremen.de/termine/bundeskonferenz-gleichstellungspolitik-3-0/>

23. Bundeskonferenz der kommunalen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten und frauenpolitisch Interessierten

Auch Gleichstellungspolitik unterliegt den gesellschaftlichen Veränderungen. Gleichstellung 3.0 bedeutet, sich mit neuen, zukunftsorientierten Themen zu befassen, z.B. der globalen Digitalisierung und ihren Auswirkungen auf Frauen und Männer.

Gleichstellungspolitik 3.0 heißt aber auch, sich immer wieder mit den eigentlich seit Jahrzehnten bekannten Themen in ihrer aktuellen Entwicklung auseinanderzusetzen. Gleichstellungspolitik 3.0: Nimmt neuere Form von Gewalt, das Cybermobbing, in den Fokus. Cybermobbing, das sind verbale Angriffe, Beleidigungen, Anfeindungen und Bedrohungen z.B. in sozialen Netzwerken, die sich vor allem gegen Mädchen und Frauen richten. Bei einer EU-weiten Befragung von 42.000 Frauen gaben 20 % der 18 bis 29jährigen an, schon mal Opfer von online-Belästigung geworden zu sein. Laut dieser Untersuchung betrifft das jede 5. Frau. Es besteht also dringender Handlungsbedarf.

Gleichstellungspolitik 3.0: Bedeutet über neue Arbeitszeiten für Väter und Mütter nachzudenken. Immer mehr Väter wollen weniger arbeiten, sie wollen mehr Zeit mit ihrer Familie verbringen. Nur wenige Arbeitgeber haben darauf bisher entsprechend reagiert und sehen immer noch lieber die Frauen in Eltern- und Teilzeit. Doch auch

Frauen lehnen zunehmend dieses Modell für sich ab, denn es bedeutet häufig den Verlust ihrer langjährig erworbenen Qualifikation, im Alter eine schlechte Rente und in vielen Fällen sogar die Altersarmut. Es ist Zeit für neue geschlechtergerechte Arbeitszeiten für Frauen und Männer.

Einladung: VA_07.09. Einladung_PK Buko neu
Mehr zu Anmeldung, Programm u. s. w.

ACHTUNG: Aus aktuellem Anlass wurde die Pressekonferenz auf Montag, den 7.9. 2015 vorgezogen. Der bisher angekündigte Termin, Dienstag 8.9. entfällt !

13. europa-mv.de

07.09.2015

http://www.europa-mv.de/cms2/Europamv_prod/Europamv/de/start/index.jsp?&pid=105687

Hesse: Vereinbarkeit von Arbeit und Privatleben setzt Gleichstellung voraus

07.09.2015 - 087

Gleichstellungsministerin Birgit Hesse hat am Montag auf der Bundeskonferenz der kommunalen Gleichstellungsbeauftragten in Rostock auf die Notwendigkeit der Gleichstellung von Männern und Frauen hingewiesen. „Wer eine moderne Gesellschaft und eine moderne Gesellschaftspolitik will, der kommt um das Thema Gleichstellung nicht herum und der kommt um die Gleichstellungsbeauftragten nicht herum“, sagte Hesse vor rund 370 aus ganz Deutschland angereisten kommunalen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten.

Gleichzeitig machte die Ministerin deutlich, dass sowohl Gleichstellung als auch die bessere Vereinbarkeit von Erwerbs- und Privatleben Schwerpunkte der Landesregierung sind. Das zeige sich auch in der aktuellen Förderperiode des Europäischen Sozialfonds (ESF). „Wir fördern aus ESF-Mitteln verstärkt Projekte, die sich mit diesem Thema auseinandersetzen, es vorantreiben, es in die Öffentlichkeit tragen. Bis 2020 stehen dafür 13 Millionen Euro zur Verfügung“, so Hesse.

Eine bessere Vereinbarkeit zwischen verschiedenen Lebensbereichen setzt nach Ansicht der Ministerin die Gleichstellung voraus. Dies könne nicht allein durch Gesetze und Verordnungen geschehen. Sie könnten zwar helfen, entscheidend sei jedoch die Einstellung jedes Einzelnen. „Es muss klar sein: Vereinbarkeit geht alle an - Männer und Frauen, Arbeitgeber und Beschäftigte, Jung und Alt“, sagte Hesse. „Und von Vereinbarkeit profitieren alle. Wer es seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ermöglicht, ihre Arbeitszeiten mit ihren verschiedenen Lebensphasen in Einklang zu bringen, der wird zufriedene und motivierte Beschäftigte haben und diese auch längerfristig binden können.“

14. Heise Newsticker

07.09.2015

<http://www.heise.de/newsticker/meldung/Internet-aendert-Arbeit-der-Gleichstellungsbeauftragten-2806706.html>

Internet ändert Arbeit der Gleichstellungsbeauftragten
07.09.2015 09:02 Uhr



(Bild: dpa)

Das Internet hat in den vergangenen Jahren die Gesellschaft massiv verändert. Davon blieb die Arbeit der Gleichstellungsbeauftragten nicht verschont. Eine Konferenz in Rostock will sich mit den Konsequenzen beschäftigen.

Mehr als 400 kommunale Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte aus ganz Deutschland treffen sich an diesem Montag in Rostock zu ihrer 23. Bundeskonferenz. Zwei Tage soll es unter dem Motto „Gleichstellungspolitik

3.0“ hauptsächlich um die Veränderungen ihrer Arbeit und die völlig neuen Herausforderungen gehen, die das Internetzeitalter mit sich bringt.

So verzeichnen die Gleichstellungsbeauftragten eine starke Zunahme beim sogenannten Cybermobbing. Bei einer EU-weiten Befragung unter 42.000 Frauen hätten 20 Prozent der 18- bis 29-jährigen angegeben, schon Opfer von Online-Belästigung geworden zu sein. Zur Tagung werden Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig und Landessozialministerin Birgit Hesse (beide SPD) erwartet. Gerechte Arbeitszeiten für Frauen und Männer Gleichstellungspolitik 3.0 bedeute aber auch, über neue Arbeitszeiten für Väter und Mütter nachzudenken. Es sei Zeit für geschlechtergerechte Arbeitszeiten für Frauen und Männer. Immer mehr Väter wollten weniger arbeiten, dafür aber mehr Zeit mit ihren Familien verbringen, hieß es. Nur wenige Arbeitgeber hätten bisher entsprechend reagiert und sähen immer noch lieber die Frauen in Eltern- und Teilzeit, hieß es. Damit stießen sie aber auch zunehmend bei Frauen auf Widerstand.

Gleichzeitig werde es um die angestammten Themen der Gleichstellungsbeauftragten gehen. So sollen die traditionell weiblichen Berufe aufgewertet werden. Es sei nicht nachzuvollziehen, warum gerade die Berufe, in denen es um die Erziehung oder Pflege von Menschen geht, schlechter bewertet und bezahlt werden als beispielsweise technische Berufe. (dpa) / (anw)

15. 180 grad-fm

07.09.2015

<http://www.180grad-fm.com/nachrichten/rostock/bundeskongress-der-gleichstellungsbeauftragten.html>

Bundeskongress der Gleichstellungsbeauftragten

400 Gleichstellungsbeauftragte zum Bundeskongress in Rostock-Warnemünde

Zum 23. Bundeskongress kommunaler Frauen- und Gleichstellungsbüros haben Oberbürgermeister Roland Methling und Gleichstellungsbeauftragte Brigitte Thielk

Gleichstellungsbeauftragte aus dem gesamten Bundesgebiet nach Rostock eingeladen. Rund 400 kommunale Gleichstellungsbeauftragte werden am Kongress teilnehmen. „Ich freue mich über die große Resonanz.“



Warnemünde - Bundeskongress
Bundeskongress der kommunalen Gleichstellungsbeauftragten (Foto: SM)

Es zeigt mir, dass frauenpolitische Themen einen wichtigen Stellenwert in der Kommunalpolitik einnehmen“, sagte Oberbürgermeister Roland Methling. Die Tagung beginnt mit dem Empfang der Hansestadt Rostock am Sonntag, den 6. September um 18 Uhr im Rostocker Rathaus und geht am 7. und 8. September im Hotel-Neptun weiter. Unter dem Motto „Gleichstellungspolitik 3.0.“ sind am Montag und Dienstag Vorträge und Foren zu aktuellen frauen- und gleichstellungspolitischen Fragestellungen geplant. Die Themen reichen von Cybermobbing, dem Prostituiertenschutzgesetz, geschlechtergerechte Arbeitszeiten und der Frage, ob das Gesundheitssystem an Frauen verdient. Erwartet werden zum Kongress die Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Manuela Schwesig sowie die Ministerin für Arbeit, Gleichstellung und Soziales des Landes Mecklenburg-Vorpommern, Birgit Hesse.

„Der Landesfrauenrat MV e.V. fordert ein gleichstellungspolitisches Programm, um konkrete Gleichstellungsziele ressortübergreifend und interdisziplinär zu vereinbaren“, sagte die Rostocker Gleichstellungsbeauftragte Brigitte Thielk. „Moderne Gleichstellungspolitik muss in alle Politikbereiche wirken und die Gleichstellung von Frauen und Männern als Querschnittsthema denken und behandeln.“ Zudem fordern die Frauenpolitikerinnen eine wirksamere Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen, geschlechterneutrale Bildung von Anfang an, mehr Anstrengungen zu unternehmen, die Vereinbarkeit von Erwerbs- und Privatleben von Frauen und Männern zu verbessern, Gender und Gesundheit stärker in den Blick zu nehmen, Geschlechtergerechtigkeit in der Arbeitswelt,

Mobilität in ländlichen Räumen zur Gewährleistung von Gleichstellung zu verbessern, Geschlechtergerechtigkeit im Ehrenamt zu unterstützen und Armut von Frauen und Männern durch Maßnahmen zu bekämpfen. Zudem appellierte Brigitte Thielk an die Landesregierung, Einfluss darauf zu nehmen, dass bei der Neuregelung des Länderfinanzausgleichs nach 2019 geprüft wird, ein System zu schaffen, in dem ein Teil der Abgaben der einzelnen Bundesländer für die Kinderbetreuung als Abzug „vorgeschaltet“ werden. „Wir müssen Anreize für die Länder schaffen, mehr in die Kinderbetreuung zu investieren“, so die Gleichstellungsbeauftragte.

Der Kongress wird von der Bundesarbeitsgemeinschaft kommunaler Frauen- und Gleichstellungsbüros regelmäßig in unterschiedlichen Städten durchgeführt, zuletzt 2014 in Potsdam. In der Bundesarbeitsgemeinschaft haben sich weibliche, hauptamtliche, kommunale Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte zusammengeschlossen, um die Interessen von Frauen auf Bundesebene zu vertreten.

Weitere Informationen unter www.frauenbeauftragte.de

Ministerin Birgit Hesse: Vereinbarkeit von Arbeit und Privatleben setzt Gleichstellung voraus

Gleichstellungsministerin Birgit Hesse hat am Montag auf der Bundeskonferenz der kommunalen Gleichstellungsbeauftragten in Rostock auf die Notwendigkeit der Gleichstellung von Männern und Frauen hingewiesen. „Wer eine moderne Gesellschaft und eine moderne Gesellschaftspolitik will, der kommt um das Thema Gleichstellung nicht herum und der kommt um die Gleichstellungsbeauftragten nicht herum“, sagte Hesse vor rund 370 aus ganz Deutschland angereisten kommunalen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten.

Gleichzeitig machte die Ministerin deutlich, dass sowohl Gleichstellung als auch die bessere Vereinbarkeit von Erwerbs- und Privatleben Schwerpunkte der Landesregierung sind. Das zeige sich auch in der aktuellen Förderperiode des Europäischen Sozialfonds (ESF). „Wir fördern aus ESF-Mitteln verstärkt Projekte, die sich mit diesem Thema auseinandersetzen, es vorantreiben, es in die Öffentlichkeit tragen. Bis 2020 stehen

dafür 13 Millionen Euro zur Verfügung“, so Hesse.

Eine bessere Vereinbarkeit zwischen verschiedenen Lebensbereichen setzt nach Ansicht der Ministerin die Gleichstellung voraus. Dies könne nicht allein durch Gesetze und Verordnungen geschehen. Sie könnten zwar helfen, entscheidend sei jedoch die Einstellung jedes Einzelnen. „Es muss klar sein: Vereinbarkeit geht alle an – Männer und Frauen, Arbeitgeber und Beschäftigte, Jung und Alt“, sagte Hesse. „Und von Vereinbarkeit profitieren alle. Wer es seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ermöglicht, ihre Arbeitszeiten mit ihren verschiedenen Lebensphasen in Einklang zu bringen, der wird zufriedene und motivierte Beschäftigte haben und diese auch längerfristig binden können.“

16. ZWD Info

07.09.2015

twitter

zwd_Frauen¹@zwd_Frauen 7. Sep.

#23. BUKO DER #GLEICHSTELLUNGSBEAUFTRAGTEN Mittel aus #Betreuungsgeld für Gesetz zur #Familienarbeitszeit verwenden <http://www.frauen.zwd.info>

<https://twitter.com/manuelaschwesig/status/640819498610728961>

Manuela Schwesig¹@ManuelaSchwesig 7. September

#Frauenpower auf der Bundeskonferenz der kommunalen #Gleichstellungsbeauftragten in #Rostock. #Gleichstellung3.0



17. Regierung-mv.de

07.09.2015

http://www.regierung-mv.de/cms2/Regierungsportal_prod/Regierungsportal/de/sm/index.jsp?&pid=105686

Hesse: Vereinbarkeit von Arbeit und Privatleben setzt Gleichstellung voraus



Bundeskonferenz der kommunalen Gleichstellungsbeauftragten

Nr. 087-07.09.2015-SM-Ministerium für Arbeit, Gleichstellung und Soziales

Gleichstellungsministerin Birgit Hesse hat am Montag auf der Bundeskonferenz der kommunalen Gleichstellungsbeauftragten in Rostock auf die Notwendigkeit der Gleichstellung von Männern und Frauen hingewiesen. „Wer eine moderne Gesellschaft und eine moderne Gesellschaftspolitik will, der kommt um das Thema Gleichstellung nicht herum und der kommt um die Gleichstellungsbeauftragten nicht herum“, sagte Hesse vor rund 370 aus ganz Deutschland angereisten kommunalen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten.

Gleichzeitig machte die Ministerin deutlich, dass sowohl Gleichstellung als auch die bessere Vereinbarkeit von Erwerbs- und Privatleben Schwerpunkte der Landesregierung sind. Das zeige sich auch in der aktuellen Förderperiode des Europäischen Sozialfonds (ESF). „Wir fördern aus ESF-Mitteln verstärkt Projekte, die sich mit

diesem Thema auseinandersetzen, es vorantreiben, es in die Öffentlichkeit tragen. Bis 2020 stehen dafür 13 Millionen Euro zur Verfügung“, so Hesse.

Eine bessere Vereinbarkeit zwischen verschiedenen Lebensbereichen setzt nach Ansicht der Ministerin die Gleichstellung voraus. Dies könne nicht allein durch Gesetze und Verordnungen geschehen. Sie könnten zwar helfen, entscheidend sei jedoch die Einstellung jedes Einzelnen. „Es muss klar sein: Vereinbarkeit geht alle an - Männer und Frauen, Arbeitgeber und Beschäftigte, Jung und Alt“, sagte Hesse. „Und von Vereinbarkeit profitieren alle. Wer es seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ermöglicht, ihre Arbeitszeiten mit ihren verschiedenen Lebensphasen in Einklang zu bringen, der wird zufriedene und motivierte Beschäftigte haben und diese auch längerfristig binden können.“

18. dpa

07.09.2015

MV-Landesdienst; Kommunen; Gesellschaft; Frauen;

Forderung nach Bundesgesetz für kommunale Gleichstellungsbeauftragte

Rostock (dpa) - Die Arbeit kommunaler Gleichstellungsbeauftragter sollte in einem Bundesgesetz oder einer verbindlichen Rahmenrichtlinie geregelt werden. Das hat die Bundeskonferenz der kommunalen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten am Montag in Rostock gefordert. Grund dafür sei, dass einige Bundesländer keine Verpflichtung zur Einrichtung dieser Stellen sähen, sagte Beate Ebeling, Sprecherin der Bundesarbeitsgemeinschaft Kommunaler Frauenbüros. In diesem Gesetz müsse beispielsweise geregelt sein, dass Kommunen ab einer Größe von 10 000 oder 20 000 Einwohnern solche Stellen einrichten müssen. Bundesweit gebe es rund 1900 kommunale Gleichstellungsbeauftragte, davon 900 hauptamtlich.

dpa-Notizblock

07.09.2015 05:00

Gesellschaft; Familie; Mecklenburg-Vorpommern; Frauen; Zusammenfassung

Konferenz: Internet ändert Arbeit der Gleichstellungsbeauftragten

Foto - Archiv

Das Internet hat in den vergangenen Jahren die Gesellschaft massiv verändert. Davon blieb die Arbeit der Gleichstellungsbeauftragten nicht verschont. Eine Konferenz in Rostock beschäftigt sich mit den Konsequenzen. Rostock (dpa/mv) - Mehr als 400 kommunale Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten aus ganz Deutschland treffen sich am Montag (10.00 Uhr) in Rostock zu ihrer 23. Bundeskonferenz. Zwei Tage soll es unter dem Motto «Gleichstellungspolitik 3.0» hauptsächlich um die Veränderungen ihrer Arbeit und die völlig neuen Herausforderungen gehen, die das Internetzeitalter mit sich bringt.

So verzeichnen die Gleichstellungsbeauftragten eine starke Zunahme beim sogenannten Cybermobbing. Dabei handelt es sich um Angriffe, Beleidigungen oder Bedrohungen beispielsweise in sozialen Netzwerken. Bei einer EU-weiten Befragung unter 42 000 Frauen hätten 20 Prozent der 18- bis 29-jährigen angegeben, schon Opfer von Online-Belästigung geworden zu sein. Zur Tagung werden Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig und Landessozialministerin Birgit Hesse (beide SPD) erwartet. Gleichstellungspolitik 3.0 bedeute aber auch, über neue Arbeitszeiten für Väter und Mütter nachzudenken. Es sei Zeit für geschlechtergerechte Arbeitszeiten für Frauen und Männer. Immer mehr Väter wollten weniger arbeiten, dafür aber mehr Zeit mit ihren Familien verbringen, hieß es. Nur wenige Arbeitgeber hätten bisher entsprechend reagiert und sähen immer noch lieber die Frauen in Eltern- und Teilzeit, hieß es. Damit stießen sie aber auch zunehmend bei Frauen auf Widerstand.

Gleichzeitig werde es um die angestammten Themen der Gleichstellungsbeauftragten gehen. So sollen die traditionell weiblichen Berufen aufgewertet werden. Es sei nicht nachzuvollziehen, warum gerade die Berufe, in denen es um die Erziehung oder Pflege von Menschen geht, schlechter bewertet und bezahlt werden als beispielsweise technische Berufe.

dpa-Notizblock

Internet

[Konferenz] (<http://frauenbeauftragte.pekan.de/bundeskonferenzen/23-bundeskonferenz-2015-rostock-war-nemuende/>)

07.09.2015 12:00

Gesellschaft;Mecklenburg-Vorpommern;Frauen;

Meldung

Forderung nach Bundesgesetz für kommunale Gleichstellungsbeauftragte

Foto - Archiv

Rostock (dpa/mv) - Die Arbeit kommunaler Gleichstellungsbeauftragter sollte in einem Bundesgesetz oder in einer verbindlichen Rahmenrichtlinie geregelt werden. Das hat die Bundeskonferenz der kommunalen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten am Montag in Rostock gefordert. Grund dafür sei, dass einige Bundesländer keine Verpflichtung zur Einrichtung dieser Stellen sehen. Bundesweit gibt es den Angaben zufolge rund 1900 kommunale Gleichstellungsbeauftragte, 900 davon hauptamtlich. Allerdings seien viele Stellen nicht mit den notwendigen Ressourcen ausgestattet. Oft gebe es keine Mitarbeiterin oder unterstützende Verwaltungskraft, die Gehalts-Eingruppierung sei unterirdisch.

dpa-Notizblock

07.09.2015 15:04

Gesellschaft;Mecklenburg-Vorpommern;Frauen;

Zusammenfassung

Forderung nach Bundesgesetz für kommunale Gleichstellungsbeauftragte

Die Gleichstellung von Frauen und Männern ist in der Verfassung verankert. Doch die gesellschaftliche Realität hinkt noch weit hinterher. Es gibt noch viel zu tun für Gleichstellungsbeauftragte.

Rostock (dpa/mv) - Die Arbeit kommunaler Gleichstellungsbeauftragter sollte in einem Bundesgesetz oder einer verbindlichen Rahmenrichtlinie geregelt werden. Das hat die Bundeskonferenz der kommunalen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten am Montag in Rostock gefordert. Grund dafür sei, dass einige Bundesländer keine Verpflichtung zur Einrichtung dieser Stellen sehen, sagte Beate Ebeling, Sprecherin der Bundesarbeitsgemeinschaft Kommunaler Frauenbüros. In diesem Gesetz müsse beispielsweise geregelt sein, dass Kommunen ab einer Größe von 10 000 oder 20 000 Einwohnern solche Stellen einrichten müssen.

Wie Ebeling weiter sagte, gibt es etwa für die Kommunen in Baden-Württemberg keine gesetzlich verankerte Verpflichtung. In Niedersachsen sei nach diversen Änderungen der Vorgaben die Zahl der Beauftragten von 120 auf nunmehr rund 50 gesunken. Von diesen arbeiteten nur 28 in Vollzeit, die anderen seien mit zusätzlichen Aufgaben betraut.

Bundesweit gebe es rund 1900 kommunale Gleichstellungsbeauftragte, 900 davon hauptamtlich. Aber viele Stellen seien nicht mit den notwendigen Ressourcen ausgestattet. Oft gebe es keine Mitarbeiterin oder unterstützende Verwaltungskraft, die Gehalts-Eingruppierung sei unterirdisch. Es sei davon auszugehen, dass es bundesweit mehrere Kommunen gibt, in denen es gar keine Gleichstellungsbeauftragte gibt.

Die Konferenz forderte, dass im Gesetz ein einheitliches Berufsbild für Gleichstellungsbeauftragte festgelegt wird, das wiederum eine Hochschulausbildung voraussetzt. Damit sei eine bestimmte Eingruppierung verbunden. Die Stellen müssten zudem personell besser ausgestattet sein. Eines der Fachthemen der Konferenz mit rund 400 Delegierten war die «Gleichstellungspolitik 3.0», also die Veränderungen der Arbeit durch das Internet. So verzeichnen die Gleichstellungsbeauftragten eine starke Zunahme beim sogenannten Cybermobbing. Dabei handelt es sich um Angriffe, Beleidigungen oder Bedrohungen beispielsweise in sozialen Netzwerken. Bei einer EU-weiten Befragung unter 42 000 Frauen hätten 20 Prozent der 18- bis 29-jährigen angegeben, schon Opfer von Online-Belästigung geworden zu sein.

dpa-Notizblock

Redaktionelle Hinweise

- Extra zu Gleichstellungsbeauftragten und Flüchtlingen bis 1600- ca. 20 Zi

07.09.2015 16:19

Migration;Flüchtlinge;Mecklenburg-Vorpommern;Gesellschaft;Frauen;

Extra

Traumatisierte Flüchtlingsfrauen brauchen besondere Betreuung

Rostock (dpa/mv) - Unter den Tausenden Flüchtlingen, die nach Deutschland kommen, sind nach Ansicht von Gleichstellungsbeauftragten viele von sexueller Gewalt traumatisierte Frauen und Mädchen. Sie bräuchten besondere Hilffsysteme und eine qualifizierte Beratung, um die erlebten Traumata zu bewältigen, sagte Beate Ebeling, Sprecherin der Bundesarbeitsgemeinschaft Kommunaler Frauenbüros am Montag in Rostock. Viele seien in ihren Heimatländern, aber auch auf der Flucht oder in der Unterbringung in Deutschland der Gewalt ausgesetzt gewesen.

Es bedürfe sehr viel Geduld, den Zugang zu den Frauen zu finden. Dabei sei schon das Sprechen über das Erlebte ein schwieriger Schritt. «Es muss Geld für die sozialpädagogische Betreuung geben», sagte Ebeling. Das könnten aber die Kommunen nicht alleine stemmen.

Das Problem werde dadurch verschärft, dass viele Frauen nur über einen geringen Bildungsgrad verfügten. In den Herkunftsländern sei es oft nicht üblich, dass Frauen Bildung bekommen. Schätzungen zufolge sind zwei Drittel der Analphabeten weltweit weiblich.

dpa-Notizblock

07.09.2015 15:16

Kommunen;Gesellschaft;Frauen;

Meldung

Forderung nach Bundesgesetz für kommunale Gleichstellungsbeauftragte

Rostock (dpa) - Die Arbeit kommunaler Gleichstellungsbeauftragter sollte in einem Bundesgesetz oder einer verbindlichen Rahmenrichtlinie geregelt werden. Das hat die Bundeskonferenz der kommunalen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten am Montag in Rostock gefordert. Grund dafür sei, dass einige Bundesländer keine Verpflichtung zur Einrichtung dieser Stellen sähen, sagte Beate Ebeling, Sprecherin der Bundesarbeitsgemeinschaft Kommunaler Frauenbüros. In diesem Gesetz müsse beispielsweise geregelt sein, dass Kommunen ab einer Größe von 10 000 oder 20 000 Einwohnern solche Stellen einrichten müssen. Bundesweit gebe es rund 1900 kommunale Gleichstellungsbeauftragte, davon 900 hauptamtlich.

dpa-Notizblock

19. article-wn.com

07.09.2015

http://article.wn.com/view/2015/09/07/Fluchtlingskrise_Traumatisierte_Frauen_brauchen_besondere_Be/

Flüchtlingskrise brauchen Traumatisierte Frauen brauchen besondere Betreuung



dpa/Georgi Licovski Eine Flüchtlings-Frau an der Grenze zwischen Mazedonien und Griechenland.

Das UN-Flüchtlingshilfswerk appelliert erneut an Athen, die Registrierung und Betreuung von Flüchtlingen deutlich zu verbessern. Die meisten Menschen, die dort

ankommen, hätten zuvor schwer gelitten und bräuchten nun Schutz und Hilfe.

Tausende Flüchtlinge erreichen derzeit Deutschland. Auf ihrem Weg in die Bundesrepublik haben die Menschen viel Leid und Schrecken erfahren. Insbesondere Frauen haben viele traumatische Erlebnisse und brauchen daher besondere Betreuung.

Unter den Tausenden Flüchtlingen, die nach Deutschland kommen, sind nach Ansicht von Gleichstellungsbeauftragten viele von sexueller Gewalt traumatisierte Frauen und Mädchen. Sie bräuchten besondere Hilfsysteme und eine qualifizierte Beratung, um die erlebten Traumata zu bewältigen, sagte Beate Ebeling, Sprecherin der Bundesarbeitsgemeinschaft Kommunaler Frauenbüros am Montag in Rostock.

Geld für sozialpädagogische Betreuung benötigt Viele seien in ihren Heimatländern, aber auch auf der Flucht oder in der Unterbringung in Deutschland der Gewalt ausgesetzt gewesen. Es bedürfe sehr viel Geduld, den Zugang zu den Frauen zu finden. Dabei sei schon das Sprechen über das Erlebte ein schwieriger Schritt. „Es muss Geld für die sozialpädagogische Betreuung geben“, sagte Ebeling. Das könnten aber die Kommunen nicht alleine stemmen.

Das Problem werde dadurch verschärft, dass viele Frauen nur über einen geringen Bildungsgrad verfügten. In den Herkunftsländern sei es oft nicht üblich, dass Frauen Bildung bekommen. Schätzungen zufolge sind zwei Drittel der Analphabeten weltweit weiblich.

20. Landespresseportal

07.09.2015

<http://landespresseportal.de/berlin/item/26629-manuela-schwesig-er%C3%B6ffnet-bundeskonferenz-der-frauen-und-gleichstellungsbeauftragten.html>

Manuela Schwesig eröffnet Bundeskonferenz der Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten

Montag, 07. September 2015 13:58

Manuela Schwesig eröffnet Bundeskonferenz der Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten

Bundesfrauenministerin Manuela Schwesig hat am 7. September die 23. Bundeskonferenz der kommunalen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten in Warnemünde eröffnet. Über 400 kommunale Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte diskutieren dort zwei Tage lang über die Zukunft der Gleichstellungspolitik. In verschiedenen Foren befassen sich die Teilnehmerinnen unter anderem mit dem Zweiten Gleichstellungsbericht der Bundesregierung sowie mit den Themen Cybermobbing und dem geplanten Prostituiertenschutzgesetz.

Manuela Schwesig dankte den Anwesenden für ihr unermüdliches Engagement. Eine erfolgreiche Gleichstellungsarbeit benötige schließlich auch einen engagierten und kontinuierlichen Einsatz vor Ort. Diesen leisteten die kommunalen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten seit Jahrzehnten.

Wichtige Meilensteine auf dem Weg zur Gleichstellung

Bundesfrauenministerin Manuela Schwesig betonte, dass sie die Arbeitszeiten zwischen Frauen und Männern insgesamt gleichmäßiger verteilen will. Bisher sei schon viel für die Gleichstellung in Deutschland erreicht worden: „Endlich gibt es einen Mindestlohn, von dem hauptsächlich Frauen profitieren. Wir haben mit dem ElterngeldPlus und dem Gesetz zur besseren Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf erste Schritte zu einer neuen Qualität von Vereinbarkeit gemacht. Und endlich gibt es die Quote“, sagte Manuela Schwesig. Ihre Politik der Partnerschaftlichkeit wolle sie nun konsequent vortreiben und zur Familienarbeitszeit weiterentwickeln.

Neues Gesetz für Lohngerechtigkeit

Ein weiteres Vorhaben der Bundesfrauenministerin ist der Kampf gegen die Entgeltlücke. So sind die Bruttostundenlöhne der Frauen in Deutschland auch heute noch im Schnitt um 22 Prozent niedriger als die der Männer. „Diese Ungerechtigkeit muss ein Ende haben“, forderte Manuela Schwesig. Neben ersten Schritten wie dem Mindestlohn seien daher weitere Maßnahmen erforderlich. Einen we-

sentlichen Beitrag zur Schließung der Entgeltlücke wird ein neues Gesetz für mehr Lohngerechtigkeit leisten, welches im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend derzeit erarbeitet wird.

21. BMFSFJ

07.09.2015

<http://www.bmfsfj.de/BMFSFJ/aktuelles,did=219154.html>

Manuela Schwesig eröffnet Bundeskonferenz der Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten



Bildnachweis: BMFSFJ Bundesfrauenministerin Manuela Schwesig mit den Sprecherinnen der Bundesarbeitsgemeinschaft Kommunalen Frauenbüros und Gleichstellungsstellen

Bundesfrauenministerin Manuela Schwesig hat am 7. September die 23. Bundeskonferenz der kommunalen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten in Warnemünde eröffnet. Über 400 kommunale Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte diskutieren dort zwei Tage lang über die Zukunft der Gleichstellungspolitik. In verschiedenen Foren befassen sich die Teilnehmerinnen unter anderem mit dem Zweiten Gleichstellungsbericht der Bundesregierung sowie mit den Themen Cybermobbing und dem geplanten Prostituiertenschutzgesetz.

Manuela Schwesig dankte den Anwesenden für ihr unermüdliches Engagement. Eine erfolgreiche Gleichstellungsarbeit benötige schließlich auch einen engagierten und kontinuierlichen Einsatz vor Ort. Diesen leisteten die kommunalen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten seit Jahrzehnten.

Wichtige Meilensteine auf dem Weg zur Gleichstellung

Bundesfrauenministerin Manuela Schwesig betonte, dass sie die Arbeitszeiten zwischen Frauen und Männern insgesamt gleichmäßiger verteilen will. Bisher sei schon viel für die Gleichstellung in Deutschland erreicht worden: „Endlich gibt es einen Mindestlohn, von dem hauptsächlich Frauen profitieren. Wir haben mit dem ElterngeldPlus und dem Gesetz zur besseren Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf erste Schritte zu einer neuen Qualität von Vereinbarkeit gemacht. Und endlich gibt es die Quote“, sagte Manuela Schwesig. Ihre Politik der Partnerschaftlichkeit wolle sie nun konsequent vorantreiben und zur Familienarbeitszeit weiterentwickeln.

Neues Gesetz für Lohngerechtigkeit

Ein weiteres Vorhaben der Bundesfrauenministerin ist der Kampf gegen die Entgeltlücke. So sind die Bruttostundenlöhne der Frauen in Deutschland auch heute noch im Schnitt um 22 Prozent niedriger als die der Männer. „Diese Ungerechtigkeit muss ein Ende haben“, forderte Manuela Schwesig. Neben ersten Schritten wie dem Mindestlohn seien daher weitere Maßnahmen erforderlich. Einen wesentlichen Beitrag zur Schließung der Entgeltlücke wird ein neues Gesetz für mehr Lohngerechtigkeit leisten, welches im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend derzeit erarbeitet wird.

22. Rügenbote

07.09.2015

<http://www.ruegen-und-mee-h-r.com/?cat=5>

Hesse: Vereinbarkeit von Arbeit und Privatleben setzt Gleichstellung voraus

veröffentlicht am 8. September 2015

@ Rügenbote

Bundeskonferenz der kommunalen Gleichstellungsbeauftragten



Rostock – Gleichstellungsministerin Birgit Hesse hat am Montag auf der Bundeskonferenz der kommunalen Gleichstellungsbeauftragten in Rostock auf die Notwendigkeit der Gleichstellung von Männern und Frauen hingewiesen. „Wer eine moderne Gesellschaft und eine moderne Gesellschaftspolitik will, der kommt um das Thema Gleichstellung nicht herum und der kommt um die Gleichstellungsbeauftragten nicht herum“, sagte Hesse vor rund 370 aus ganz Deutschland angereisten kommunalen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten. Gleichzeitig machte die Ministerin deutlich, dass sowohl Gleichstellung als auch die bessere Vereinbarkeit von Erwerbs- und Privatleben Schwerpunkte der Landesregierung sind. Das zeige sich auch in der aktuellen Förderperiode des Europäischen Sozialfonds (ESF). „Wir fördern aus ESF-Mitteln verstärkt Projekte, die sich mit diesem Thema auseinandersetzen, es vorantreiben, es in die Öffentlichkeit tragen. Bis 2020 stehen dafür 13 Millionen Euro zur Verfügung“, so Hesse.

Eine bessere Vereinbarkeit zwischen verschiedenen Lebensbereichen setzt nach Ansicht der Ministerin die Gleichstellung voraus. Dies könne nicht allein durch Gesetze und Verordnungen geschehen. Sie könnten zwar helfen, entscheidend sei jedoch die Einstellung jedes Einzelnen. „Es muss klar sein: Vereinbarkeit geht alle an – Männer und Frauen, Arbeitgeber und Beschäftigte, Jung und Alt“, sagte Hesse. „Und von Vereinbarkeit profitieren alle. Wer es seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ermöglicht, ihre Arbeitszeiten mit ihren verschiedenen Lebensphasen in Einklang zu bringen, der wird zufriedene und motivierte Beschäftigte haben und diese auch längerfristig binden können.“

23. SVZ

07.09.2015

<http://www.svz.de/nachrichten/newsticker-nord/bundeskonferenz-der-gleichstellungsbeauftragten-in-rostock-id10646776.html>

Bundeskonferenz der Gleichstellungsbeauftragten in Rostock

vom 7. September 2015



Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig (SPD). /Archiv
Foto: Wolfgang Kumm

Mehr als 400 kommunale Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten aus ganz Deutschland treffen sich heute in Rostock zu ihrer 23. Bundeskonferenz. Zwei Tage soll es unter dem Motto «Gleichstellungspolitik 3.0» hauptsächlich um die Veränderungen ihrer Arbeit und die völlig neuen Herausforderungen gehen, die das Internetzeitalter mit sich bringt. So verzeichnen die Gleichstellungsbeauftragten eine starke Zunahme beim sogenannten Cybermobbing. Dabei handelt es sich um Angriffe, Beleidigungen oder Bedrohungen beispielsweise in sozialen Netzwerken. Bei einer EU-weiten Befragung unter 42 000 Frauen hätten 20 Prozent der 18- bis 29-jährigen angegeben, schon Opfer von Online-Belästigung geworden zu sein. Zur Tagung werden Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig und Landessozialministerin Birgit Hesse (beide SPD) erwartet.

24. Focus

07.09.2015

http://www.focus.de/regional/rostock/gesellschaft-bundeskonferenz-der-gleichstellungsbeauftragten-in-rostock_id_4927952.html

Konferenz: Internet ändert Arbeit der Gleichstellungsbeauftragten

Montag, 07.09.2015, 06:45



dpa/Wolfgang Kumm Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig (SPD).

Das Internet hat in den vergangenen Jahren die Gesellschaft massiv verändert. Davon blieb die Arbeit der Gleichstellungsbeauftragten nicht verschont. Eine Konferenz in Rostock beschäftigt sich mit den Konsequenzen. Mehr als 400 kommunale Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten aus ganz Deutschland treffen sich am Montag (10.00 Uhr) in Rostock zu ihrer 23. Bundeskonferenz. Zwei Tage soll es unter dem Motto „Gleichstellungspolitik 3.0“ hauptsächlich um die Veränderungen ihrer Arbeit und die völlig neuen Herausforderungen gehen, die das Internetzeitalter mit sich bringt.

So verzeichnen die Gleichstellungsbeauftragten eine starke Zunahme beim sogenannten Cybermobbing. Dabei handelt es sich um Angriffe, Beleidigungen oder Bedrohungen beispielsweise in sozialen Netzwerken. Bei einer EU-weiten Befragung unter 42 000 Frauen hätten 20 Prozent der 18- bis 29-jährigen angegeben, schon Opfer

von Online-Belästigung geworden zu sein. Zur Tagung werden Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig und Landessozialministerin Birgit Hesse (beide SPD) erwartet.

Gleichstellungspolitik 3.0 bedeute aber auch, über neue Arbeitszeiten für Väter und Mütter nachzudenken. Es sei Zeit für geschlechtergerechte Arbeitszeiten für Frauen und Männer. Immer mehr Väter wollten weniger arbeiten, dafür aber mehr Zeit mit ihren Familien verbringen, hieß es. Nur wenige Arbeitgeber hätten bisher entsprechend reagiert und sähen immer noch lieber die Frauen in Eltern- und Teilzeit, hieß es. Damit stießen sie aber auch zunehmend bei Frauen auf Widerstand.

Gleichzeitig werde es um die angestammten Themen der Gleichstellungsbeauftragten gehen. So sollen die traditionell weiblichen Berufen aufgewertet werden. Es sei nicht nachzuvollziehen, warum gerade die Berufe, in denen es um die Erziehung oder Pflege von Menschen geht, schlechter bewertet und bezahlt werden als beispielsweise technische Berufe.

25. Abendblatt

07.09.2015

<http://www.abendblatt.de/region/mecklenburg-vorpommern/article205642819/Konferenz-Internet-aendert-Arbeit-der-Gleichstellungsbeauftragten.html>

Konferenz: Internet ändert Arbeit der Gleichstellungsbeauftragten



Foto: Wolfgang Kumm/Archiv

Das Internet hat in den vergangenen Jahren die Gesellschaft massiv verändert. Davon blieb die Arbeit der Gleichstellungsbeauftragten nicht verschont. Eine Konferenz in Rostock beschäftigt sich mit den Konsequenzen. Rostock. Mehr als 400 kommunale Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten aus ganz Deutschland treffen sich am Montag (10.00 Uhr) in Rostock zu ihrer 23. Bundeskonferenz. Zwei Tage soll es unter dem Motto „Gleichstellungspolitik 3.0“ hauptsächlich um die Veränderungen ihrer Arbeit und die völlig neuen Herausforderungen gehen, die das Internetzeitalter mit sich bringt.

So verzeichnen die Gleichstellungsbeauftragten eine starke Zunahme beim sogenannten Cybermobbing. Dabei handelt es sich um Angriffe, Beleidigungen oder Bedrohungen beispielsweise in sozialen Netzwerken. Bei einer EU-weiten Befragung unter 42 000 Frauen hätten 20 Prozent der 18- bis 29-jährigen angegeben, schon Opfer von Online-Belästigung geworden zu sein. Zur Tagung werden Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig und Landessozialministerin Birgit Hesse (beide SPD) erwartet.

Gleichstellungspolitik 3.0 bedeute aber auch, über neue Arbeitszeiten für Väter und Mütter nachzudenken. Es sei Zeit für geschlechtergerechte Arbeitszeiten für Frauen und Männer. Immer mehr Väter wollten weniger arbeiten, dafür aber mehr Zeit mit ihren Familien verbringen, hieß es. Nur wenige Arbeitgeber hätten bisher entsprechend reagiert und sähen immer noch lieber die Frauen in Eltern- und Teilzeit, hieß es. Damit stießen sie aber auch zunehmend bei Frauen auf Widerstand.

Gleichzeitig werde es um die angestammten Themen der Gleichstellungsbeauftragten gehen. So sollen die traditionell weiblichen Berufen aufgewertet werden. Es sei nicht nachzuvollziehen, warum gerade die Berufe, in denen es um die Erziehung oder Pflege von Menschen geht, schlechter bewertet und bezahlt werden als beispielsweise technische Berufe.

(dpa)

26. Deutschlandradio Kultur

07.09.2015

<http://www.ardmediathek.de/radio/Interview-Deutschlandradio-Kultur/Gleichstellungspolitik-Qualit%C3%A4tssprung/Deutschlandradio-Kultur/Audio-Podcast?documentId=30439076&bcas-tId=21676722>

Gleichstellungspolitik - „Qualitätssprung“ statt „Dauerschleife“

07.09.2015 | 08:54 Min. | Quelle: Deutschlandradio Kultur

Wie es um den Stand der Gleichstellung steht, wollen 400 kommunale Gleichstellungsbeauftragte in Rostock erörtern. Die Frauenbeauftragte von Pankow, Heike Gerstenberger, ist genervt, dass viele Forderungen mit dem Argument der knappen Kassen abgebügelt werden. Heike Gerstenberger im Gespräch mit Nana Brink www.deutschlandradiokultur.de, Interview Direktor Link zur Audiodatei http://podcast-mp3.dradio.de/podcast/2015/09/07/drk_20150907_0736_ee712684.mp3

Zusammenfassung Presse: 7.9. 2015

http://www.180grad-http://www.deutschlandradiokultur.de/gleichstellungspolitik-qualitaetsprung-statt-dauerschleife.1008.de.html?dram:article_id=330356

Gleichstellungspolitik“Qualitätssprung“ statt „Dauerschleife“

Heike Gerstenberger im Gespräch mit Nana Brink



Männer und Frauen: Es ist Zeit für eine echte Gleichstellung (picture-alliance / dpa / Daniel Bockwoldt)

Wie es um den Stand der Gleichstellung steht, wollen

400 kommunale Gleichstellungsbeauftragte in Rostock erörtern. Die Frauenbeauftragte von Pankow, Heike Gerstenberger, ist genervt, dass viele Forderungen mit dem Argument der knappen Kassen abgebügelt werden. Der 23. Bundeskongress kommunaler Frauen- und Gleichstellungsbüros findet in diesem Jahr in Rostock statt. Rund 400 kommunale Gleichstellungsbeauftragte nehmen an dem Kongress teil. Das Motto lautet „Gleichstellungspolitik 3.0“, bei Vorträgen und in Foren werden fuaktuelle frauen- und gleichstellungspolitische Fragen verhandelt. Es geht unter anderem um Cybermobbing, das Prostituiertenschutzgesetz und geschlechtergerechte Arbeitszeiten.

Die Gleichstellungsbeauftragte des Berliner Bezirks Pankow, Heike Gerstenberger, ist seit 20 Jahren in dem Bereich aktiv - und sie ist nicht selten frustriert, wie sie offen eingesteht. Viele der Themen, mit denen sie befasst sei, bewegten sich in „Dauerschleifen“, sagte sie im Deutschlandradio Kultur. Als Beispiel nannte sie den Abbau von Lohnungleichheit. Auch bei den Themen Frauenarmut, Steuerrecht, Vereinbarkeit von Familie und Beruf und Gewalt gegen Frauen sieht sie deutlich zu wenig Bewegung.

Das Gespräch im Wortlaut:

Nana Brink: Immer wenn die Frage nach der im Grundgesetz verankerten Gleichstellung von Mann und Frau kommt, dann gibt es – das fällt mir zumindest immer auf – zwei ganz unterschiedliche Reaktionen: Die einen, dazu gehören meistens Männer, aber auch viele, vor allem junge Frauen, die sagen, ja, da ist echt eine Menge passiert und verweisen dann auf die verbesserte Kinderbetreuung, das Elterngeld oder die Bundeskanzlerin, so nach dem Motto, du kannst alles erreichen, und die andere Fraktion, dazu gehören auch viele Männer, wobei auffällt, dass es da oft Lippenbekenntnisse sind, und viele Frauen, die schon seit Jahren kämpfen und darauf verweisen, dass weder die Quote noch die Gleichbezahlung wirklich durchgesetzt sind.

Gut, das sind jetzt auch Klischees, ein bisschen holzschnittartig, aber in beiden Positionen spiegelt sich ja auch unsere Realität wider, und die beschäftigt ganz besonders jene 370 kommunalen Frauen- und Gleich-

stellungbeauftragten, die sich von heute an in Rostock treffen, um noch mal darauf aufmerksam zu machen, was alles vielleicht nicht funktioniert. Heike Gerstenberger ist die Gleichstellungsbeauftragte im Berliner Bezirk Pankow. Guten Morgen!

Heike Gerstenberger: Einen schönen guten Morgen, Frau Brink!

Brink: „Gleichstellung 3.0: für eine bessere Zukunft“ – das ist das Motto Ihres Treffens. Haben Sie die anderen Zeitalter 1.0 und 2.0 schon erledigt?

„Es muss einen Qualitätssprung in der Gleichstellungspolitik geben“

Gerstenberger: Naja, wir haben diesen Titel gewählt, weil er eigentlich zwei Sachen für uns widerspiegeln sollte: Einerseits sozusagen, dass es endlich auch, sag ich mal, einen Qualitätssprung geben muss in der Gleichstellungspolitik, und da gibt es viele Themen, die für uns so Dauerschleifen-Themen sind – und ich bin seit fast 20 Jahren Gleichstellungsbeauftragte – die so nicht ... ((Unterbrechung))

Brink: Frau Gerstenberger, hallo?

Gerstenberger: Da geht es um den Abbau von Lohnungleichheit, das ist der Dauerbrenner schlechthin. Mittlerweile auch angekommen in der Öffentlichkeit, das ist ein riesengroßes Thema. Ganz eng damit verbunden – hören Sie mich?

Brink: Ja, ich höre Sie!

Gerstenberger: Ganz eng damit verbunden ist das Thema natürlich Frauenarmut, ein Skandal schlechthin.

Brink: Frau Gerstenberger, jetzt habe ich Sie leider wieder verloren. Ich würde denken, wir versuchen noch mal die Leitung zu Frau Gerstenberger herzustellen, Heike Gerstenberger, die Gleichstellungsbeauftragte von Berlin-Pankow, die treffen sich ja heute in Rostock, und uns ist die Leitung leider verloren gegangen, und wir versuchen, sie noch mal hinzubekommen.

((Musik))

Carole King, „Too late“, aber es ist nie zu spät, auch Telefonleitungen lassen sich ja reparieren. Wir haben es wieder geschafft. Heike Gerstenberger, ich grüße Sie noch mal, die Gleichstellungsbeauftragte im Berliner Bezirk Pankow. Wir machen noch mal einen neuen Anlauf. Wir sprachen über das Treffen der Gleichstellungsbeauftragten der kommunalen Gleichstellungsbeauftragten in Rostock. Gleichstellung 3.0 war das Motto, und ich hatte Sie ja gefragt, ob Sie das andere schon erledigt haben und Sie sagten, nein, da gibt es noch eine Menge zu tun, nämlich was?

„Das Thema Lohnungleichheit ist endlich in der Öffentlichkeit angekommen“

Gerstenberger: Ja, genau. Wir haben gesagt, das es schon Themen gibt, die uns seit Jahren bewegen. Ich hatte ja auch gesagt, dass ich schon seit 20 Jahren Gleichstellungsbeauftragte bin. Themen, ich würde sie ganz kurz anreißen: Das Thema Lohnungleichheit ist nun endlich auch im Mittelpunkt der Öffentlichkeit angekommen, aber hier gibt es ganz viel noch zu tun. Das ist ein Dauerbrenner schlechthin für uns.

Ganz eng damit verbunden natürlich mit der Lohnungleichheit steht die Frauenarmut, das ist das, was uns bewegt. Deshalb werden wir als Bundessprecherinnen auch Anfang November eine öffentlichkeitswirksame Armutskampagne starten, wo wir noch mal auf die Probleme dezidiert hinweisen wollen.

Es gibt Probleme im Steuerrecht noch immer, wir sind schon seit Jahrzehnten dafür, dass das Ehegattensplitting abgeschafft wird.

Es geht um das Thema Gewalt gegen Frauen – es ist raus aus der Tabuzone, das ist völlig richtig, ja, aber noch immer müssen Kommunen kämpfen, dass sie überhaupt oder beziehungsweise die Beratungsstellen und Frauenhäuser, dass sie ihre Finanzierung sicher haben.

Und es geht schlechthin auch noch immer um das Thema Vereinbarkeit von Familie und Beruf, ein Thema, wo ja eigentlich wenige Unternehmen auch Verantwortung übernehmen für dieses Thema.

Brink: Nun sind Sie ja Gleichstellungsbeauftragte, Sie sprechen für den Bund, aber Sie sind auch Gleichstel-

lunftsbeauftragte ja im Berliner Bezirk Pankow. Haben Sie das Gefühl, dass da bestimmte Dinge einfach auch gar nicht mehr en vogue sind, dass das so ein bisschen hinten wegfällt das Thema, dass man denkt, man hat das erledigt? Klingt ja nicht so, nach dem, was Sie schildern.

Gerstenberger: Ja, ja, ja. Ich sage mal so: Das Engagement reicht bei Männern und Frauen von dem „Ja, es muss was getan werden“ bis hin zu wohlwollender Ignoranz, sage ich mal vorsichtig.

Es ist kaum noch einer, der jetzt sagt, nein, das ist alles schon erledigt, so nicht, aber wenn es ums Umsetzen geht, ist es halt immer sehr, sehr schwierig, und viele, viele Maßnahmen hängen am Geld.

Nehmen wir mal an das Thema Vereinbarkeit: Viele Frauen gerade in Pankow – wir sind ja ein Bezirk, der sehr viel Frauen in Berufen hat, die in der Kreativwirtschaft tätig sind, die also wahnsinnig flexible Arbeitszeiten haben, die aber nicht die entsprechenden Kinderbetreuungszeiten finden für sich.

Hier müssen einfach neue Modelle geschaffen werden, und da bewegt es sich eigentlich sehr schwerfällig, würde ich mal sagen.

Brink: Also gibt es viel Lippenbekenntnis auch von Seiten der Männer dann, finden Sie?

Leere Kassen als Totschlagargument

Gerstenberger: Ja, gibt es auch, es gibt aber auch, sage ich mal, Politiker und Politikerinnen auch bei mir im Bezirk, die gerne wollen, dass sich was bewegt, aber ich sage mal, dieses Argument leere Haushaltskassen oder gerade die Kommunen mit wenig Geld ist immer so eine Art Totschlagargument.

Ich glaube, hier müssen wir auch noch mal rangehen an die Unternehmen, die die eigentlichen Verursacher sind, denn von den Menschen, Frauen wie Männern, wird eine wahnsinnig hohe Mobilität erwartet, es wird erwartet, dass sie superflexible Arbeitszeiten haben, aber wenn sie Kinder kriegen, also wenn sie Kinder haben, geht es eben nicht mehr so ohne, dann muss man andere Modelle finden, damit Frauen und Männer gleichberechtigt auch arbeiten können. Ich würde da dieses Thema Familienarbeitszeit gerne noch mal anschneiden, weil es Frau Schwesig ja

in die Öffentlichkeit gebracht hat.

Brink: Die Familienministerin.

Gerstenberger: Ja, genau, was dann so abgetan wird. Genauso sind wir der Meinung, wenn das Betreuungsgeld jetzt sozusagen nicht mehr en vogue ist und sagen, nein, da kann Herr Schäuble nicht einfach die Gelder jetzt in die Löcher in der Haushaltskasse stopfen, sondern die sollten jetzt eigentlich zum weiteren Ausbau der Kinderbetreuung benutzt werden, das ist unsere Position.

Brink: Aber haben Sie nicht Bedenken – zum Beispiel auch, wir haben ja jetzt gerade gehört, sechs Milliarden Euro soll es mehr geben für die Hilfe für die ankommenden Flüchtlinge – haben Sie da das Gefühl, dass Sie da auch hinten wegfallen, dass Sie da nicht das Geld bekommen, was Sie vielleicht haben müssten?

Gerstenberger: Nein, wir sehen auch alle hier – wir haben ja gestern Empfang gehabt, und wir haben schon viele Gespräche mit den Kolleginnen geführt – alle sehen das Thema auch als ganz wichtiges Thema an, wo wir uns jetzt erstmal auch mit beschäftigen müssen, und da geht es ja um gleichermaßen, wir müssen uns besonders um die Frauen und Kinder kümmern, da geht es auch um das Thema Gewalt.

Frauen können nicht in solchen Riesenunterkünften, wo die Gefahr ja doch sehr groß ist ... Es kommen ganz viele Analphabetinnen, wo wir uns kümmern müssen, dass es Bildungsangebote gibt und so weiter. Ich glaube, das ist eine Herausforderung, der sich eigentlich alle Kolleginnen stellen wollen erstmal. Da geht es nicht darum, die nehmen uns das Geld weg, um Gottes Willen, hier müssen wir erstmal vorrangig handeln.

Brink: Sie haben es schon erwähnt, die Familien- und Frauenministerin Manuela Schwesig ist Gast auf Ihrer Konferenz, die ja heute in Rostock beginnt, der kommunalen Gleichstellungsbeauftragten – was sind Ihre Forderungen, ganz konkret an Sie, was geben Sie ihr mit auf den Weg?

Warum verdient die Erzieherin weniger als der Lagerarbeiter?

Gerstenberger: Wir denken erstmal, dass wir in ihr – so haben wir es auch bei der letzten Konferenz in Potsdam damals erlebt – wir haben in ihr eine echte Bündnispartnerin, was ja davor nicht so unbedingt war, und wir würden sie in vielen Forderungen unterstützen, aber das, was ich am Anfang gesagt habe, das ist ein ganz wichtiges Thema, und ich glaube, sie ist auch bereit, die Themen anzunehmen. Das Thema Lohnungleichheit, dass es immer noch so ist, dass zum Teil in gleichen Berufen – Koch, Köchin – unterschiedliche Löhne bezahlt werden, es geht aber auch darum, dass eine Umbewertung von Berufen ... Es ist nicht nachvollziehbar, warum soziale Berufe, wie der Beruf der Kita-Erzieherin oder der Altenpflegerin, warum die schlechter bezahlt werden als beispielsweise der Beruf eines Lagerarbeiters. Ich glaube, da sind wir sehr mit ihr konform und müssen nicht gegen sie, sondern können uns mit ihr da auch bei vielen Themen verbünden und sie auch unterstützen.

Brink: Sind Sie, abschließende Frage, manchmal frustriert, gerade im Bereich der Ungleichbezahlung von Mann und Frau, dass da über Jahrzehnte nichts passiert?

Gerstenberger: Ja! Wir haben schon so viel gemacht und wir machen ja jedes Jahr den Equal-Pay-Day, und ich bin immer ganz erschrocken darüber – wir stehen ja dann auf der Straße und verteilen Blätter und kommen mit Frauen ins Gespräch – dass das immer noch nicht so bekannt ist, dass viele Frauen dann sagen, das war mir gar nicht so bewusst, man redet ja in Deutschland nicht über das Gehalt. Das eigentlich – die breite Öffentlichkeit zu erreichen, dass die sich auch engagiert und sagt, nein, da mache ich jetzt nicht mehr mit.

Brink: Sagt Heike Gerstenberger, Gleichstellungsbeauftragte im Berliner Bezirk Pankow. Schönen Dank, Frau Gerstenberger für das Gespräch!

Gerstenberger: Ja, ich danke Ihnen!

Brink: Heute treffen sich die kommunalen Gleichstellungsbeauftragten in Rostock.

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Deutschlandradio Kultur

macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.

Mehr zum Thema

Reihe UN-Millenniumsziele - Ziel 3: Förderung der Gleichstellung der Geschlechter
(Deutschlandradio Kultur, Zeitfragen, 01.09.2015)

27. fm.com Nachrichten

07.09.2015

fm.com/nachrichten/rostock/bundeskongress-der-gleichstellungsbeauftragten.html
[Bundeskongress der Gleichstellungsbeauftragten](http://Bundeskongress-der-Gleichstellungsbeauftragten)

400 Gleichstellungsbeauftragte zum Bundeskongress in Rostock-Warnemünde

Zum 23. Bundeskongress kommunaler Frauen- und Gleichstellungsbüros haben Oberbürgermeister Roland Methling und Gleichstellungsbeauftragte Brigitte Thielk Gleichstellungsbeauftragte aus dem gesamten Bundesgebiet nach Rostock eingeladen. Rund 400 kommunale Gleichstellungsbeauftragte werden am Kongress teilnehmen. „Ich freue mich über die große Resonanz.

Es zeigt mir, dass frauenpolitische Themen einen wichtigen Stellenwert in der Kommunalpolitik einnehmen“, sagte Oberbürgermeister Roland Methling. Die Tagung beginnt mit dem Empfang der Hansestadt Rostock am Sonntag, den 6. September um 18 Uhr im Rostocker Rathaus und geht am 7. und 8. September im Hotel-Neptun weiter. Unter dem Motto „Gleichstellungspolitik 3.0.“ sind am Montag und Dienstag Vorträge und Foren zu aktuellen frauen- und gleichstellungspolitischen Fragestellungen geplant. Die Themen reichen von Cybermobbing, dem Prostituiertenschutzgesetz, geschlechtergerechte Arbeitszeiten und der Frage, ob das Gesundheitssystem an Frauen verdient. Erwartet werden zum Kongress die Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Manuela Schwesig sowie die Ministerin für Arbeit, Gleichstellung und Soziales des Landes Mecklenburg-Vorpommern, Birgit Hesse.

„Der Landesfrauenrat MV e.V. fordert ein gleichstellungspolitisches Programm, um konkrete Gleichstellungsziele

ressortübergreifend und interdisziplinär zu vereinbaren“, sagte die Rostocker Gleichstellungsbeauftragte Brigitte Thielk. „Moderne Gleichstellungspolitik muss in alle Politikbereiche wirken und die Gleichstellung von Frauen und Männern als Querschnittsthema denken und behandeln.“ Zudem fordern die Frauenpolitikerinnen eine wirksamere Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen, geschlechterneutrale Bildung von Anfang an, mehr Anstrengungen zu unternehmen, die Vereinbarkeit von Erwerbs- und Privatleben von Frauen und Männern zu verbessern, Gender und Gesundheit stärker in den Blick zu nehmen, Geschlechtergerechtigkeit in der Arbeitswelt, Mobilität in ländlichen Räumen zur Gewährleistung von Gleichstellung zu verbessern, Geschlechtergerechtigkeit im Ehrenamt zu unterstützen und Armut von Frauen und Männern durch Maßnahmen zu bekämpfen. Zudem appellierte Brigitte Thielk an die Landesregierung, Einfluss darauf zu nehmen, dass bei der Neuregelung des Länderfinanzausgleichs nach 2019 geprüft wird, ein System zu schaffen, in dem ein Teil der Abgaben der einzelnen Bundesländer für die Kinderbetreuung als Abzug „vorgeschaltet“ werden. „Wir müssen Anreize für die Länder schaffen, mehr in die Kinderbetreuung zu investieren“, so die Gleichstellungsbeauftragte.

Der Kongress wird von der Bundesarbeitsgemeinschaft kommunaler Frauen- und Gleichstellungsbüros regelmäßig in unterschiedlichen Städten durchgeführt, zuletzt 2014 in Potsdam. In der Bundesarbeitsgemeinschaft haben sich weibliche, hauptamtliche, kommunale Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte zusammengeschlossen, um die Interessen von Frauen auf Bundesebene zu vertreten.

Weitere Informationen unter www.frauenbeauftragte.de

28. NDR Aktuell,

Fernsehen 07.09.2015

http://www.ndr.de/fernsehen/sendungen/ndr_aktuell/Bundeskongress-der-Gleichstellungsbeauftragten,ndraktuell28512.html



29. NDR online

07.09.2015

Rostock: Bundeskonferenz zu Gleichstellung tagt

In Rostock-Warnemünde diskutieren rund 370 Experten die Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Ein zentrale Forderung des Abgeordneten: Die Arbeit kommunaler Gleichstellungsbeauftragter sollte in einem Bundesgesetz oder einer verbindlichen Rahmenrichtlinie geregelt werden. Neben diesem Schwerpunkt sprechen die Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte der 1.900 Städte und Landkreise auch über einen neuen Gesetzesentwurf zur Familienarbeitszeit. | 07.09.2015 15:26

30. Antenne MV Radio

07.09.2015

<http://www.antennemv.de/aktionen-und-service/nachrichten/gleichstellung-30-in-rostock>

Gleichstellung 3.0 in Rostock

Regionale Nachrichten

Montag, 7. September 2015

Das Internet mit all seinen Facetten verändert nicht nur die Berufswelt vieler Arbeitnehmer. Auch die Gleichstellungs-Beauftragten in Deutschland kämpfen mit neuen Herausforderungen.

Das Internet und seine vielfältigen Auswirkungen beeinflussen zunehmend die Arbeit von Gleichstellungsbeauftragten in ganz Deutschland. Bei der Bundeskonferenz in Rostock debattieren rund 400 Teilnehmer zur

Gleichstellungspolitik 3.0. Neben sozialen Netzwerken und Problemen, wie Cybermobbing geht es aber auch um neue Arbeitszeiten für Mütter und Väter. Wie sieht die Arbeit in der Zukunft aus? Was ist möglich und wie muss reagiert werden? Diese Fragen unter dem Motto „Gleichstellungspolitik 3.0“ werden in Rostock gestellt.

31. HRO News

07.09.2015

http://www.hro-news.de/news/2015-09-02/107270/400_gleichstellungsbeauftragte_zum_bundeskongress_in_rostock-warnemuende.html

400 Gleichstellungsbeauftragte zum Bundeskongress in Rostock-Warnemünde

Rostock (HRPS) • Zum 23. Bundeskongress kommunaler Frauen- und Gleichstellungsbüros haben Oberbürgermeister Roland Methling und Gleichstellungsbeauftragte Brigitte Thielk Gleichstellungsbeauftragte aus dem gesamten Bundesgebiet nach Rostock eingeladen. Rund 400 kommunale Gleichstellungsbeauftragte werden am Kongress teilnehmen. „Ich freue mich über die große Resonanz. Es zeigt mir, dass frauenpolitische Themen einen wichtigen Stellenwert in der Kommunalpolitik einnehmen“, sagte Oberbürgermeister Roland Methling. Die Tagung beginnt mit dem Empfang der Hansestadt Rostock am Sonntag, den 6. September um 18 Uhr im Rostocker Rathaus und geht am 7. und 8. September im Hotel-Neptun weiter. Unter dem Motto „Gleichstellungspolitik 3.0.“ sind am Montag und Dienstag Vorträge und Foren zu aktuellen frauen- und gleichstellungspolitischen Fragestellungen geplant. Die Themen reichen von Cybermobbing, dem Prostituiertenschutzgesetz, geschlechtergerechte Arbeitszeiten und der Frage, ob das Gesundheitssystem an Frauen verdient. Erwartet werden zum Kongress die Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Manuela Schwesig sowie die Ministerin für Arbeit, Gleichstellung und Soziales des Landes Mecklenburg-Vorpommern, Birgit Hesse.

„Der Landesfrauenrat MV e.V. fordert ein gleichstellungspolitisches Programm, um konkrete Gleichstellungsziele ressortübergreifend und interdisziplinär zu vereinbaren“, sagte die Rostocker Gleichstellungsbeauftragte Brigitte

Thielk. „Moderne Gleichstellungspolitik muss in alle Politikbereiche wirken und die Gleichstellung von Frauen und Männern als Querschnittsthema denken und behandeln.“ Zudem fordern die Frauenpolitikerinnen eine wirksamere Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen, geschlechterneutrale Bildung von Anfang an, mehr Anstrengungen zu unternehmen, die Vereinbarkeit von Erwerbs- und Privatleben von Frauen und Männern zu verbessern, Gender und Gesundheit stärker in den Blick zu nehmen, Geschlechtergerechtigkeit in der Arbeitswelt, Mobilität in ländlichen Räumen zur Gewährleistung von Gleichstellung zu verbessern, Geschlechtergerechtigkeit im Ehrenamt zu unterstützen und Armut von Frauen und Männern durch Maßnahmen zu bekämpfen. Zudem appellierte Brigitte Thielk an die Landesregierung, Einfluss darauf zu nehmen, dass bei der Neuregelung des Länderfinanzausgleichs nach 2019 geprüft wird, ein System zu schaffen, in dem ein Teil der Abgaben der einzelnen Bundesländer für die Kinderbetreuung als Abzug „vorgeschaltet“ werden. „Wir müssen Anreize für die Länder schaffen, mehr in die Kinderbetreuung zu investieren“, so die Gleichstellungsbeauftragte.

Der Kongress wird von der Bundesarbeitsgemeinschaft kommunaler Frauen- und Gleichstellungsbüros regelmäßig in unterschiedlichen Städten durchgeführt, zuletzt 2014 in Potsdam. In der Bundesarbeitsgemeinschaft haben sich weibliche, hauptamtliche, kommunale Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte zusammengeschlossen, um die Interessen von Frauen auf Bundesebene zu vertreten.

Ulrich Kunze

32. Schweriner Volkszeitung

07.09.2015

Schweriner Volkszeitung /
Norddeutsche Neueste Nachrichten
7.9.

Keine Beratungen nach 17 Uhr

Ministerin Birgit Hesse will Rahmenbedingungen für Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessern / Ab heute Bundeskonferenz in Rostock

SCHWERIN/ROSTOCK Unter dem Motto „Gleichstellungspolitik 3.0“ berät ab heute die 23. Bundeskonferenz der kommunalen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten in Rostock. Karin Koslik sprach im Vorfeld mit der für Gleichstellungsfragen zuständigen Landesministerin Birgit Hesse (SPD).

Frau Hesse, Ihr Ministerium trägt die Gleichstellung zwischen Arbeit und Sozialem im Namen. Ist sie dort tatsächlich anzusiedeln?

Hesse: Dass der Begriff Gleichstellung überhaupt im Titel dieses Ministeriums ist, spricht schon für sich – ich bin ja auch für Bereiche zuständig, die sich darin gar nicht wiederfinden, Gesundheit oder Jugend zum Beispiel. Dass die Gleichstellung in der Mitte steht, passt gut, weil es ein absolutes Thema der Mitte ist, dass uns alle angeht.

Trotzdem ist die übliche Bezeichnung „Frauen- und Gleichstellungspolitik“, fokussiert also erst einmal das weibliche Geschlecht.

Geht Gleichstellung nicht weiter?

Natürlich. Wir arbeiten zurzeit an der Novelle des Gleichstellungsgesetzes und fokussieren dabei bewusst auf Frauen und Männer. Aber tatsächlich haben wir ausschließlich weibliche Gleichstellungsbeauftragte. Es gibt aber auch prominente Männer, die sich für Gleichstellung einsetzen, unser Ministerpräsident zum Beispiel, der ganz bewusst Frauen in Führungspositionen in der Landesregierung fördert.

Oder nehmen Sie meinen hessischen Sozialminister-Kollegen Stefan Grüttner, der als Mann auch für den Bereich Gleichstellung zuständig ist.

Der Ministerpräsident als prominenter Verfechter für die Gleichstellung? In den Führungspositionen in der Landesregierung überwiegen doch eindeutig Männer..

Wir haben drei Ministerinnen, drei Staatssekretärinnen und immerhin zusammen auch elf Abteilungsleiterinnen. Das ist von Haus zu Haus natürlich unterschiedlich,

aber gerade auf der Ebene der Abteilungsleiter auch ein Stück weit gewachsen – wer Abteilungsleiter geworden ist, bleibt das natürlich auch erst mal, weil er Beamter auf Lebenszeit ist. Der Ministerpräsident achtet

Birgit Hesse,
Ministerin für Arbeit,
Gleichstellung
und Soziales
in Mecklenburg-
Vorpommern
FOTO:
KARIN KOSLIK

bei Nachbesetzungen sehr wohl darauf, auch Frauen zu fördern – letztlich hat er ja zum Beispiel auch mich gefragt, ob ich Ministerin werden will. Und er ist es auch, der mich jetzt maßgeblich unterstützt bei der Novelle des Gleichstellungsgesetzes.

Was wird im Gesetz stehen?
Das Gesetz ist in der Ressortanhörung, es war noch nicht in der Verbandsanhörung – insofern kann ich dazu erst sehr wenig sagen. Auf jeden Fall haben wir uns den Leitsatz gegeben, Frauen und Männer auf Augenhöhe zu stellen. Und der zweite wichtige Punkt ist die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Im Gesetz werden wir ganz konkrete Maßnahmen verankern, wie wir diese Leitsätze umsetzen wollen. Stichworte wären Teilzeitarbeit, aber auch arbeitsorganisatorische Dinge wie Beratungen, die nicht noch um 17 Uhr angesetzt werden.

Für die Landesregierung mag man das regeln können, aber doch nicht für die freie Wirtschaft...

Das Gesetz gilt auch „nur“ für die Landesregierung und nachgeordnete Behörden – aber auch damit betrifft es fast 36 000 Menschen hier im Land. Neu wird sein, dass das Gesetz auch für solche Körperschaften, Anstalten und Stiftungen gelten wird, die sich in alleiniger oder überwiegender Trägerschaft des Landes befinden.

Wie weit kann man überhaupt Gleichstellung und Chancengleichheit mit Gesetzen regeln?

Gleichstellung und Vereinbarkeit sind in erster Linie eine Einstellungsfrage und müssen in den Köpfen verankert sein. Viel hängt maßgeblich auch davon ab, welche Einstellung ein

Vorgesetzter hat. Was wir können ist, einen Rahmen schaffen, Möglichkeiten schaffen, unter denen Betroffene sagen können: Ich habe über Anspruch darauf.

Das Gesetzgebungsverfahren ist auch eine Chance zu diskutieren, wie weit wir eigentlich in der Gesellschaft sind, was die Frage der Vereinbarkeit von Familie und Beruf betrifft. Da sind einige schon sehr weit, aber einige befinden sich auch noch in der Steinzeit.

Die Linke kritisiert seit längerem, gleichstellungspolitische Fragen fristeten in der SPD/CDU-Koalition ein kümmerliches Dasein...

Die Linke ist in der Opposition, und also braucht sie Themen... Ich bin total stolz darauf, was wir in den letzten anderthalb Jahren geschafft haben. Neben der Arbeit an der Gesetzesnovelle haben wir uns sehr stark auf Fortbildungen für weibliche Führungskräfte in der Landesregierung konzentriert. Mehrere hundert Frauen haben daran teilgenommen, die wir ganz bewusst ermuntert und ermutigt haben, sich weiter zu qualifizieren und auch Anspruch auf eine Führungsposition zu behaupten.

Fragen der Gleichstellung und Vereinbarkeit haben wir auch im ESF verankert (ESF – Europäischer Sozialfonds, d. Red.), wir fördern gerade im Arbeitsmarktbereich viele entsprechende Projekte, zum Beispiel für Alleinerziehende. Bei den Beratungen, welche Projekte aus dem ESF gefördert werden, sitzt übrigens neben den Sozialpartnern immer auch der Landesfrauenrat mit am Tisch.

Und wir haben es geschafft, mit allen Ministerien Zielvorgaben abzuschließen, also ganz konkret vereinbart, wie die Frauen dort und in nachgeordneten Behörden gefördert werden. Erstmals ist sogar die Polizei dabei. Ich finde, das ist eine Bilanz, die sich wirklich sehen lassen kann.

Bundeskonferenz in Rostock : Keine Beratungen nach 17 Uhr

vom 7. September 2015

Aus der Redaktion der Zeitung für die Landeshauptstadt

Ministerin Birgit Hesse will Rahmenbedingungen für Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessern/ Ab heute Bundeskonferenz in Rostock



Unter dem Motto „Gleichstellungspolitik 3.0“ berät ab heute die 23. Bundeskonferenz der kommunalen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten in Rostock. Karin Koslik sprach im Vorfeld mit der für Gleichstellungsfragen zuständigen Landesministerin Birgit Hesse (SPD).

Frau Hesse, Ihr Ministerium trägt die Gleichstellung zwischen Arbeit und Sozialem im Namen. Ist sie dort tatsächlich anzusiedeln?

Hesse: Dass der Begriff Gleichstellung überhaupt im Titel dieses Ministeriums ist, spricht schon für sich – ich bin ja auch für Bereiche zuständig, die sich darin gar nicht wiederfinden, Gesundheit oder Jugend zum Beispiel. Dass die Gleichstellung in der Mitte steht, passt gut, weil es ein absolutes Thema der Mitte ist, dass uns alle angeht.

Trotzdem ist die übliche Bezeichnung „Frauen- und Gleichstellungspolitik“, fokussiert also erst einmal das weibliche Geschlecht. Geht Gleichstellung nicht weiter?

Natürlich. Wir arbeiten zurzeit an der Novelle des Gleichstellungsgesetzes und fokussieren dabei bewusst auf Frauen und Männer. Aber tatsächlich haben wir ausschließlich

weibliche Gleichstellungsbeauftragte. Es gibt aber auch prominente Männer, die sich für Gleichstellung einsetzen, unser Ministerpräsident zum Beispiel, der ganz bewusst Frauen in Führungspositionen in der Landesregierung fördert. Oder nehmen Sie meinen hessischen Sozialminister-Kollegen Stefan Grüttner, der als Mann auch für den Bereich Gleichstellung zuständig ist.

Der Ministerpräsident als prominenter Verfechter für die Gleichstellung? In den Führungspositionen in der Landesregierung überwiegen doch eindeutig Männer...

Wir haben drei Ministerinnen, drei Staatssekretärinnen und immerhin zusammen auch elf Abteilungsleiterinnen. Das ist von Haus zu Haus natürlich unterschiedlich, aber gerade auf der Ebene der Abteilungsleiter auch ein Stück weit gewachsen – wer Abteilungsleiter geworden ist, bleibt das natürlich auch erst mal, weil er Beamter auf Lebenszeit ist. Der Ministerpräsident achtet bei Nachbesetzungen sehr wohl darauf, auch Frauen zu fördern – letztlich hat er ja zum Beispiel auch mich gefragt, ob ich Ministerin werden will. Und er ist es auch, der mich jetzt maßgeblich unterstützt bei der Novelle des Gleichstellungsgesetzes.

Was wird im Gesetz stehen?

Das Gesetz ist in der Ressortanhörung, es war noch nicht in der Verbandsanhörung – insofern kann ich dazu erst sehr wenig sagen. Auf jeden Fall haben wir uns den Leitsatz gegeben, Frauen und Männer auf Augenhöhe zu stellen. Und der zweite wichtige Punkt ist die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Im Gesetz werden wir ganz konkrete Maßnahmen verankern, wie wir diese Leitsätze umsetzen wollen. Stichworte wären Teilzeitarbeit, aber auch arbeitsorganisatorische Dinge wie Beratungen, die nicht noch um 17 Uhr angesetzt werden.

Für die Landesregierung mag man das regeln können, aber doch nicht für die freie Wirtschaft...

Das Gesetz gilt auch „nur“ für die Landesregierung und nachgeordnete Behörden – aber auch damit betrifft es fast 36 000 Menschen hier im Land. Neu wird sein, dass das Gesetz auch für solche Körperschaften, Anstalten

und Stiftungen gelten wird, die sich in alleiniger oder überwiegender Trägerschaft des Landes befinden.

Wie weit kann man überhaupt Gleichstellung und Chancengleichheit mit Gesetzen regeln?

Gleichstellung und Vereinbarkeit sind in erster Linie eine Einstellungsfrage und müssen in den Köpfen verankert sein. Viel hängt maßgeblich auch davon ab, welche Einstellung ein Vorgesetzter hat. Was wir können ist, einen Rahmen schaffen, Möglichkeiten schaffen, unter denen Betroffene sagen können: Ich habe aber Anspruch darauf. Das Gesetzgebungsverfahren ist auch eine Chance zu diskutieren, wie weit wir eigentlich in der Gesellschaft sind, was die Frage der Vereinbarkeit von Familie und Beruf betrifft. Da sind einige schon sehr weit, aber einige befinden sich auch noch in der Steinzeit.

Die Linke kritisiert seit längerem, gleichstellungspolitische Fragen fristeten in der SPD/CDU-Koalition ein kümmerliches Dasein...

Die Linke ist in der Opposition, und also braucht sie Themen... Ich bin total stolz darauf, was wir in den letzten anderthalb Jahren geschafft haben. Neben der Arbeit an der Gesetzesnovelle haben wir uns sehr stark auf Fortbildungen für weibliche Führungskräfte in der Landesregierung konzentriert. Mehrere hundert Frauen haben daran teilgenommen, die wir ganz bewusst ermuntert und ermutigt haben, sich weiter zu qualifizieren und auch Anspruch auf eine Führungsposition zu behaupten. Fragen der Gleichstellung und Vereinbarkeit haben wir auch im ESF verankert (ESF – Europäischer Sozialfonds, d. Red.), wir fördern gerade im Arbeitsmarktbereich viele entsprechende Projekte, zum Beispiel für Alleinerziehende. Bei den Beratungen, welche Projekte aus dem ESF gefördert werden, sitzt übrigens neben den Sozialpartnern immer auch der Landesfrauenrat mit am Tisch.

Und wir haben es geschafft, mit allen Ministerien Zielvorgaben abzuschließen, also ganz konkret vereinbart, wie die Frauen dort und in nachgeordneten Behörden gefördert werden. Erstmals ist sogar die Polizei dabei. Ich finde, das ist eine Bilanz, die sich wirklich sehen lassen kann.

von Karin Koslik

erstellt am 07.Sep.2015 | 08:00 Uhr

33. MV Zeitnah

<https://mvzeitnah.wordpress.com/>

Veröffentlicht 8. September 2015 von Martina Wichor

Ministerin Birgit Hesse: Vereinbarkeit von Arbeit und Privatleben setzt Gleichstellung voraus

Gleichstellungsministerin Birgit Hesse hat am Montag auf der Bundeskonferenz der kommunalen Gleichstellungsbeauftragten in Rostock auf die Notwendigkeit der Gleichstellung von Männern und Frauen hingewiesen. „Wer eine moderne Gesellschaft und eine moderne Gesellschaftspolitik will, der kommt um das Thema Gleichstellung nicht herum und der kommt um die Gleichstellungsbeauftragten nicht herum“, sagte Hesse vor rund 370 aus ganz Deutschland angereisten kommunalen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten. Gleichzeitig machte die Ministerin deutlich, dass sowohl Gleichstellung als auch die bessere Vereinbarkeit von Erwerbs- und Privatleben Schwerpunkte der Landesregierung sind. Das zeige sich auch in der aktuellen Förderperiode des Europäischen Sozialfonds (ESF). „Wir fördern aus ESF-Mitteln verstärkt Projekte, die sich mit diesem Thema auseinandersetzen, es vorantreiben, es in die Öffentlichkeit tragen. Bis 2020 stehen dafür 13 Millionen Euro zur Verfügung“, so Hesse. Eine bessere Vereinbarkeit zwischen verschiedenen Lebensbereichen setzt nach Ansicht der Ministerin die Gleichstellung voraus. Dies könne nicht allein durch Gesetze und Verordnungen geschehen. Sie könnten zwar helfen, entscheidend sei jedoch die Einstellung jedes Einzelnen. „Es muss klar sein: Vereinbarkeit geht alle an – Männer und Frauen, Arbeitgeber und Beschäftigte, Jung und Alt“, sagte Hesse. „Und von Vereinbarkeit profitieren alle. Wer es seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ermöglicht, ihre Arbeitszeiten mit ihren verschiedenen Lebensphasen in Einklang zu bringen, der wird zufriedene und motivierte Beschäftigte haben und diese auch längerfristig binden können.“

34. Norddeutsche Neuste Nachrichten

07.09.2015

ROSTOCKER ANZEIGER

NNN Norddeutsche Neueste Nachrichten

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR ROSTOCK UND DAS LAND MECKLENBURG-VORPOMMERN

Gewinnen:
NNN verlosen
am Mittwoch
Karten für
Hansa gegen
Cottbus

WWW.NNN.DE MONTAG, 7. SEPTEMBER 2015 - NR. 208/63 - 1,00 EURO medienhaus:nerd

Die Beratungen nach 17 Uhr

git Hesse will Rahmenbedingungen für Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessern / Ab heute Bundeskonfe

ROSTOCK Unter Gleichstellungs- ab heute die Konferenz der Frauen- und sbeauftragten Karin Koslik feld mit der für sfragen zude Ministerin (PD).

Ihr Ministeri- Gleichstellung eit und Sozia- n. Ist sie dort zusiedeln?

der Begriff überhaupt im Ministeriums ist, für sich - ich ir Bereiche zue sich darin gar inden, Gesund- gend zum Bei- Gleichstellung zehrt, passt gut, solutes Thema lass uns alle an-

at die übliche „Frauen- und gspolitik“, fo- erst einmal e Geschlecht.

Geht Gleichstellung nicht weiter?

Natürlich. Wir arbeiten zurzeit an der Novelle des Gleichstellungsgesetzes und fokussieren dabei bewusst auf Frauen und Männer. Aber tatsächlich haben wir ausschließlich weibliche Gleichstellungsbeauftragte. Es gibt aber auch prominente Männer, die sich für Gleichstellung einsetzen, unser Ministerpräsident zum Beispiel, der ganz bewusst Frauen in Führungspositionen in der Landesregierung fördert.

Oder nehmen Sie meinen hessischen Sozialminister-Kollegen Stefan Grüttner, der als Mann auch für den Bereich Gleichstellung zuständig ist.

Der Ministerpräsident als prominenter Verfechter für die Gleichstellung? In den Führungspositionen in der Landesregierung überwiegen doch eindeutig Männer...

Wir haben drei Ministerinnen, drei Staatssekretärinnen und immerhin zusammen auch elf Abteilungsleiterinnen. Das ist von Haus zu Haus natürlich unterschiedlich, aber gerade auf der Ebene der Abteilungsleiter auch ein Stück weit gewachsen - wer Abteilungsleiter geworden ist, bleibt das natürlich auch erst mal, weil er Beamter auf Lebenszeit ist. Der Ministerpräsident achtet

bei Nachbesetzungen sehr wohl darauf, auch Frauen zu fördern - letztlich hat er ja zum Beispiel auch mich gefragt, ob ich Ministerin werden will. Und er ist es auch, der mich jetzt maßgeblich unterstützt bei der Novelle des Gleichstellungsgesetzes.

Was wird im Gesetz stehen?
Das Gesetz ist in der Ressortanhörung, es war noch nicht in der Verbandsanhörung - insofern kann ich dazu erst sehr wenig sagen. Auf jeden Fall haben wir uns den Leitsatz gegeben, Frauen und Männer auf Augenhöhe zu stellen. Und der zweite wichtige Punkt ist die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Im Gesetz werden wir ganz konkrete Maßnahmen verankern, wie wir diese Leitsätze umsetzen wollen. Stichworte wären Teilzeitarbeit, aber auch arbeitsorganisatorische Dinge wie Beratungen, die nicht noch um 17 Uhr angesetzt werden.

Für die Landesregierung mag man das regeln können, aber doch nicht für die freie Wirtschaft...

Das Gesetz gilt auch „nur“ für die Landesregierung und nachgeordnete Behörden - aber auch damit betrifft es fast 36 000 Menschen hier im Land. Neu wird sein, dass das Gesetz auch für solche Körperschaften, Anstalten und Stiftungen gelten wird, die sich in alleiniger oder überwiegender Trägerschaft des Landes befinden.

Wie weit kann man überhaupt Gleichstellung und Chancengleichheit mit Gesetzen regeln?

Gleichstellung und Vereinbarkeit sind in erster Linie eine Einstellungsfrage und müssen in den Köpfen verankert

Vorgesetzten können ist schaffen.

schaffen, u fene sagen aber Ansp Das Gesetz ist auch e kutieren, w lich in der was die Fr keit von F betrifft. Da sehr weit, den sich : Steizeit.

Die Linke: gerem, gl tische Fr der SPD/C kümmerli

Die Linke on, und al men... Ich rauf, was anderthal haben. Ne der Gese wir unssel dungen fi rungskräft gierungko re hunder ran teilge ganz bew ertmutigt zu qualif

sprech an sition zu l Fragen e und Verei auch im E - Europä d. Red.), im Arbeit entsprech Beispielfi Bei den l Projekte i dert wen neben d immer au enrat mit Und wir mit allen gaben a ganz kot die Frau geordnet dert wen



35. Ostseezeitung

08.09.2015

Ostseezeitung und SVZ/NNN 8.9

Bild als Scan

36. Focus

08.09.2015

http://www.focus.de/regional/mecklenburg-vorpommern/migration-traumatisierte-fluechtlings-frauen-brauchen-besondere-betreuung_id_4929674.html

37. Neues Deutschland

08.09.2015

<http://www.neues-deutschland.de/artikel/983835.forderung-nach-gesetz-fuer-gleichstellungsbeauftragte.html>

08.09.2015

Forderung nach Gesetz für Gleichstellungsbeauftragte
Rostock.

Die Arbeit kommunaler Gleichstellungsbeauftragter sollte in einem Bundesgesetz oder einer verbindlichen Rahmenrichtlinie geregelt werden. Das hat die Bundeskonferenz der kommunalen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten am Montag in Rostock gefordert. Grund dafür sei, dass einige Bundesländer keine Verpflichtung zur Einrichtung dieser Stellen sähen, erklärte Beate Ebeling, Sprecherin der Bundesarbeitsgemeinschaft Kommunaler Frauenbüros. In diesem Gesetz müsse beispielsweise geregelt sein, dass Kommunen ab einer Größe von 10 000 oder 20 000 Einwohnern solche Stellen einrichten müssen. Bundesweit gebe es rund 1900 kommunale Gleichstellungsbeauftragte, davon 900 hauptamtlich. dpa/nd

38. Junge Welt

08.09.2015

<http://www.jungewelt.de/m/2015/09-08/038.php>

Gleichstellung: Ruf nach Bundesgesetz

Rostock. Die Arbeit kommunaler Gleichstellungsbeauftragter sollte in einem Bundesgesetz oder einer verbindlichen Rahmenrichtlinie geregelt werden. Das hat die Bundeskonferenz der kommunalen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten am Montag in Rostock gefordert. Grund dafür sei, dass einige Bundesländer keine Verpflichtung zur Einrichtung dieser Stellen sähen, sagte Beate Ebeling, Sprecherin der Bundesarbeitsgemeinschaft kommunaler Frauenbüros. In diesem Gesetz müsse z. B. geregelt sein, dass Kommunen ab einer Größe von 10.000 oder 20.000 Einwohnern solche Stellen einrichten müssen. (dpa/jW)

08.09.2015

Niedersächsinnen wiedergewählt

Niedersachsen bleibt im Gremium der Sprecherinnen der Bundesarbeitsgemeinschaft kommunaler Frauenbüros weiterhin gut vertreten. Auf der 23. Bundeskonferenz vom 06.-08. September in Rostock-Warnemünde wurden Petra Borrmann (Stadt Delmenhorst), Beate Ebeling (Stadt Wolfsburg) und Katrin Morof (Landkreis Helmstedt) wiedergewählt. Auf dem Foto:



Martina Arndts-Haupt, Stadt Münster, Petra Borrmann, Stadt Delmenhorst, Beate Ebeling, Stadt Wolfsburg, Heike Gerstenberger, Bezirksamt Pankow von Berlin Roswitha Bocklage, Stadt Wuppertal Susanne Löb, Landkreis Wolfenbüttel Annette Niesyto, Stadt Karlsruhe Inge Trame, Stadt Gütersloh Brigitte Kowas, Bezirksamt Reinickendorf von Berlin.

Katrin Morof wurde in Abwesenheit gewählt uns ist nicht auf dem Foto.

39. Vernetzungsstelle

08.09.2015

http://www.vernetzungsstelle.de/index.cfm?uuid=9ACB52DFC2975CC8AFAB-65C5E11C4594&and_uuid=B25144470C-B016EF889DBB692B1A4D09

08.09.2015



Foto: Petra Willert

23. Bundeskonferenz der kommunalen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten

Vom 6. bis 8. September 2015 fand in Rostock und Warnemünde die 23. Bundeskonferenz der kommunalen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten statt. Knapp 370 kommunale Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte aus ganz Deutschland haben unter dem Motto „Gleichstellungspolitik 3.0“ über die Zukunft der Gleichstellungspolitik diskutiert. Die Top-Themen: Flüchtlingsfrauen, Kitausbau und bessere Rahmenbedingungen für Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte. Zu Gast waren unter anderem die Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Manuela Schwesig, sowie Birgit Hesse, Ministerin für Arbeit, Gleichstellung und Soziales des Landes Mecklenburg-Vorpom-

ern. Gewählt wurden auch die Bundessprecherinnen.

Neue Bundessprecherinnen:

Martina Arndts-Haupt, Stadt Münster

Roswitha Bocklage, Stadt Wuppertal

Annette Niesyto, Stadt Karlsruhe

Es wurden wiedergewählt:

Petra Borrmann, Stadt Delmenhorst

Beate Ebeling, Stadt Wolfsburg

Katrin Morof, Landkreis Helmstedt

Im Amt bleiben:

Heike Gerstenberger, Bezirksamt Pankow von Berlin

Brigitte Kowas, Bezirksamt Reinickendorf von Berlin

Susanne Löb, Landkreis Wolfenbüttel

Inge Trame, Stadt Gütersloh

Saskia Veit-Prang, Landeshauptstadt Wiesbaden

Die Bundeskonferenz dankt den ausscheidenden Sprecherinnen: Carmen Muñoz-Berz, Stadt Waldbröl und Gabriele Wenner, Stadt Frankfurt/Main.

Die 24. Bundeskonferenz ist für Mai 2017 in Wolfsburg geplant.

40. LAG Niedersachsen

08.09.2015

http://www.frauenbuerosinniedersachsen.de/index.cfm?uuid=3DA35F8A72BF44B5825B2025868F8C1F&and_uuid=B68897A70F2EF60B21732851D-356C3E5

08.09.2015 | Niedersächsinnen wiedergewählt



Auf dem Foto:

Martina Arndts-Haupt, Stadt Münster, Petra Borrmann, Stadt Delmenhorst, Beate Ebeling, Stadt Wolfsburg, Heike Gerstenberger, Bezirksamt Pankow von Berlin Roswitha Bocklage, Stadt Wuppertal Susanne Löb, Landkreis Wolfenbüttel Annette Niesyto, Stadt Karlsruhe Inge Trame, Stadt Gütersloh Brigitte Kowas, Bezirksamt Reinickendorf von Berlin. Katrin Morof wurde in Abwesenheit gewählt uns ist nicht auf dem Foto.

http://www.frauenbuerosinniedersachsen.de/index.cfm?uuid=3DA35F8A72BF44B5825B2025868F8C1F&and_uuid=B6598174C298E3B650CF308191AA92CE

07.09.2015 | Gleichstellungspolitik in Niedersachsen

Zur Halbzeit der rot-grünen Landesregierung in Niedersachsen ist in drei Broschüren zu lesen, was die Koalition bereits alles geschafft hat und noch schaffen will. Die SPD sagt, was „Gut für’s Land“ ist, die Grünen feiern ihre „Erfolge“ und gemeinsam stellen sie noch mal fest,

wo Niedersachsen „punktet“. Bei den niedersächsischen Frauenverbänden und –initiativen sowie den kommunalen Gleichstellungsbeauftragten kann die Landesregierung damit nicht punkten.

Die Bilanz von Landesfrauenrat und lag sieht zur Halbzeit anders aus. Weder die Novellierung des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) noch des Niedersächsischen Gleichberechtigungsgesetzes (NGG) sind in Sicht. Davon abgesehen versprechen die Debatten um die Gesetzänderungen auch keine bahnbrechenden Erfolge.

Ein mögliches Parité-Gesetz wird nur im Verborgenen geprüft. Ob der schon lange angekündigte und von den Verbänden aktiv unterstützte Rahmenplan für ein geschlechtergerechtes Niedersachsen mehr wird als eine schon mal dagewesene Aufzählung von best-practice-Beispielen ist offen. Zudem wird über eine Veränderung des Zukunftstages für Mädchen und Jungen trotz Ankündigung bislang nicht gesprochen.

Erfolge kann die Landesregierung in der Weiterführung des politischen Mentoring-Programmes sowie in der Wiedereinführung einer Frauenabteilung im Niedersächsischen Ministerium für Soziales, Gleichstellung und Gesundheit verbuchen. Auch die beabsichtigte Einrichtung einer Pflegekammer begrüßen beide Verbände. Positiv ist weiterhin, dass im Rahmen der EU-Strukturfonds-Politik die Förderung der Koordinierungsstellen „Frau und Wirtschaft“, trotz des Mittelrückgangs um ein Drittel, nicht gekürzt wurde und weiterhin das FIFA-Programm zur Integration von Frauen in den Arbeitsmarkt läuft.

In einem Beschluss der 25. Konferenz der Frauen- bzw. Gleichstellungsministerinnen und –minister formulierten die Teilnehmenden: „Sie schätzen sie (die Gleichstellungsbeauftragten) als wichtige Akteurinnen bei der Gestaltung und Verbesserung der Lebenssituation von Frauen und Männern und stellen fest, dass infolge ihres Wirkens die Chancengerechtigkeit in vielen kommunalen und bezirklichen Bereichen deutlich erweitert und verbessert wurde.“ Sie rufen dazu auf, „die Rolle der kommunalen und bezirklichen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten zu stärken und deren Erfahrungen und Kompetenzen

bei Prozessen von Politikgestaltung und Strukturveränderungen (z.B. bei Kommunalgebietsreformen) noch breiter zu nutzen.“

Der Landesfrauenrat und die lag fordern die inhaltliche und strategische Weiterentwicklung der niedersächsischen Gleichstellungspolitik. Eine Modernisierung der Gesellschaft gibt es ohne Geschlechtergerechtigkeit nicht. Gleiche Rechte für Frauen und Männer sind dafür Voraussetzung.

Dies bedeutet: Frauen- und Gleichstellungspolitik ist „Gut für's Land“. Das sollte die Landesregierung bis zur nächsten Wahl in ihren Vorhaben erkennen lassen, wenn sie 2018 bei den Wählerinnen und Wählern punkten will.

41. t-online

08.09.2015

http://www.t-online.de/regionales/id_75327854/bundeskonferenz-der-gleichstellungsbeauftragten-in-rostock.html



Manuela Schwesig (SPD). Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig (SPD). Foto: Wolfgang Kumm/Archiv (Quelle: dpa)

Mehr als 400 kommunale Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten aus ganz Deutschland treffen sich heute in Rostock zu ihrer 23. Bundeskonferenz. Zwei Tage soll es unter dem Motto „Gleichstellungspolitik 3.0“ hauptsächlich um die Veränderungen ihrer Arbeit und die völlig neuen Herausforderungen gehen, die das Internetzeitalter mit sich bringt. So verzeichnen die Gleichstellungsbeauftragten eine starke Zunahme beim sogenannten Cybermobbing. Dabei handelt es sich um Angriffe, Beleidigungen oder Bedrohungen beispielsweise in sozialen Netzwerken. Bei

einer EU-weiten Befragung unter 42 000 Frauen hätten 20 Prozent der 18- bis 29-jährigen angegeben, schon Opfer von Online-Belästigung geworden zu sein. Zur Tagung werden Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig und Landessozialministerin Birgit Hesse (beide SPD) erwartet.

42. Ostsee Zeitung

08.09.2015

42. Ostsee Zeitung

08.09.2015



Geschlechterrollen und Klischees

Kongress in Warnemünde: Gleichstellungsbeauftragte wollen weg vom „Image der Emanzen“.

Von Klaus Walter

Warnemünde – 370 Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte aus ganz Deutschland beraten seit gestern im Warnemünder Hotel Neptune über die Gleichstellungspolitik. Für den Tagungstourismus in Warnemünde ist die Bundeskonferenz ein weiterer Meilenstein zur Profilierung des Standortes.

Schwerpunkt für die Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten ist die Forderung nach bundesrechtlichen Regelungen für die Gleichstellung von Frauen und Männern. „Die hat zwar Verfassungsrang, aber alle 16 Bundesländer regeln die Gleichstellung und die Arbeit der dafür Verantwortlichen völlig unterschiedlich“, kritisierte Bundessprecherin Beate Ebeling. Während es in Baden-Württemberg gar keine gesetzlichen Regelungen gebe, sei in Niedersachsen zumindest je eine hauptberufliche Gleichstellungsbeauftragte für Landkreise und kreisfreie Städte möglich. Nicht einmal die Dienstbezeichnung sei in allen Ländern gleich. In einigen Bundesländern

sei sogar noch von „Frauenbeauftragten“ die Rede, was dem gesetzlichen Auftrag der Gleichstellung von Mann und Frau sogar zuwiderlaufe.

Problematisch sei die Arbeit auch in den meisten ostdeutschen Bundesländern, zum Teil müssten sich Gleichstellungsbeauftragte regelmäßig zur Wiederwahl stellen und könnten dadurch von ihren Dienstherrn „geknebelt“ werden. Lediglich Mecklenburg-Vorpommern nehme aufgrund klarer Regelungen in der Landesverfassung eine „positive Sonderstellung“ ein, sagte Ebeling.

Bundessprecherin Heike Gerstenberger schränkte jedoch ein: „Nicht vergessen darf man, dass durch die Kreisgebietsreform in MV die Anzahl der Beauftragten deutlich reduziert wurde, die verbliebenen sehr große Gebiete betreuen müssen und sehr weite Wege haben.“ Das erleichtere die Arbeit der Gleichstellungsbeauftragten nicht gerade, sagte Gerstenberger.

Seit vielen Jahren befassen sich die Frauen und Gleichstellungsbe-



Beate Ebeling, Bundessprecherin

auftragten mit den gleichen Themen, die selbst jedoch eine Entwicklung genommen hätten. Wie etwa die Vereinbarkeit von Familie und Beruf: „Würden vor Jahren die Männer noch schief angeguckt,

Die rechtlichen Rahmenbedingungen für die Arbeit der Beauftragten müssen verbessert werden.“



Heike Gerstenberger, Bundessprecherin

wenn sie das Babyjahr nehmen wollten, gibt es jetzt immer mehr Unternehmen, die sich darauf einrichten“, sagte Ebeling. Auch der gefürchtete Karriereknick für solche Männer bleibe aus.

Wir fordern ein Bundesgesetz zur Familienarbeitszeit und zum Ausbau der Kitaplätze.“

In zehn verschiedenen Foren befassen sich die Teilnehmer der Konferenz unter anderem mit dem „Cybermobbing – die digitale Gewalt gegen Frauen“. Hintergrund sei, dass jede fünfte Frau im Alter von 18 bis 29 Jahren Opfer von Online-Belästigungen werde. Weitere Beratungsschwerpunkte sind etwa ein Prostituiertenschutzgesetz, geschlechtergerechte Arbeitszeiten für Männer und Frauen oder das Image der Gleichstellungsbeauftragten. „An einigen Orten sind wir noch „die Emanzen“, sagte Heike Gerstenberger.

Für die Tourismuswirtschaft in Warnemünde gilt die Bundeskonferenz der Gleichstellungsbeauftragten als Meilenstein auf dem Weg zum Kongressstandort. „Warnemünde ist mit vielen sehr gut ausgestatteten Hotels und Tagungsstätten sowie der großen Auswahl an Gastronomie und Freizeitanbieten ein attraktiver Kongressstandort“, sagt Beate Hlawka von der Tourismuszentrale. „Das Tagungsgeschehen hat aufgrund der Saisonabhängigkeit großes Potenzial, die Nebensaison zu beleben.“

Gleichstellungspolitik in Deutschland

1900 Gleichstellungsbeauftragte gibt es im Bundesgebiet. 900 arbeiten hauptberuflich in diesem Bereich, werden aber oft mit vielen weiteren Aufgaben betraut.

13 Millionen Euro Fördermittel der Europäischen Union stehen in Mecklenburg-Vorpommern bis 2020

für Projekte bereit, die die Vereinbarkeit von Familie und Beruf fördern.

370 Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte diskutieren seit gestern in Warnemünde über die Gleichstellungspolitik. Sie fordern unter anderem den Ausbau der Kitaplätze aus den frei werdenden Mitteln aus dem Betreuungsgesetz.

43. Die Welt

08.09.2015

Suche DIE  WELT 

Home Politik Wirtschaft Geld Sport Wissen Panorama Feuilleton ICON Reise PS WELT Regional
 Regional Mecklenburg-Vorpommern Konferenz: Internet ändert Arbeit der Gleichstellungsbeauftragten

REGIONALES KONFERENZ

Internet ändert Arbeit der Gleichstellungsbeauftragten

U

Empfehlen Twittern G+1 

Foto: dpa

Rostock (dpa/mv) - Mehr als 400 kommunale Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten aus ganz Deutschland treffen sich am Montag (10.00 Uhr) in Rostock zu ihrer 23. Bundeskonferenz. Zwei Tage soll es unter dem Motto «Gleichstellungspolitik 3.0» hauptsächlich um die Veränderungen ihrer Arbeit und die völlig neuen Herausforderungen gehen, die das Internetzeitalter mit sich bringt.

MEISTGELESE:

1. FLÜCHTLING "Arabisch g sichtbarer"
2. COMEBACK Jürgen Klo fit wie nie
3. FLÜCHTLING Warum die Krise untät
4. VERMUTETE! Wer über d

45. Twitter BMFSFJ

07.09.2015

<https://twitter.com/bmfsfj/status/640871735877873664>



[Familienministerium Verifizierter Account](#) (@BMFSFJ)

[@ManuelaSchwesig](#) eröffnet Bundeskonferenz der Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten:

<http://www.bmfsfj.de/BMFSFJ/gleichstellung.did=219154.html> ...



45. berlin.de Treptow

Berlin Treptow Pressemitteilung

<http://www.berlin.de/ba-treptow-koepenick/aktuelles/pressemitteilungen/2015/pressemitteilung.362722.php>

23. Bundeskonferenz kommunaler Frauenbüros und Gleichstellungsstellen - Gleichstellungsarbeit



Bild: BAG

Pressemitteilung vom 09.09.2015

Für eine bessere Zukunft von Frauen und Männern

Die 23. Bundeskonferenz kommunaler Frauenbüros und Gleichstellungsstellen in Rostock ist erfolgreich zu Ende gegangen.

Flüchtlingsfrauen brauchen besondere Unterstützung!

Freigewordene Bundesmittel für Kitausbau!

Bessere Rahmenbedingungen für Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte!

Diesen Forderungen schließt sich die Gleichstellungsbeauftragte für Treptow-Köpenick, Anke Armbrust nach der Teilnahme an der 23. Bundeskonferenz der kommunalen Gleichstellungs- und Frauenbeauftragten Deutschlands in Rostock an.

Gleichstellungspolitik 3.0 und Flüchtlingsfrauen:

Frauen und Mädchen fliehen u. a., weil sie in vielen Ländern als Teil der Kriegsführung vergewaltigt werden. Auch auf der Flucht werden sie häufig Opfer sexueller Gewalt. Sie brauchen in Deutschland besondere Hilfesysteme, um die erlebten Traumata zu bewältigen. Sie brauchen Schutz vor Gewalt und vor sexuellen Übergriffen in Gemeinschaftsunterkünften und sie brauchen Bildungsangebote, die u.a. berücksichtigen, dass viele von ihnen nicht lesen und schreiben können. Und sie brauchen niedrigschwellige Angebote zur Gesundheitsversorgung.

Gleichstellungspolitik 3.0 und Bundesfinanzminister:

Die freiwerdenden Mittel aus dem Betreuungsgeld müssen in den Ausbau der Kindertagesstätten fließen. Es ist ein Unding, dass Wolfgang Schäuble damit Haushaltslöcher stopfen möchte. So sieht keine moderne Familienpolitik aus. Fehlende Kinderbetreuung führt dazu, dass vor allem Mütter beruflich zurückstecken. Die Folgen: Fachkräftemangel, schlecht bezahlte Minijobs, niedrige Renten, Altersarmut. Das kann nur durch mehr Kitaplätze und eine gerechtere Arbeitsteilung zwischen Männern und Frauen verhindert werden. Immer mehr Väter wollen weniger arbeiten, sie wollen mehr Zeit mit ihrer Familie verbringen.

Gleichstellungspolitik 3.0 = Verantwortung der Politik

Die Politik hat es immer noch nicht geschafft, Artikel 3, Absatz 2 des Grundgesetzes einzulösen „Männer und Frauen sind gleichberechtigt.“. Aber bei uns verdienen Frauen immer noch weniger als Männer. Frauen fehlen in Führungsetagen. Mütter haben schlechtere Chancen auf dem Arbeitsmarkt als Väter. 39 % der Alleinerziehenden und ihre Kinder sind von Armut bedroht.

Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte brauchen mehr

Sie sollen die ganze Palette der gesamtgesellschaftlich wichtigen gleichstellungspolitischen Themen abdecken, dabei fachlich immer auf dem neuesten Stand sein und nachhaltig dafür sorgen, dass Gleichberechtigung vor Ort umgesetzt wird. Das Profil der Arbeit einer Gleichstellungsbeauftragten entspricht dem einer Managerin und damit einer Führungsposition

The screenshot shows a news article with the following content:

Für eine bessere Zukunft von Frauen und Männern
Die 23. Bundeskonferenz kommunaler Frauenräte und Gleichstellungsstellen in Rostock ist erfolgreich zu Ende gegangen.

- Flüchtlingfrauen brauchen besondere Unterstützung!
- Freigewordene Bundesmittel für Kitaausbau!
- Bessere Rahmenbedingungen für Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte!

Dieses Fortbringen schließt sich die Gleichstellungsbeauftragte für Trostsee-Küpenitz, Anke Ambrusch nach der Teilnahme an der 23. Bundeskonferenz der kommunalen Gleichstellungs- und Frauenbeauftragten Deutschlands in Rostock an.

Gleichstellungspolitik 3.0 und Flüchtlingfrauen:
Frauen und Mädchen (sehen u. a., weil sie in vielen Ländern als Teil der Kriegführung vorgeworfen werden. Auch auf der Flucht werden sie häufig Opfer sexueller Gewalt. Sie brauchen in Deutschland besondere Hilfesysteme, um die erlebten Traumata zu bewältigen. Sie brauchen Schutz vor Gewalt und vor sexueller Übergriffler in Gemeinschaftsunterkünften und sie brauchen Bildungsangebote. Sie u. a. berücksichtigen, dass viele von ihnen nicht lesen und schreiben können. Und sie brauchen niedrigschwellige Angebote zur Gesundheitsversorgung.

Gleichstellungspolitik 3.0 und Bundesfinanzminister:
Die freiwerdenden Mittel aus dem Betreuungsgeld müssen in den Ausbau der Kindertagesstätten fließen. Es ist ein Unding, dass Wolfgang Schäuble damit Haushaltslöcher stopfen möchte. So sieht keine moderne Familienpolitik aus. Fehlende Kinderbetreuung führt dazu, dass vor allem Mütter beruflich zurückstecken. Die Folgen: Fachkräftemangel, schlecht bezahlte Minijobs, niedrige Renten, Altersarmut. Das kann nur durch mehr Kitaplätze und eine gerechtere Arbeitsteilung zwischen Männern und Frauen verhindert werden. Immer mehr Väter wollen weniger arbeiten, sie wollen mehr Zeit mit ihrer Familie verbringen.

Gleichstellungspolitik 3.0 = Verantwortung der Politik
Die Politik hat es immer noch nicht geschafft, Artikel 3, Absatz 2 des Grundgesetzes einzulösen „Männer und Frauen sind gleichberechtigt.“. Aber bei uns verdienen Frauen immer noch weniger als Männer. Frauen fehlen in Führungsetagen. Mütter haben schlechtere Chancen auf dem Arbeitsmarkt als Väter. 39 % der Alleinerziehenden und ihre Kinder sind von Armut bedroht.

Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte brauchen mehr
Sie sollen die ganze Palette der gesamtgesellschaftlich wichtigen gleichstellungspolitischen Themen abdecken, dabei fachlich immer auf dem neuesten Stand sein und nachhaltig dafür sorgen, dass Gleichberechtigung vor Ort umgesetzt wird. Das Profil der Arbeit einer Gleichstellungsbeauftragten entspricht dem einer Managerin und damit einer Führungsposition.

On the right side of the page, there is a contact information box for the 'Städt. ZfB - Frauen und Gleichstellungsbeauftragte Rostock' with phone and fax numbers, an email icon, and a 'Sprechstunde' (office hours) section showing a calendar for the 8th and 9th of the month, with office hours from 15:00 to 17:00 on Thursdays. Below that is a logo for 'Mit besserer -Platzierung' and a note about the electronic document transfer process.

46. Kleve. de

09.09.2015

http://www.kle-point.de/aktuell/neuigkeiten/eintrag.php?eintrag_id=130163

Gleichstellungsarbeit 3.0 - Für eine bessere Zukunft von Frauen und Männern

KLEVE. 23. Bundeskonferenz kommunaler Frauenbüros und Gleichstellungsstellen in Rostock erfolgreich zu Ende gegangen

- **Flüchtlingsfrauen brauchen besondere Unterstützung!**
- **Freigewordene Bundesmittel für Kitaausbau!**
- **Bessere Rahmenbedingungen für Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte!**

Diesen Forderungen schließt sich Klever Gleichstellungsbeauftragte Yvonne Tertilt-Rübo nach der 23. Bundeskonferenz der kommunalen Gleichstellungs- und Frauenbeauftragten Deutschlands in Rostock an.

Gleichstellungspolitik 3.0 und Flüchtlingsfrauen:

Frauen und Mädchen fliehen u. a., weil sie in vielen Ländern als Teil der Kriegsführung vergewaltigt werden. Auch auf der Flucht werden sie häufig Opfer sexueller Gewalt. Sie brauchen in Deutschland besondere Hilfesysteme, um die erlebten Traumata zu bewältigen. Sie brauchen Schutz vor Gewalt und vor sexuellen Übergriffen in Gemeinschaftsunterkünften und sie brauchen Bildungsangebote, die u.a. berücksichtigen, dass viele von ihnen nicht lesen und schreiben können. Und sie brauchen niedrigschwellige Angebote zur Gesundheitsversorgung.

Dazu sagte Bundesministerin Manuela Schwesig vor den mehr als 350 Gleichstellungsbeauftragten:

„Ich schätze die Arbeit der kommunalen Gleichstellungsbeauftragten sehr. Ohne Sie wäre vieles nicht möglich. Aktuell ist die Unterbringung und Versorgung von Flüchtlingen eine der größten Herausforderungen vor Ort. Besonders die Frauen und Kinder, die bei uns

ankommen und Schutz suchen, sind durch Krieg und Gewalt schwer traumatisiert. Ich begrüße es sehr, dass Sie sich vor Ort dafür stark machen, dass auf die Bedürfnisse dieser Frauen so gut es geht Rücksicht genommen wird. Dazu gehört eine angemessene Unterbringung ebenso wie der Zugang zu speziellen Beratungsangeboten. Dies ist nur ein Beispiel, wie sehr Ihre Arbeit gebraucht wird. Sie unterstützen, wo Frauen ganz konkrete Hilfe suchen.“

Gleichstellungsbeauftragte Yvonne Tertilt-Rübo fordert:

Bundesmittel speziell für die Unterstützung von geflüchteten Frauen und Mädchen.

Gleichstellungspolitik 3.0 und Bundesfinanzminister:

Die freiwerdenden Mittel aus dem Betreuungsgeld müssen in den Ausbau der Kindertagesstätten fließen. Es ist ein Unding, dass Wolfgang Schäuble damit Haushaltslöcher stopfen möchte. So sieht keine moderne Familienpolitik aus. Fehlende Kinderbetreuung führt dazu, dass vor allem Mütter beruflich zurückstecken. Die Folgen: Fachkräftemangel, schlecht bezahlte Minijobs, niedrige Renten, Altersarmut. Das kann nur durch mehr Kitaplätze und eine gerechtere Arbeitsteilung zwischen Männer und Frauen verhindert werden. Immer mehr Väter auch in meiner Kommune wollen weniger Stunden arbeiten, sie wollen mehr Zeit mit ihrer Familie verbringen, so Gleichstellungsbeauftragte Tertilt-Rübo..

Unterstützung für diese Forderung von Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig:

„Es gibt mittlerweile viele Männer die als Väter sagen: Auch ich will Zeit mit meiner Familie verbringen, ich will nicht nur zum Gutenachtkuss zuhause sein. Ich möchte auch in Teilzeit gehen, Elternzeit nehmen. Oft werden dafür Männer dafür noch schräg angeschaut. Deswegen sollten wir diese modernen Väter unterstützen. Wenn die Zeit für Familienaufgaben fairer verteilt ist, dann wird auch endlich die Arbeitszeit fairer verteilt. Dann kommen die Frauen aus der Mini-Teilzeitfalle und haben berufliche Perspektiven und bessere Einkommenschancen.“

Nur wenige Arbeitgeber auch in Kleve haben bisher auf die

Forderung von Vätern einer besseren Vereinbarkeit reagiert und sehen immer noch lieber die Frauen in Eltern- und Teilzeit. Deshalb braucht es neue geschlechtergerechte Arbeitszeitmodelle, wie z.B. das der Familienzeit (30 Stunden pro Woche), das Bundesministerin Schwesig vorgeschlagen hat.

Gleichstellungspolitik 3.0 = Verantwortung der Politik

Die Politik hat es immer noch nicht geschafft, Artikel 3, Absatz 2 des Grundgesetzes einzulösen: „Männer und Frauen sind gleichberechtigt.“. Aber bei uns verdienen Frauen immer noch weniger als Männer. Frauen fehlen in Führungsetagen. Mütter haben schlechtere Chancen auf dem Arbeitsmarkt als Väter. 39 % der Alleinerziehenden und ihre Kinder sind von Armut bedroht. Die Politik muss endlich für Geschlechtergerechtigkeit und eine gute Zukunft von Frauen und Männern sorgen.

Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte brauchen mehr

Sie sollen die ganze Palette der gesamtgesellschaftlich wichtigen gleichstellungspolitischen Themen abdecken, dabei fachlich immer auf dem neuesten Stand sein und nachhaltig dafür sorgen, dass Gleichberechtigung vor Ort umgesetzt wird. Das Profil der Arbeit einer Gleichstellungsbeauftragten entspricht dem einer Managerin und damit einer Führungsposition! Mit ihrer Arbeit fördern sie eine gleichberechtigte Gesellschaft. Dadurch erhöht sich auch der wirtschaftliche Erfolg für Alle!

Dazu Manuela Schwesig:

„Ich ärgere mich oft, dass die Arbeit die vor Ort die Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten machen, gar nicht so wertgeschätzt wird, wie es eigentlich sein müsste. Ob eine Frau gute berufliche Chancen hat, ob die Vereinbarkeit von Beruf und Familie für Frauen und Männer gut geht, ob genug Frauenhäuser und Beratungsangebote da sind, das entscheidet sich vor Ort. Und wenn wir nicht diese taffen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten hätten, dann hätten wir viel weniger und eigentlich bräuchten wir sogar noch mehr und das ist natürlich meine Aufgabe diese Arbeit zu unterstützen.“

47. Emsvechtawelle

09.09.2015

<http://www.emsvechtawelle.de/news/gleichstellungsbeauftragte-kritisiert-nordhorner-unternehmen-21653.html>

Mittwoch 09.09.2015 16:23 Uhr

Gleichstellungsbeauftragte kritisiert Nordhorner Unternehmen

Grafschaft Bentheim – Die Gleichstellungsbeauftragte Julia Stegt hat zusammen mit ihrer Nordhorner Kollegin Anja Millewski die Bundeskonferenz der kommunalen Frauenbüros und Gleichstellungsbeauftragten in Rostock besucht. Neben der aktuellen Flüchtlingsdebatte waren der Ausbau von Kindertagesstätten und die familiäre Arbeitsteilung von Mann und Frau Thema der Konferenz. Milewski kritisiert hier auch Arbeitgeber in Nordhorn. Diese gingen oft nicht auf die Forderung vieler Väter ein, Beruf und Familie besser zu vereinen. Zudem sähen sie lieber weibliche Mitarbeiter in Eltern- beziehungsweise Teilzeit. Abhilfe sieht die Gleichstellungsbeauftragte zum Beispiel in dem sogenannten Modell der Familienzeit. Es sieht eine 30-Stunden-Woche vor, bei der auch Zeit für die Familie bleibt./seb

48. Roedinghausen.de

09.09.2015

<http://www.roedinghausen.de/index.phtml?objec-t=tx|393.2734.1&ModID=7&FID=608.4565.1&s-NavID=521.5&mNavID=521.1&La=1>

Bundesarbeitsgemeinschaft Kommunalen Frauenbüros

09.09.2015



Gleichstellungsarbeit 3.0

Für eine bessere Zukunft von Frauen und Männern

23. Bundeskonferenz kommunaler Frauenbüros und Gleichstellungsstellen in Rostock erfolgreich zu Ende gegangen

- Flüchtlingsfrauen brauchen besondere Unterstützung!
- Freigewordene Bundesmittel für Kitausbau!
- Bessere Rahmenbedingungen für Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte!

Diesen Forderungen schließt sich Dorit Bethke, die Gleichstellungsbeauftragte der Stadt Bünde nach der Teilnahme an der 23. Bundeskonferenz der kommunalen Gleichstellungs- und Frauenbeauftragten Deutschlands in Rostock an.

Gleichstellungspolitik 3.0 und Flüchtlingsfrauen:

Frauen und Mädchen fliehen u. a., weil sie in vielen

Ländern als Teil der Kriegsführung vergewaltigt werden. Auch auf der Flucht werden sie häufig Opfer sexueller Gewalt. Sie brauchen in Deutschland besondere Hilfesysteme, um die erlebten Traumata zu bewältigen. Sie brauchen Schutz vor Gewalt und Bildungsangebote, die u.a. berücksichtigen, dass viele von ihnen nicht lesen und schreiben können. Und sie brauchen niedrigschwellige Angebote zur Gesundheitsversorgung.

Dazu sagte Bundesministerin Manuela Schwesig vor den mehr als 350 Gleichstellungsbeauftragten:

„Ich schätze die Arbeit der kommunalen Gleichstellungsbeauftragten sehr. Ohne Sie wäre vieles nicht möglich. Aktuell ist die Unterbringung und Versorgung von Flüchtlingen eine der größten Herausforderungen vor Ort. Besonders die Frauen und Kinder, die bei uns ankommen und Schutz suchen, sind durch Krieg und Gewalt schwer traumatisiert. Ich begrüße es sehr, dass Sie sich vor Ort dafür stark machen, dass auf die Bedürfnisse dieser Frauen so gut es geht Rücksicht genommen wird. Dazu gehört eine angemessene Unterbringung ebenso wie der Zugang zu speziellen Beratungsangeboten. Dies ist nur ein Beispiel, wie sehr Ihre Arbeit gebraucht wird. Sie unterstützen, wo Frauen ganz konkrete Hilfe suchen.“

Gleichstellungsbeauftragte Dorit Bethke fordert: Bundesmittel speziell für die Unterstützung von geflüchteten Frauen und Mädchen.

Gleichstellungspolitik 3.0 und Ausbau von Kinderbetreuungsmöglichkeiten:

Die freiwerdenden Mittel aus dem Betreuungsgeld müssen in den Ausbau der Kindertagesstätten fließen. Fehlende Kinderbetreuung führt dazu, dass vor allem Mütter beruflich zurückstecken. Die Folgen: Fachkräftemangel, schlecht bezahlte Minijobs, niedrige Renten, Altersarmut. Das kann nur durch mehr Kitaplätze und eine gerechtere Arbeitsteilung zwischen Männer und Frauen verhindert werden. Immer mehr Väter wollen weniger arbeiten, sie wollen mehr Zeit mit ihrer Familie verbringen, so Dorit Bethke.

Unterstützung für diese Forderung von Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig:

„Es gibt mittlerweile viele Männer die als Väter sagen:

Auch ich will Zeit mit meiner Familie verbringen, ich will nicht nur zum Gutenachtkuss zuhause sein. Ich möchte auch in Teilzeit gehen, Elternzeit nehmen. Oft werden dafür Männer dafür noch schräg angeschaut. Deswegen sollten wir diese modernen Väter unterstützen. Wenn die Zeit für Familienaufgaben fairer verteilt ist, dann wird auch endlich die Arbeitszeit fairer verteilt. Dann kommen die Frauen aus der Mini-Teilzeitfalle und haben berufliche Perspektiven und bessere Einkommenschancen.“

Gleichstellungspolitik 3.0 = Verantwortung der Politik und Arbeit der Gleichstellungsbeauftragten

Die Politik hat es immer noch nicht geschafft, Artikel 3, Absatz 2 des Grundgesetzes einzulösen „Männer und Frauen sind gleichberechtigt.“. Aber bei uns verdienen Frauen immer noch weniger als Männer. Frauen fehlen in Führungsetagen, im Stadtrat und auf Bürgermeistersesseln. Mütter haben schlechtere Chancen auf dem Arbeitsmarkt als Väter. 39 % der Alleinerziehenden und ihre Kinder sind von Armut bedroht.

Die Politik muss endlich für Geschlechtergerechtigkeit und eine gute Zukunft von Frauen und Männern sorgen. Die Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten setzen sich vor Ort für die ganze Palette der gesamtgesellschaftlich wichtigen gleichstellungspolitischen Themen ein und fördern so eine gleichberechtigte Gesellschaft.

Dazu Manuela Schwesig:

„Ich ärgere mich oft, dass die Arbeit die vor Ort die Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten machen, gar nicht so wertgeschätzt wird, wie es eigentlich sein müsste. Ob eine Frau gute berufliche Chancen hat, ob die Vereinbarkeit von Beruf und Familie für Frauen und Männer gut geht, ob genug Frauenhäuser und Beratungsangebote da sind, das entscheidet sich vor Ort. Und wenn wir nicht diese taffen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten hätten, dann hätten wir viel weniger und eigentlich bräuchten wir sogar noch mehr und das ist natürlich meine Aufgabe diese Arbeit zu unterstützen.“

Ich wünsche mir: Die rechtlichen Rahmenbedingungen und die Ausstattung in den Kommunen/Kreisen müssen für die kommunalen Frauen- und Gleichstellungsbüros verbessert werden!

49. Wuppertaler Rundschau

10.09.2015

<http://www.wuppertaler-rundschau.de/lokales/fuer-die-sache-der-frauen-aid-1.5382625>

10. September 2015 | Für die Sache der Frauen

Wuppertl / Rostock. Die Wuppertaler Gleichstellungsbeauftragte Roswitha Bocklage ist neue Bundessprecherin der Bundesarbeitsgemeinschaft (BAG) kommunaler Frauenbüros in Deutschland. Sie wurde auf der 23. Bundeskonferenz der kommunalen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten gewählt, die vom 6. bis 8. September 2015 in Rostock-Warnemünde stattfand.

In der BAG haben sich die weiblichen, hauptamtlichen, kommunalen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten zusammengeschlossen. Sie vertreten die Interessen von Frauen auf Bundesebene und schaffen ein bundesweites Forum für frauenpolitische Diskussionen, sichern den Erfahrungsaustausch und den Informationsfluss zwischen den Kolleginnen und klären Fragen des eigenen Berufsstandes.

Die Bundeskonferenz ist das frauenpolitische Diskussionsforum aller Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten. Sie findet im Abstand von 18 Monaten statt, fasst Beschlüsse auf der Grundlage von Anträgen und wählt die Sprecherinnen. In dem Bundessprecher-Gremium sind elf Frauen vertreten.

50. Vechte News

10.09.2015

<http://www.ems-vechte-news.de/23-bundeskonferenz-kommunaler-frauenbueros-und-gleichstellungsstellen-in-rostock-erfolgreich-zu-ende-gegangen/>

23. Bundeskonferenz kommunaler Frauenbüros und Gleichstellungsstellen in Rostock erfolgreich zu Ende gegangen

10.09.15

Gleichstellungsarbeit 3.0 – Für eine bessere Zukunft von Frauen und Männern

Rostock/Nordhorn. Unter dem Motto „Gleichstellungsarbeit 3.0“ stand die diesjährige Bundeskonferenz der kommunalen Frauenbüros und Gleichstellungsbeauftragten in Rostock. Die Veranstaltung, an der neben Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig rund 400 Gleichstellungsbeauftragte aus ganz Deutschland teilnahmen, befasste sich vor allem mit der zukunftsfähigen Gestaltung und Neuausrichtung der Gleichstellungsarbeit.



(Foto: Bundesarbeitsgemeinschaft (BAG) kommunaler Frauenbüros und Gleichstellungsstellen)

Die 23. Bundeskonferenz der kommunaler Frauenbüros und Gleichstellungsstellen fand in Rostock statt.

Ein positives Fazit ziehen auch die regionalen Gleichstellungsbeauftragten der Stadt Nordhorn und des Landkreises Grafschaft Bentheim Anja Milewski und Julia Stegt. Bundesministerin Manuela Schwesig eröffnete die Konferenz mit mehr als 350 Gleichstellungsbeauftragten aus dem ganzen Bundesgebiet: „Ich schätze die Arbeit der kommunalen Gleichstellungsbeauftragten sehr. Ohne Sie wäre vieles nicht möglich. Aktuell ist die Unterbringung und Versorgung von Flüchtlingen eine der größten Herausforderungen vor Ort. Besonders die Frauen und Kinder, die bei uns ankommen und Schutz suchen, sind durch Krieg und Gewalt schwer traumatisiert. Ich begrüße es sehr, dass Sie sich vor Ort dafür stark machen, dass auf die Bedürfnisse dieser Frauen so gut es geht Rücksicht genommen wird. Dazu gehört eine angemessene Unterbringung ebenso wie der Zugang zu speziellen Beratungsangeboten.

Dies ist nur ein Beispiel, wie sehr Ihre Arbeit gebraucht wird. Sie unterstützen, wo Frauen ganz konkrete Hilfe

suchen.“ Zudem betonte Schwesig: „Es gibt mittlerweile viele Männer, die als Väter sagen: Auch ich will Zeit mit meiner Familie verbringen, ich will nicht nur zum Gutenachtkuss zuhause sein. Ich möchte auch in Teilzeit gehen, Elternzeit nehmen. Oft werden dafür Männer dafür noch schräg angeschaut. Deswegen sollten wir diese modernen Väter unterstützen. Wenn die Zeit für Familienaufgaben fairer verteilt ist, dann wird auch endlich die Arbeitszeit fairer verteilt. Dann kommen die Frauen aus der Mini-Teilzeitfalle und haben berufliche Perspektiven und bessere Einkommenschancen.“

Dieser Betrachtung schlossen sich die versammelten Gleichstellungsbeauftragte an und forderten die Bundesregierung auf, dass zum Beispiel die freiwerdenden Mittel aus dem Betreuungsgeld in den Ausbau der Kindertagesstätten fließen, anstatt anderweitige Haushaltslöcher zu stopfen. Auch Julia Stegt, Gleichstellungsbeauftragte des Landkreises Grafschaft Bentheim betont: „Fehlende Kinderbetreuung führt oft dazu, dass vor allem Mütter beruflich zurückstecken. Die Folgen: Fachkräftemangel, schlecht bezahlte Minijobs, niedrige Renten, Altersarmut. Das kann nur durch den Ausbau von Kitaplätzen und eine gerechtere Arbeitsteilung zwischen Männern und Frauen verhindert werden.“

Anja Milewski, städtische Gleichstellungsbeauftragte ergänzt: „Nur wenige Arbeitgeber – auch in Nordhorn – haben bisher auf die Forderung von Vätern nach einer besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie reagiert und sehen immer noch lieber die Frauen in Eltern- und Teilzeit. Deshalb ist es richtig, über neue geschlechtergerechte Arbeitszeitmodelle zu diskutieren.“

Dazu zählt Milewski beispielsweise das Modell der Familienzeit mit 30 Stunden pro Woche, das Bundesministerin Schwesig vorgeschlagen hat. Diskutiert wurde auch das Aufgabenspektrum der kommunalen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten. So wird erwartet, dass sie die Palette der gesamtgesellschaftlich wichtigen gleichstellungspolitischen Themen abdecken, dabei fachlich immer auf dem neuesten Stand sind und nachhaltig dafür sorgen, dass Gleichberechtigung vor Ort umgesetzt wird. Das Profil der Arbeit einer Gleichstellungsbeauftragten entspricht dem einer Managerin und damit einer Führungsposition.

Oft sind aber Ausstattung und Bezahlung nicht dementsprechend. Dazu Manuela Schwesig: „Ich ärgere

mich oft, dass die Arbeit, die vor Ort die Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten machen, gar nicht so wertgeschätzt wird, wie es eigentlich sein müsste. Ob eine Frau gute berufliche Chancen hat, ob die Vereinbarkeit von Beruf und Familie für Frauen und Männer gut geht, ob genug Frauenhäuser und Beratungsangebote da sind, das entscheidet sich vor Ort. Und wenn wir nicht diese taffen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten hätten, dann hätten wir viel weniger und eigentlich bräuchten wir sogar noch mehr und das ist natürlich meine Aufgabe diese Arbeit zu unterstützen.“

Die beiden Gleichstellungsbeauftragten der Stadt Nordhorn und des Landkreises Grafschaft Bentheim Anja Milewski und Julia Stegt sind sich einig: „Der positive Rückenwind von Bundesministerin Manuela Schwesig und den Gleichstellungsbeauftragten aus dem gesamten Bundesgebiet ist eine wichtige Unterstützung unserer Arbeit und der unserer neben- und ehrenamtlichen Kolleginnen aus den kreisangehörigen Kommunen hier in der Region.“

51. Henstedt-Ulzburg.de

10.09.2015

http://www.henstedt-ulzburg.de/aktuelles/glb_buko.html

Für eine bessere Zukunft von Frauen und Männern

10.09.2015 17:35

Gleichstellungspolitik und Flüchtlingsfrauen:

Frauen und Mädchen fliehen u. a., weil sie in vielen Ländern als Teil der Kriegsführung vergewaltigt werden. Auch auf der Flucht werden sie häufig Opfer sexueller Gewalt. Sie brauchen in Deutschland besondere Hilfesysteme, um die erlebten Traumata zu bewältigen. Sie brauchen Schutz vor Gewalt und vor sexuellen Übergriffen in Gemeinschaftsunterkünften und sie brauchen Bildungsangebote, die u.a. berücksichtigen, dass viele von ihnen nicht lesen und schreiben können. Und sie brauchen niedrigschwellige Angebote zur Gesundheitsversorgung.

Dazu sagte Bundesministerin Manuela Schwesig vor den mehr als 350 Gleichstellungsbeauftragten: „Ich schätze

die Arbeit der kommunalen Gleichstellungsbeauftragten sehr. Ohne Sie wäre vieles nicht möglich. Aktuell ist die Unterbringung und Versorgung von Flüchtlingen eine der größten Herausforderungen vor Ort. Besonders die Frauen und Kinder, die bei uns ankommen und Schutz suchen, sind durch Krieg und Gewalt schwer traumatisiert. Ich begrüße es sehr, dass Sie sich vor Ort dafür stark machen, dass auf die Bedürfnisse dieser Frauen so gut es geht Rücksicht genommen wird.

Dazu gehört eine angemessene Unterbringung ebenso wie der Zugang zu speziellen Beratungsangeboten. Dies ist nur ein Beispiel, wie sehr Ihre Arbeit gebraucht wird. Sie unterstützen, wo Frauen ganz konkrete Hilfe suchen.“

Gleichstellungspolitik und Kitaausbau:

Die freiwerdenden Mittel aus dem Betreuungsgeld müssen in den weiteren Ausbau der Kindertagesstätten fließen. Fehlende Kinderbetreuung führt dazu, dass vor allem Mütter beruflich zurückstecken. Die Folgen: Fachkräftemangel, schlecht bezahlte Minijobs, niedrige Renten, Altersarmut. Das kann nur durch mehr Kitaplätze und eine gerechtere Arbeitsteilung zwischen Männer und Frauen verhindert werden.

Unterstützung gibt es für diese Forderung von Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig:

„Es gibt mittlerweile viele Männer die als Väter sagen: Auch ich will Zeit mit meiner Familie verbringen, ich will nicht nur zum Gutenachtkuss zuhause sein. Ich möchte auch in Teilzeit gehen, Elternzeit nehmen. Oft werden Männer dafür noch schräg angeschaut. Deswegen sollten wir diese modernen Väter unterstützen. Wenn die Zeit für Familienaufgaben fairer verteilt ist, dann wird auch endlich die Arbeitszeit fairer verteilt. Dann kommen die Frauen aus der Mini-Teilzeitfalle und haben berufliche Perspektiven und bessere Einkommenschancen.“

Artikel 3, Absatz 2 des Grundgesetzes „Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern (...)“ Aber bei uns verdienen Frauen immer noch weniger als Männer. Frauen fehlen in Führungsetagen, im Kommunalparlamenten/Gemeindevertretungen und auf

Bürgermeistersesseln. Mütter haben schlechtere Chancen auf dem Arbeitsmarkt als Väter. 39 % der Alleinerziehenden und ihre Kinder sind von Armut bedroht. Politik ist in der Pflicht, für Geschlechtergerechtigkeit und eine gute Zukunft von Frauen und Männern zu sorgen.

Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte brauchen mehr

Sie sollen die ganze Palette der gesamtgesellschaftlich wichtigen gleichstellungspolitischen Themen abdecken, dabei fachlich immer auf dem neuesten Stand sein und nachhaltig dafür sorgen, dass Gleichberechtigung vor Ort umgesetzt wird. Das Profil der Arbeit einer Gleichstellungsbeauftragten entspricht dem einer Managerin und damit einer Führungsposition! Doch oft sind die Eingruppierung und damit die Bezahlung vergleichsweise schlecht. Meist haben sie kein Personal und ein nur geringes Budget. Geld für Fortbildungen oder Dienstreisen ist knapp. Aber! Mit ihrer Arbeit fördern sie eine gleichberechtigte Gesellschaft. Dadurch erhöht sich auch der wirtschaftliche Erfolg für Alle!

Dazu Manuela Schwesig:

„Ich ärgere mich oft, dass die Arbeit, die die Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten vor Ort machen, gar nicht so wertgeschätzt wird, wie es eigentlich sein müsste. Ob eine Frau gute berufliche Chancen hat, ob die Vereinbarkeit von Beruf und Familie für Frauen und Männer gut geht, ob genug Frauenhäuser und Beratungsangebote da sind, das entscheidet sich vor Ort. Die rechtlichen Rahmenbedingungen und die Ausstattung in den Kommunen/Kreisen müssen für die kommunalen Frauen- und Gleichstellungsbüros verbessert werden!“

52. Kiezleben Charlottenburg

11.09.2015

<http://www.berlinonline.de/nachrichten/charlottenburg/gleichstellungskonferenz-betrachtete-situation-gefluchteter-frauen-68552>

Gleichstellungskonferenz betrachtete Situation geflüchteter Frauen

Die 23. Bundeskonferenz kommunaler Frauen- und Gleichstellungsbeauftragter vom 06. bis 08.09.2015 sei erfolgreich zu Ende gegangen, meldet das Bezirksamt Charlottenburg-Wilmersdorf, dessen Gleichstellungsbeauftragte Carolina Böhm bei der Veranstaltung in Rostock vertreten war.

Zu Beginn sagte Bundesministerin Manuela Schwesig (SPD) vor den mehr als 350 Gleichstellungsbeauftragten: „Ich schätze die Arbeit der kommunalen Gleichstellungsbeauftragten sehr. Ohne Sie wäre vieles nicht möglich. Aktuell ist die Unterbringung und Versorgung von Flüchtlingen eine der größten Herausforderungen vor Ort. Besonders die Frauen und Kinder, die bei uns ankommen und Schutz suchen, sind durch Krieg und Gewalt schwer traumatisiert. Ich begrüße es sehr, dass Sie sich vor Ort dafür stark machen, dass auf die Bedürfnisse dieser Frauen so gut es geht Rücksicht genommen wird. Dazu gehört eine angemessene Unterbringung ebenso wie der Zugang zu speziellen Beratungsangeboten. Dies ist nur ein Beispiel, wie sehr Ihre Arbeit gebraucht wird. Sie unterstützen, wo Frauen ganz konkrete Hilfe suchen.“

Fokus auf geflüchteten Frauen

Diesen Eingangsworten entsprechend fasste die Konferenz zahlreiche Beschlüsse, die die Unterbringung geflüchteter Frauen in den Kommunen betreffen. Hierzu gehörten in erster Linie die schnelle und unkomplizierte Gesundheitsversorgung, insbesondere für Schwangere, die Bereitstellung von sicheren Unterkünften, nach Möglichkeit mit Schutzräumen für Frauen, sowie adäquate Bildungsmöglichkeiten. Viele Frauen flüchteten aus Ländern, in denen ihnen der Zugang zu Bildungseinrichtungen verwehrt oder erschwert wurde, dies muss hier vor Ort entsprechend berücksichtigt werden. Darüber hinaus fasste die Konferenz Beschlüsse zu Themen wie Stärkung von Opferrechten in Strafverfahren, steuerlichen Verbesserungen für Ein-Eltern-Familien und die Verbesserung der Versicherungssituation für Beschäftigte im Bereich der Tagespflege.

Positives Fazit

Die Gleichstellungsbeauftragte Carolina Böhm zog ein

positives Fazit: „Der bundesweite Austausch unter den kommunalen Gleichstellungsbeauftragten ist produktiv und interessant im Hinblick auf die unterschiedlichen Perspektiven. Mehr Gleichstellung der Geschlechter bedeutet immer ein Mehr an Demokratie für die Gesellschaft, das ist das Ziel unser aller täglicher Arbeit, in allen Bundesländern.“

*Bezirksamt Charlottenburg-Wilmersdorf / Berlin
Online*

53. Tagesschau

twitter 13.09.2015

tagesschau (@tagesschau) twitterte am 3:12 AM on Fr., Sep. 11, 2015:

Verfolgte Frauen: Wenn die Angst in Deutschland nicht endet

<http://t.co/ZfJJsftNVI> #Frauen #Flüchtlinge

(<https://twitter.com/tagesschau/status/642143703533023232>)

54. Weserkurier

14.09.2015

[http://www.weser-kurier.de/region/delmenhorster-kurier_artikel,-Petra-Borrmann-wiedergewaeholt-_arid,1206928.html](http://www.weser-kurier.de/region/delmenhorster-kurier_artikel,-Petra-Borrmann-wiedergewaeahlt-_arid,1206928.html)

Delmenhorst

Petra Borrmann wiedergewählt

Annika Lütje 14.09.2015

Die Delmenhorster Gleichstellungsbeauftragte Petra Borrmann ist in Warnemünde auf der 23. Bundeskonferenz kommunaler Frauenbüros von den anwesenden 400 Kolleginnen zum zweiten Mal zur Bundessprecherin gewählt worden. Damit wird Borrmann für weitere drei Jahre die etwa 1900 kommunalen Gleichstellungsstellen auf Bundesebene vertreten – zusammen mit ihren Kolleginnen aus Wolfsburg, Wuppertal, Karlsruhe, Münster und Berlin

sowie aus den Landkreisen Helmstedt und Wolfenbüttel. Die Sprecherinnen halten Kontakt zu Verbänden und Parteien und beziehen zu aktuellen Themen der Frauenpolitik und Chancengleichheit für beide Geschlechter Stellung. So sagte Borrmann auf der Konferenz: „Trotz guter Ansätze auch in unserer Stadtverwaltung gibt es noch zu wenig Modelle, die auch Männer bei der Vereinbarkeit von Beruf und Familie unterstützen, obwohl Väter zunehmend mehr Zeit mit ihren Kindern verbringen wollen. Daher bin ich für moderne Regelungen zur Familienarbeitszeit für Frauen und Männer.“

55. Wiehl.de

14.09.2015

<http://www.wiehl.de/aktuelles/neuigkeiten/nachrichten/4849-fuer-eine-bessere-zukunft-von-frauen-und.html>

Für eine bessere Zukunft von Frauen und Männern: Gleichstellungsarbeit 3.0

(15. September 2015) Auch die Wiehler Gleichstellungsbeauftragte Bettina Loidl war eine der Teilnehmenden an der Konferenz Gleichstellungsarbeit 3.0, der 23. Bundeskonferenz kommunaler Frauenbüros und Gleichstellungsstellen in Rostock, auf der insgesamt 380 Kolleginnen aus allen Bundesländern in Workshops arbeiteten und sich austauschten.



Begrüßt wurden die Teilnehmerinnen von Bundesministerin Manuela Schwesig, die in ihrer eingehenden, dezidierten und motivierenden Rede folgende Schwerpunktthemen besetzte:

Flüchtlingsfrauen

Vereinbarkeit Familie und Beruf (Kinderbetreuung, Pflege)
Existenzsicherung von Frauen

Geschlechtergerechte Teilhabe in allen Bereichen der Gesellschaft (Politik, Führungsetagen, Berufsbildern etc)

Rahmenbedingungen/Qualitätssicherung der Frauen- und Gleichstellungsbüros

Flüchtlingsfrauen:

Frauen und Mädchen fliehen u. a., weil sie in vielen Ländern als Teil der Kriegsführung Gewalt ausgesetzt sind. Auch auf der Flucht werden sie häufig Opfer sexueller Gewalt. Sie brauchen in Deutschland besondere Hilfesysteme, um die erlebten Traumata zu bewältigen. Sie brauchen Schutz vor Gewalt und vor sexuellen Übergriffen in Gemeinschaftsunterkünften und sie brauchen Bildungsangebote, die u.a. berücksichtigen, dass viele von ihnen nicht lesen und schreiben können. Und sie brauchen niedrigschwellige Angebote zur Gesundheitsversorgung. Dazu sagte Bundesministerin Manuela Schwesig vor den Gleichstellungsbeauftragten: „Aktuell ist die Unterbringung und Versorgung von Flüchtlingen eine der größten Herausforderungen vor Ort. Besonders die Frauen und Kinder, die bei uns ankommen und Schutz suchen, sind durch Krieg und Gewalt schwer traumatisiert. Es ist notwendig, dass auf die Bedürfnisse dieser Frauen so gut es geht Rücksicht genommen wird. Dazu gehört eine angemessene Unterbringung ebenso wie der Zugang zu speziellen Beratungsangeboten.“

Vereinbarkeit Familie und Beruf

Die freiwerdenden Mittel aus dem Betreuungsgeld sollten in den Ausbau der Kindertagesstätten fließen. Fehlende Kinderbetreuung führt dazu, dass vor allem Mütter beruflich zurückstecken. Die Folgen: Fachkräftemangel, schlecht bezahlte Minijobs, niedrige Renten, Altersarmut. Das kann nur durch mehr Kinderbetreuungsplätze und eine gerechtere Arbeitsteilung zwischen Männer und Frauen verhindert werden Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig: „Es gibt mittlerweile viele Männer, die als Väter sagen: Auch ich will Zeit mit meiner Familie verbringen, ich will nicht nur zum Gutenachtkuss zu-

hause sein. Ich möchte auch in Teilzeit gehen, Elternzeit nehmen. Oft werden dafür Männer dafür noch schräg angeschaut. Deswegen sollten wir diese modernen Väter unterstützen. Wenn die Zeit für Familienaufgaben fairer verteilt ist, dann wird auch endlich die Arbeitszeit fairer verteilt. Dann kommen die Frauen aus der Mini-Teilzeitfalle und haben berufliche Perspektiven und bessere Einkommenschancen. Wir brauchen ein Gesetz zur Familienarbeitszeit und den Ausbau der Kitaplätze mit den freiwerdenden Mittel aus dem Betreuungsgeld“

Geschlechtergerechte Teilhaben

Es wurde immer noch nicht geschafft, Artikel 3, Absatz 2 des Grundgesetzes einzulösen „Männer und Frauen sind gleichberechtigt.“. Auch bei uns verdienen Frauen immer noch weniger als Männer (equal pay gap 23%). Frauen fehlen in Führungsetagen, im Kommunalparlamenten/Stadtrat und auf Bürgermeisteresseln. Mütter haben schlechtere Chancen auf dem Arbeitsmarkt als Väter. 39 % der Alleinerziehenden und ihre Kinder sind von Armut bedroht. Alle politischen Kräfte, auf allen Ebenen sind aufgefordert endlich für Geschlechtergerechtigkeit und eine gute Zukunft von Frauen und Männern zu sorgen.

Rahmenbedingungen Frauen- und Gleichstellungsbüros
Das Profil der Funktion der Gleichstellungsbeauftragte deckt die ganze Palette der gesamtgesellschaftlich wichtigen gleichstellungspolitischen Themen ab, dabei müssen sie fachlich immer auf dem neuesten Stand sein und nachhaltig dafür sorgen, dass Gleichberechtigung vor Ort umgesetzt wird. Sie initiieren und steuern. Mit ihrer Arbeit fördern sie eine gleichberechtigte Gesellschaft. Dadurch erhöht sich u.a. auch der wirtschaftliche Erfolg für Alle!

Dazu Manuela Schwesig: „Ich ärgere mich oft, dass die Arbeit die vor Ort die Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten machen, gar nicht so wertgeschätzt wird, wie es eigentlich sein müsste. Ob eine Frau gute berufliche Chancen hat, ob die Vereinbarkeit von Beruf und Familie für Frauen und Männer gut geht, ob genug Frauenhäuser und Beratungsangebote da sind, das entscheidet sich vor Ort. Und wenn wir nicht diese taffen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten vor ort hätten, dann hätten wir viel weniger und eigentlich bräuchten wir sogar noch mehr und

das ist natürlich meine Aufgabe diese Arbeit zu unterstützen. Ich wünsche mir, dass die rechtlichen Rahmenbedingungen und die Ausstattung in den Kommunen/Kreisen für die kommunalen Frauen- und Gleichstellungsbüros standardisiert, teils ausgebaut und einheitlich verbessert werden!“ Diese Aussagen honorierten 380 Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte mit anhaltendem Applaus.

Die **Stadt Wiehl**, Stadtverwaltung und auch die Politik haben diese geforderten Rahmenbedingungen weitgehend bereits vor mehr als 20 Jahren implementiert und immer als notwendig erachtet. Am 1. September war die Gleichstellungsbeauftragte Bettina Loidl, die Ihnen für Fragen, Beratungen und Austausch zu diesen und anderen Themen gerne zur Verfügung steht, 20 Jahre in dieser Funktion tätig. Kontakt: b.loidl@wiehl.de oder 02262/99212 oder persönlich im Büro 109 im Rathaus.

56. Herzogenrath.de

14.09.2015

http://www.herzogenrath.de/icc/assisto/nav/664/6643086d-cb02-f231-ae90-4dd2048168a8&sel_uCon=63e10ac3-0599-cf41-da42-3e35a35f7b8d&uTem=aaaaaaaa-aaaa-aaaa-aaaa-000000000042.htm

Gleichstellungsarbeit 3.0

Für eine bessere Zukunft von Frauen und Männern

Gleichstellungsbeauftragte aus der Region nahmen an der 23. Bundeskonferenz kommunaler Frauenbüros und Gleichstellungsstellen in Rostock teil.

- Flüchtlingsfrauen brauchen besondere Unterstützung!
- Freigewordene Bundesmittel für Kitaausbau!
- Bessere Rahmenbedingungen für Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte!

Diesen Forderungen schließt sich Gleichstellungsbeauftragte Birgit Kuballa nach der Teilnahme an der 23. Bundeskonferenz der kommunalen Gleichstellungs- und Frauenbeauftragten Deutschlands in Rostock an. Gleichstellungspolitik 3.0 und Flüchtlingsfrauen:

Frauen und Mädchen fliehen u. a., weil sie in vielen Ländern als Teil der Kriegsführung vergewaltigt werden. Auch auf der Flucht werden sie häufig Opfer sexueller Gewalt. Sie brauchen in Deutschland besondere Hilfesysteme, um die erlebten Traumata zu bewältigen. Sie brauchen Schutz vor Gewalt und vor sexuellen Übergriffen in Gemeinschaftsunterkünften und sie brauchen Bildungsangebote, die u.a. berücksichtigen, dass viele von ihnen nicht lesen und schreiben können. Und sie brauchen niedrigschwellige Angebote zur Gesundheitsversorgung.

Dazu sagte Bundesministerin Manuela Schwesig vor den mehr als 350 Gleichstellungsbeauftragten: „Ich schätze die Arbeit der kommunalen Gleichstellungsbeauftragten sehr. Ohne Sie wäre vieles nicht möglich. Aktuell ist die Unterbringung und Versorgung von Flüchtlingen eine der größten Herausforderungen vor Ort. Besonders die Frauen und Kinder, die bei uns ankommen und Schutz suchen, sind durch Krieg und Gewalt schwer traumatisiert. Ich begrüße es sehr, dass Sie sich vor Ort dafür stark machen, dass auf die Bedürfnisse dieser Frauen so gut es geht Rücksicht genommen wird. Dazu gehört eine angemessene Unterbringung ebenso wie der Zugang zu speziellen Beratungsangeboten. Dies ist nur ein Beispiel, wie sehr die Arbeit der Gleichstellungsbeauftragten gebraucht wird. Sie unterstützen, wo Frauen ganz konkrete Hilfe suchen.“

Gleichstellungsbeauftragte Birgit Kuballa fordert: Qualifiziertes Personal und Bundesmittel speziell für die Unterstützung von geflüchteten Frauen und Mädchen.

Gleichstellungspolitik 3.0 und Bundesfinanzminister:

Die freiwerdenden Mittel aus dem Betreuungsgeld müssen in den Ausbau der Kindertagesstätten fließen. Es ist ein Unding, dass Wolfgang Schäuble damit Haushaltslöcher stopfen möchte. So sieht keine moderne Familienpolitik aus. Fehlende Kinderbetreuung führt dazu, dass vor allem Mütter beruflich zurückstecken. Die Folgen: Fachkräftemangel, schlecht bezahlte Minijobs, niedrige Renten, Altersarmut. Das kann nur durch mehr Kitaplätze und eine gerechtere Arbeitsteilung zwischen Männer und Frauen verhindert werden. Immer mehr Väter auch in meiner Kommune wollen weniger arbeiten, sie wollen

mehr Zeit mit ihrer Familie verbringen, so Birgit Kuballa. Wir brauchen auch hier in Herzogenrath neue geschlechtergerechte Arbeitszeitmodelle, wie z.B. das der Familienzeit (30 Stunden pro Woche), das Bundesministerin Schwesig vorgeschlagen hat. So wird Herzogenrath auch familienfreundlicher, denn es profitieren alle davon: Mütter, Väter, die Kinder und letztendlich auch die Arbeitgeber.

Gleichstellungspolitik 3.0 = Verantwortung der Politik

Die Politik hat es immer noch nicht geschafft, Artikel 3, Absatz 2 des Grundgesetzes einzulösen „Männer und Frauen sind gleichberechtigt.“. Aber bei uns verdienen Frauen immer noch weniger als Männer. Frauen fehlen in Führungsetagen, im Stadtrat und Städtereionstag. Mütter haben schlechtere Chancen auf dem Arbeitsmarkt als Väter.

39 % der Alleinerziehenden und ihre Kinder sind von Armut bedroht.

Die Politik muss endlich für Geschlechtergerechtigkeit und eine gute Zukunft von Frauen und Männern sorgen. Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte brauchen mehr Sie sollen die ganze Palette der gesamtgesellschaftlich wichtigen gleichstellungspolitischen Themen abdecken, dabei fachlich immer auf dem neuesten Stand sein und nachhaltig dafür sorgen, dass Gleichberechtigung vor Ort umgesetzt wird. Das Profil der Arbeit einer Gleichstellungsbeauftragten entspricht dem einer Managerin und damit einer Führungsposition!

Doch die Eingruppierung und damit die Bezahlung sind vergleichsweise schlecht. Meist haben sie kein Personal und ein nur geringes Budget. Geld für Fortbildungen oder Dienstreisen ist knapp. Aber! Mit ihrer Arbeit fördern sie eine gleichberechtigte Gesellschaft. Dadurch erhöht sich auch der wirtschaftliche Erfolg für Alle!

Dazu Manuela Schwesig:

„Ich ärgere mich oft, dass die Arbeit die vor Ort die Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten machen, gar nicht so wertgeschätzt wird, wie es eigentlich sein müsste. Ob eine Frau gute berufliche Chancen hat, ob die Vereinbarkeit von Beruf und Familie für Frauen und Männer gut geht,

ob genug Frauenhäuser und Beratungsangebote da sind, das entscheidet sich vor Ort. Und wenn wir nicht diese taffen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten hätten, dann hätten wir viel weniger und eigentlich bräuchten wir sogar noch mehr und das ist natürlich meine Aufgabe diese Arbeit zu unterstützen.“

57. viernheim24.de

14.09.2015

<http://www.viernheim24.info/fuer-eine-bessere-zukunft-von-frauen-und-maennern-2/>

Für eine bessere Zukunft von Frauen und Männern



14.09.2015

Von: Bundesarbeitsgemeinschaft kommunaler Frauenbüros – **Flüchtlingsfrauen brauchen besondere Unterstützung! Freigewordene Bundesmittel für Kitausbau! Bessere Rahmenbedingungen für Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte! Diesen Forderungen schließt sich Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte Rita Walraven-Bernau nach der Teilnahme an der 23. Bundeskonferenz der kommunalen Gleichstellungs- und Frauenbeauftragten Deutschlands in Rostock an. Frauen und Mädchen fliehen u. a., weil sie in vielen Ländern als Teil der Kriegsführung vergewaltigt werden. Auch auf der Flucht werden sie häufig Opfer sexueller Gewalt. Sie brauchen in Deutschland besondere Hilfesysteme, um die erlebten Traumata zu bewältigen.**

Sie brauchen Schutz vor Gewalt und vor sexuellen Übergriffen in Gemeinschaftsunterkünften und sie brauchen Bildungsangebote, die u.a. berücksichtigen, dass viele

von ihnen nicht lesen und schreiben können. Und sie brauchen niedrigschwellige Angebote zur Gesundheitsversorgung. Dazu sagte Bundesministerin Manuela Schwesig vor den mehr als 350 Gleichstellungsbeauftragten: „Ich schätze die Arbeit der kommunalen Gleichstellungsbeauftragten sehr. Ohne Sie wäre vieles nicht möglich. Aktuell ist die Unterbringung und Versorgung von Flüchtlingen eine der größten Herausforderungen vor Ort. Besonders die Frauen und Kinder, die bei uns ankommen und Schutz suchen, sind durch Krieg und Gewalt schwer traumatisiert. Ich begrüße es sehr, dass Sie sich vor Ort dafür stark machen, dass auf die Bedürfnisse dieser Frauen so gut es geht Rücksicht genommen wird.“

Dazu gehört eine angemessene Unterbringung ebenso wie der Zugang zu speziellen Beratungsangeboten. Dies ist nur ein Beispiel, wie sehr Ihre Arbeit gebraucht wird. Sie unterstützen, wo Frauen ganz konkrete Hilfe suchen.“ Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte Rita Walraven-Bernau fordert: Qualifiziertes Personal und Bundesmittel speziell für die Unterstützung von geflüchteten Frauen und Mädchen.

Die freiwerdenden Mittel aus dem Betreuungsgeld müssen in den Ausbau der Kindertagesstätten fließen. Es ist ein Unding, dass Wolfgang Schäuble damit Haushaltslöcher stopfen möchte. So sieht keine moderne Familienpolitik aus. Fehlende Kinderbetreuung führt dazu, dass vor allem Mütter beruflich zurückstecken. Die Folgen: Fachkräftemangel, schlecht bezahlte Minijobs, niedrige Renten, Altersarmut. Das kann nur durch mehr Kitaplätze und eine gerechtere Arbeitsteilung zwischen Männer und Frauen verhindert werden. Immer mehr Väter auch in meiner Kommune/ Kreis wollen weniger arbeiten, sie wollen mehr Zeit mit ihrer Familie verbringen, so Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte Rita Walraven-Bernau.

Unterstützung für diese Forderung von Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig: „Es gibt mittlerweile viele Männer die als Väter sagen: Auch ich will Zeit mit meiner Familie verbringen, ich will nicht nur zum Gutenachtkuss zuhause sein. Ich möchte auch in Teilzeit gehen, Elternzeit nehmen. Oft werden dafür Männer dafür noch schräg angeschaut. Deswegen sollten wir diese modernen Väter unterstützen. Wenn die Zeit für Familienaufgaben fairer

verteilt ist, dann wird auch endlich die Arbeitszeit fairer verteilt. Dann kommen die Frauen aus der Mini-Teilzeitfalle und haben berufliche Perspektiven und bessere Einkommenschancen.“

Nur wenige Arbeitgeber auch in Viernheim und im Kreis Bergstraße haben bisher auf die Forderung von Vätern einer besseren Vereinbarkeit reagiert und sehen immer noch lieber die Frauen in Eltern- und Teilzeit. Deshalb braucht es neue geschlechtergerechte Arbeitszeitmodelle, wie z.B. das der Familienzeit (30 Stunden pro Woche), das Bundesministerin Schwesig vorgeschlagen hat.

Dem schließe ich mich an: Wir brauchen ein Gesetz zur Familienarbeitszeit und den Ausbau der Kitaplätze auch in unserer Region mit den freiwerdenden Mittel aus dem Betreuungsgeld. Die Politik hat es immer noch nicht geschafft, Artikel 3, Absatz 2 des Grundgesetzes einzulösen „Männer und Frauen sind gleichberechtigt.“. Aber bei uns verdienen Frauen immer noch weniger als Männer. Frauen fehlen in Führungsetagen, im Kommunalparlamenten/ Stadtrat und auf Bürgermeistersesseln. Mütter haben schlechtere Chancen auf dem Arbeitsmarkt als Väter.

39 % der Alleinerziehenden und ihre Kinder sind von Armut bedroht. Die Politik muss endlich für Geschlechtergerechtigkeit und eine gute Zukunft von Frauen und Männern sorgen. Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte brauchen mehr Sie sollen die ganze Palette der gesamtgesellschaftlich wichtigen gleichstellungspolitischen Themen abdecken, dabei fachlich immer auf dem neuesten Stand sein und nachhaltig dafür sorgen, dass Gleichberechtigung vor Ort umgesetzt wird. Das Profil der Arbeit einer Gleichstellungsbeauftragten entspricht dem einer Managerin und damit einer Führungsposition! Doch die Eingruppierung und damit die Bezahlung sind vergleichsweise schlecht. Meist haben sie kein Personal und ein nur geringes Budget. Geld für Fortbildungen oder Dienstreisen ist knapp. Aber! Mit ihrer Arbeit fördern sie eine gleichberechtigte Gesellschaft. Dadurch erhöht sich auch der wirtschaftliche Erfolg für Alle!

Dazu Manuela Schwesig: „Ich ärgere mich oft, dass die Arbeit die vor Ort die Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten machen, gar nicht so wertgeschätzt wird, wie

es eigentlich sein müsste. Ob eine Frau gute berufliche Chancen hat, ob die Vereinbarkeit von Beruf und Familie für Frauen und Männer gut geht, ob genug Frauenhäuser und Beratungsangebote da sind, das entscheidet sich vor Ort. Und wenn wir nicht diese taffen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten hätten, dann hätten wir viel weniger und eigentlich bräuchten wir sogar noch mehr und das ist natürlich meine Aufgabe diese Arbeit zu unterstützen.“

Frauenbeauftragte Rita Walraven-Bernau wünscht sich zusammen mit allen anderen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten, dass die rechtlichen Rahmenbedingungen und die Ausstattung in den Kommunen/Kreisen für die kommunalen Frauen- und Gleichstellungsbüros beibehalten und wenn möglich verbessert werden!

58. rlp.de

14.09.2015

<http://www.gleichstellungsbeauftragte-rlp.de/?cat=1>

59. Frauenpolitischer Dienst

Quelle: Frauenpolitischer Dienst (646)

23. Bundeskonferenz der kommunalen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten

Eintrag vom 14.09.2015

In diesem Jahr fand die Bundeskonferenz der kommunalen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten zwischen dem 06.-08. September in Rostock statt. Zum Thema „Gleichstellungspolitik 3.0“ fanden sich fast 400 Frauen zusammen, um sich mit Themen wie der „globalen Digitalisierung und ihren Auswirkungen auf Frauen und Männer“ zu befassen und „neue Lösungsansätze und -wege“ für eine zukunftsorientierte Gleichstellungspolitik zu erarbeiten, so die Bundesarbeitsgemeinschaft kommunaler Frauenbüros (BAG).

Unter dem Motto „Gleichstellungspolitik 3.0“ thematisierte die Bundeskonferenz die anhaltende Benachteiligung von Frauen in unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen,

unter anderem auf dem Arbeitsmarkt. In dieser Frage sprachen sich die Gleichstellungsbeauftragten konkret „für neue geschlechtergerechte Arbeitszeiten für Frauen und Männer“ und für „die Aufwertung von traditionell weiblichen Berufen“ aus.

61. borken.de

14.09.2015

<https://kreis-borken.de/de/newspublic/news/article/detail/News/gleichstellungsbeauftragte-aus-dem-kreis-borken-nahmen-an-bundeskonferenz-in-rostock-teil-treffen/>



Rund 400 Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte aus ganz Deutschland haben in der vergangenen Woche an der 23. Bundeskonferenz der kommunalen Frauenbüros und Gleichstellungsstellen in Rostock teilgenommen. Unter ihnen waren auch neun Gleichstellungsbeauftragte aus dem Kreis Borken, die anlässlich des 20-jährigen Jubiläums ihres „Netzwerkes der kommunalen Gleichstellungsbeauftragten im Kreis Borken“ ihre Projekte und Materialien an einem eigenen Stand präsentierten. Besonders begehrt war die eigens zum Jubiläum vom Netzwerk kreierte Sonderbriefmarke zum Internationalen Frauentag, die auch die Bundesfrauenministerin Manuela Schwesig gerne entgegennahm.

Die Teilnehmerinnen der Konferenz befassten sich mit vielen aktuellen Themen, unter anderem mit der Situation der Flüchtlingsfrauen. „Besonders Frauen und Kinder, die bei uns ankommen und Schutz suchen, sind durch

Krieg und Gewalt schwer traumatisiert“, sagte die Bundesministerin. „Ich begrüße es sehr, dass Sie sich vor Ort dafür stark machen, dass auf deren Bedürfnisse so gut es geht Rücksicht genommen wird. Dazu gehört eine angemessene Unterbringung ebenso wie der Zugang zu speziellen Beratungsangeboten.“ Eine weitere Forderung der Konferenzteilnehmerinnen war der Einsatz freierwerdender Mittel aus dem Betreuungsgeld für den Ausbau der Kindertagesstätten. „Fehlende Kinderbetreuung führt dazu, dass vor allem Mütter beruflich zurückstecken müssen. Die Folgen sind Fachkräftemangel, schlecht bezahlte Minijobs, niedrige Renten und Altersarmut“, betont die Gleichstellungsbeauftragte des Kreises Borken, Irmgard Paßerschroer. Darüber hinaus befassten sich die Gleichstellungsbeauftragten mit dem Thema „Cyber-Mobbing – der digitalen Gewalt an Frauen“. „Jede fünfte Frau im Alter von 18 bis 29 Jahren ist inzwischen Opfer von Online-Belästigungen“, erläutert Mechthild Roters, Gleichstellungsbeauftragte der Stadt Stadtlohn. „Hier ist es wichtig, Aufklärung zu leisten und Frauen Mut zu machen, sich gegen diese Form der Gewalt zu wehren.“

Weitere Themen der Bundeskonferenz waren das Prostituiertenschutzgesetz sowie die Einführung von geschlechtergerechten Arbeitszeitmodellen. „Es gibt mittlerweile viele Männer, die als Väter sagen: Auch ich will Zeit mit meiner Familie verbringen, ich will nicht nur zum Gutenachtkuss zuhause sein“, sagte Ministerin Schwesig. Wenn die Zeit für Familienaufgaben gerechter verteilt sei, dann werde auch die Arbeitszeit fairer verteilt. Sie setze sich daher stark für das Familienzeitmodell ein, das eine wöchentliche Arbeitszeit von 30 Stunden für Frauen und Männer vorsehe.

Die Politik habe es immer noch nicht geschafft, Artikel 3 Absatz 2 des Grundgesetzes – „Männer und Frauen sind gleichberechtigt“ – einzulösen. „Bei uns verdienen Frauen immer noch weniger als Männer. Frauen fehlen in Führungsetagen und in Kommunalparlamenten und Mütter haben schlechtere Chancen auf dem Arbeitsmarkt als Väter“, konstatiert Edith Brefeld, Gleichstellungsbeauftragte der Stadt Gronau. Die Politik müsse endlich für Geschlechtergerechtigkeit und eine gute Zukunft von Frauen und Männern sorgen, war ein wichtiges Fazit der Tagung, dem sich die Gleichstellungsbeauftragten aus dem Kreis Borken anschließen. „Wir haben viele wichtige

Anregungen und Impulse bekommen, die wir sehr gut in unsere tägliche Arbeit integrieren können“, fasst Anna Grütering-Woeste, Gleichstellungsbeauftragte der Stadt Borken, zusammen.

Bildzeile (v. li.): Anna Grütering-Woeste (Stadt Borken), Ulla Mußenbrock (Stadt Velen), Ute Schulte (Stadt Rhede), Mechthild Roters (Stadt Stadtlohn), Sabine Rentmeister (Gemeinde Reken), Sybille Großmann (Stadt Ahaus), Bundesfrauenministerin Manuela Schwesig, Christiane Betting (Stadt Gescher), Irmgard Paßerschroer (Kreis Borken) und Edith Brefeld (Stadt Gronau).

<http://www.presse-service.de/data.cfm/static/916634.html?CFID=13055997&CFTOKEN=34102645>

62. steinfurt.de

14.09.2015

Presseinformation

14. September 2015

23. Bundeskonferenz der Frauenbüros und Gleichstellungsstellen: Flüchtlingsfrauen und Arbeitszeiten für Eltern Thema

Gleichstellungsbeauftragte aus dem Kreis Steinfurt nehmen neue Impulse mit Kreis Steinfurt. „Gleichstellungsarbeit 3.0 – Für eine bessere Zukunft von Frauen und Männern“ ist jetzt das Thema der 23. Bundeskonferenz der Frauenbüros und Gleichstellungsstellen in Rostock gewesen. Die Gleichstellungsbeauftragten Nadine Rath von der Stadt Steinfurt, Monika Hoelzel von der Stadt Rheine und Anni Lütke Brinkhaus von der Kreisverwaltung Steinfurt diskutierten gemeinsam mit circa 400 Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten aus ganz Deutschland über die Zukunft der Gleichstellungspolitik. „Wir sind froh, dass wir den Bundeskongress als Plattform genutzt haben, um uns mit den zukunftsorientierten Themen zu befassen, damit wir auch im Kreis Steinfurt die aktuellen Themen nach vorne bringen“, so Anni Lütke Brinkhaus, Gleichstellungsbeauf-

tragte der Kreisverwaltung Steinfurt.

Die Bundesfrauenministerin Manuela Schwesig betonte in ihrer Rede: „Auch Gleichstellungspolitik unterliegt den gesellschaftlichen Veränderungen. Gleichstellung 3.0 bedeutet, sich mit neuen zukunftsorientierten Themen zu befassen, zum Beispiel der globalen Digitalisierung und ihren Auswirkungen auf Frauen und Männer. Gleichstellungspolitik 3.0 heißt aber auch, sich immer wieder mit den eigentlich seit Jahrzehnten bekannten Themen in ihrer aktuellen Entwicklung auseinanderzusetzen. Das Thema Cybermobbing stand ebenso auf der Agenda wie die Themen „Flüchtlingsfrauen brauchen besondere Unterstützung“ und „Neue Arbeitszeiten für Väter und Mütter“.

Die Gleichstellungsbeauftragten aus dem Kreis Steinfurt sind davon überzeugt, dass sie die neuen Ideen und Impulse in ihre tägliche Arbeit mit aufnehmen und umsetzen können.

62. Hessischer Rundfunk

14.09.2015

Von Natalia Bachmayer, HR

Frauen fliehen nicht nur vor Krieg, sondern oft auch vor Gewalt, Unterdrückung und Missbrauch und landen am Ziel in Sammelunterkünften - mit fremden Männern, vielen, die keine Frau respektieren. Deshalb richten einige Gemeinden getrennte Unterbringungen ein.

63. NWZ

15.09.2015

http://www.nwzonline.de/delmenhorst/borrmann-erneut-gewaehlt_a_30.1.919735577.html

15.09.2015

Borrmann erneut gewählt



Bundessprecherin Petra Borrmann/ Bild: Verena Sieling

Delmenhorst/Warnemünde Die Delmenhorster Gleichstellungsbeauftragte Petra Borrmann wurde auf der 23. Bundeskonferenz kommunaler Frauenbüros in Warnemünde von den 400 anwesenden Kolleginnen zum zweiten Mal als Bundessprecherin gewählt.

Damit wird Borrmann, gemeinsam mit ihren Kolleginnen, für weitere drei Jahre die circa 1900 kommunalen Gleichstellungsstellen auf Bundesebene vertreten. Die Sprecherinnen halten Kontakt zu bundesweiten Verbänden und Parteien und nehmen auf Bundesebene zu aktuellen Themen der Frauenpolitik und Chancengleichheit für beide Geschlechter Stellung.

64. Lokalkompass Schwerte

15.09.2015

<http://www.lokalkompass.de/schwerte/politik/fuer-eine-bessere-zukunft-von-maennern-und-frauen-d582394.html>

15.09.2015

Für eine bessere Zukunft von Männern und Frauen



Birgit Wippermann (Foto: Gleichstellungsstelle der Stadt Schwerte)

Die 23. Bundeskonferenz kommunaler Frauenbüros und Gleichstellungsstellen ist in Rostock erfolgreich zu Ende gegangen

- Flüchtlingsfrauen brauchen besondere Unterstützung!
- Freigewordene Bundesmittel für Kitausbau!

Diesen Forderungen schließt sich Gleichstellungsbeauftragte der Stadt Schwerte Birgit Wippermann nach der Teilnahme an der 23. Bundeskonferenz der kommunalen Gleichstellungs- und Frauenbeauftragten Deutschlands in Rostock an.

Gleichstellungspolitik 3.0 und Flüchtlingsfrauen:

Frauen und Mädchen fliehen u. a., weil sie in vielen Ländern als Teil der Kriegsführung vergewaltigt werden. Auch auf der Flucht werden sie häufig Opfer sexueller Gewalt. Sie brauchen in Deutschland besondere Hilfesysteme, um die erlebten Traumata zu bewältigen.

Sie brauchen Schutz vor Gewalt und vor sexuellen Übergriffen in Gemeinschaftsunterkünften und sie brauchen Bildungsangebote, die u.a. berücksichtigen, dass viele von ihnen nicht lesen und schreiben können. Und sie brauchen niedrigschwellige Angebote zur Gesundheitsversorgung.

Gleichstellungspolitik 3.0 und Bundesfinanzminister:

Die freiwerdenden Mittel aus dem Betreuungsgeld müssen in den Ausbau der Kindertagesstätten fließen. Es ist ein Unding damit Haushaltslöcher zu stopfen. So sieht keine moderne Familienpolitik aus. Fehlende Kinderbetreuung führt dazu, dass vor allem Mütter beruflich zurückstecken.

Die Folgen: Fachkräftemangel, schlecht bezahlte Minijobs, niedrige Renten, Altersarmut. Das kann nur durch mehr Kitaplätze und eine gerechtere Arbeitsteilung zwischen Männer und Frauen verhindert werden. Immer mehr Väter auch in Schwerte wollen weniger arbeiten, sie wollen mehr Zeit mit ihrer Familie verbringen, so Gleichstellungsbeauftragte Birgit Wippermann.

Gleichstellungspolitik 3.0 = Verantwortung der Politik

Die Politik hat es immer noch nicht geschafft, Artikel 3, Absatz 2 des Grundgesetzes einzulösen
„Männer und Frauen sind gleichberechtigt.“

Bei uns verdienen Frauen immer noch weniger als Männer.

Frauen fehlen in Führungsetagen. Mütter haben schlechtere Chancen auf dem Arbeitsmarkt als Väter. 39 % der Alleinerziehenden und ihre Kinder sind von Armut bedroht.

Bundesministerin Manuela Schwesig sagte vor den mehr als 350 Gleichstellungs-beauftragten: „Ich schätze die Arbeit der kommunalen Gleichstellungsbeauftragten in ihrem Engagement sehr. Ohne Sie wäre vieles nicht möglich“.

65. Wuerselen.de

16.09.2015

<http://www.wuerselen.de/wuerselen/cms/service/aktuelles/news20150916-002.html>

Gleichstellungsarbeit 3.0: Für eine bessere Zukunft von Frauen und Männern

Silke Tamm-Kanj und Birgit Kuballa in Rostock



Würselen (psw). Die 23. Bundeskonferenz kommunaler Frauenbüros und Gleichstellungsstellen in Rostock ging nun erfolgreich zu Ende, an der auch die Würseler Gleichstellungsbeauftragte Silke Tam-Kanj teilnahm und mit den Fachfrauen über die Themen Flüchtlingsfrauen brauchen besondere Unterstützung!, Freigewordene Bundesmittel für Kitausbau! und Bessere Rahmenbedingungen für Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte! diskutierten.

Diesen Forderungen schloss sich neben Silke Tamm-Kanj auch Birgit Kuballa, Stadt Herzogenrath, nach der Teilnahme an.

Frauen und Mädchen fliehen unter anderem, weil sie in vielen Ländern als Teil der Kriegsführung vergewaltigt werden, war eine der Erkenntnisse des Bundeskongresses. Auch auf der Flucht werden sie häufig Opfer sexueller Gewalt. Sie brauchen in Deutschland besondere Hilfesysteme, um die erlebten Traumata zu bewältigen. Sie brauchen Schutz vor Gewalt und vor sexuellen Übergriffen in Gemeinschaftsunterkünften und sie brauchen Bildungsangebote, die unter anderem berücksichtigen, dass viele von ihnen nicht lesen und schreiben können.

Und sie brauchen niedrigschwellige Angebote zur Gesundheitsversorgung.

Dazu sagte Bundesministerin Manuela Schwesig vor den mehr als 350 Gleichstellungsbeauftragten: „Ich schätze die Arbeit der kommunalen Gleichstellungsbeauftragten sehr. Ohne Sie wäre vieles nicht möglich. Aktuell ist die Unterbringung und Versorgung von Flüchtlingen eine der größten Herausforderungen vor Ort. Besonders die Frauen und Kinder, die bei uns ankommen und Schutz suchen, sind durch Krieg und Gewalt schwer traumatisiert. Ich begrüße es sehr, dass Sie sich vor Ort dafür stark machen, dass auf die Bedürfnisse dieser Frauen so gut es geht Rücksicht genommen wird. Dazu gehört eine angemessene Unterbringung ebenso wie der Zugang zu speziellen Beratungsangeboten. Dies ist nur ein Beispiel, wie sehr Ihre Arbeit gebraucht wird. Sie unterstützen, wo Frauen ganz konkrete Hilfe suchen.“

Gleichstellungsbeauftragte Silke Tamm-Kanj fordert daher qualifiziertes Personal und Bundesmittel speziell für die Unterstützung von geflüchteten Frauen und Mädchen.

Die freierwerdenden Mittel aus dem Betreuungsgeld müssen in den Ausbau der Kindertagesstätten fließen, war daher eine der Forderungen des Bundeskongresses. „Fehlende Kinderbetreuung führt dazu, dass vor allem Mütter beruflich zurückstecken. Die Folgen sind Fachkräftemangel, schlecht bezahlte Minijobs, niedrige Renten, Altersarmut. Das kann nur durch mehr Kitaplätze und eine gerechtere Arbeitsteilung zwischen Männer und Frauen verhindert werden. Immer mehr Väter, so auch in der Aachener Region, wollen weniger arbeiten, sie wollen mehr Zeit mit ihrer Familie verbringen“, so Gleichstellungsbeauftragte Birgit Kuballa, Stadt Herzogenrath.

Unterstützung für diese Forderung gab es von Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig: „Es gibt mittlerweile viele Männer, die als Väter sagen: Auch ich will Zeit mit meiner Familie verbringen, ich will nicht nur zum Gutenachtkuss zuhause sein. Ich möchte auch in Teilzeit gehen, Elternzeit nehmen. Oft werden dafür Männer dafür noch schräg angeschaut. Deswegen sollten wir diese modernen Väter unterstützen. Wenn die Zeit für Familienaufgaben fairer verteilt ist, dann wird auch

endlich die Arbeitszeit fairer verteilt. Dann kommen die Frauen aus der Mini-Teilzeitfalle und haben berufliche Perspektiven und bessere Einkommenschancen.“

Nur wenige Arbeitgeber haben bisher auf die Forderung von Vätern nach einer besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf reagiert. Es bedarf daher neuer geschlechtergerechte Arbeitszeitmodelle, wie zum Beispiel das der Familienzeit (30 Stunden pro Woche), die Bundesministerin Schwesig vorgeschlagen hat.

„Die Politik hat es immer noch nicht geschafft, Artikel 3, Absatz 2 des Grundgesetzes einzulösen ‚Männer und Frauen sind gleichberechtigt‘“, waren sich die Delegierten des Kongresses einig. Aber bei uns verdienen Frauen immer noch weniger als Männer. Frauen fehlen in Führungsetagen, im Stadtrat und auf Bürgermeisteresseln. Mütter haben schlechtere Chancen auf dem Arbeitsmarkt als Väter. 39 % der Alleinerziehenden und ihre Kinder sind von Armut bedroht.

Daher forderten sie die Politik auf, sich für Geschlechtergerechtigkeit und eine gute Zukunft von Frauen und Männern einzusetzen.

Außerdem stellte der Kongress fest, dass die Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten die ganze Palette der gesamtgesellschaftlich wichtigen gleichstellungspolitischen Themen abdecken, dabei fachlich immer auf dem neuesten Stand seien und nachhaltig dafür sorgen würden, dass Gleichberechtigung vor Ort umgesetzt wird. „Das Profil der Arbeit einer Gleichstellungsbeauftragten entspricht dem einer Managerin und damit einer Führungsposition!“, so die Gleichstellungsbeauftragten über ihre Arbeit.

„Doch die Eingruppierung und damit die Bezahlung sind vergleichsweise schlecht. Meist haben sie kein Personal und ein nur geringes Budget. Aber: mit ihrer Arbeit fördern sie eine gleichberechtigte Gesellschaft. Dadurch erhöht sich auch der wirtschaftliche Erfolg für Alle!“, stellten sie fest. Dazu Manuela Schwesig: „Ich ärgere mich oft, dass die Arbeit die vor Ort die Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten machen, gar nicht so wertgeschätzt wird, wie es eigentlich sein müsste. Ob eine Frau gute berufliche Chancen hat, ob die Vereinbarkeit von Beruf und Familie

für Frauen und Männer gut geht, ob genug Frauenhäuser und Beratungsangebote da sind, das entscheidet sich vor Ort. Und wenn wir nicht diese taffen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten hätten, dann hätten wir viel weniger und eigentlich bräuchten wir sogar noch mehr und das ist natürlich meine Aufgabe diese Arbeit zu unterstützen.“

*Herausgegeben am 16.09.2015 / Pressestelle der Stadt Würselen – Bernd Schaffrath
<http://www.pressemeldung-nrw.de/wuerselen-gleichstellungsarbeit-3-0-fuer-eine-bessere-zukunft-von-frauen-und-maennern/>*

Würselen: Gleichstellungsarbeit 3.0 – Für eine bessere Zukunft von Frauen und Männern

Pressemeldung vom 16. September 2015, 15:51 Uhr

Würselen (psw). Die 23. Bundeskonferenz kommunaler Frauenbüros und Gleichstellungsstellen in Rostock ging nun erfolgreich zu Ende, an der auch die Würselener Gleichstellungsbeauftragte Silke Tam-Kanj teilnahm und mit den Fachfrauen über die Themen Flüchtlingsfrauen brauchen besondere Unterstützung!, Freigewordene Bundesmittel für Kitaausbau! und Bessere Rahmenbedingungen für Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte! diskutierten.

Diesen Forderungen schloss sich neben Silke Tamm-Kanj auch Birgit Kuballa, Stadt Herzogenrath, nach der Teilnahme an. Frauen und Mädchen fliehen unter anderem, weil sie in vielen Ländern als Teil der Kriegsführung vergewaltigt werden, war eine der Erkenntnisse des Bundeskongresses. Auch auf der Flucht werden sie häufig Opfer sexueller Gewalt. Sie brauchen in Deutschland besondere Hilfesysteme, um die erlebten Traumata zu bewältigen. Sie brauchen Schutz vor Gewalt und vor sexuellen Übergriffen in Gemeinschaftsunterkünften und sie brauchen Bildungsangebote, die unter anderem berücksichtigen, dass viele von ihnen nicht lesen und schreiben können. Und sie brauchen niedrigschwellige Angebote zur Gesundheitsversorgung.

Dazu sagte Bundesministerin Manuela Schwesig vor den mehr als 350 Gleichstellungsbeauftragten: „Ich schätze

die Arbeit der kommunalen Gleichstellungsbeauftragten sehr. Ohne Sie wäre vieles nicht möglich. Aktuell ist die Unterbringung und Versorgung von Flüchtlingen eine der größten Herausforderungen vor Ort. Besonders die Frauen und Kinder, die bei uns ankommen und Schutz suchen, sind durch Krieg und Gewalt schwer traumatisiert. Ich begrüße es sehr, dass Sie sich vor Ort dafür stark machen, dass auf die Bedürfnisse dieser Frauen so gut es geht Rücksicht genommen wird. Dazu gehört eine angemessene Unterbringung ebenso wie der Zugang zu speziellen Beratungsangeboten. Dies ist nur ein Beispiel, wie sehr Ihre Arbeit gebraucht wird. Sie unterstützen, wo Frauen ganz konkrete Hilfe suchen.“

Gleichstellungsbeauftragte Silke Tamm-Kanj fordert daher qualifiziertes Personal und Bundesmittel speziell für die Unterstützung von geflüchteten Frauen und Mädchen. Die freiwerdenden Mittel aus dem Betreuungsgeld müssen in den Ausbau der Kindertagesstätten fließen, war daher eine der Forderungen des Bundeskongresses. „Fehlende Kinderbetreuung führt dazu, dass vor allem Mütter beruflich zurückstecken. Die Folgen sind Fachkräftemangel, schlecht bezahlte Minijobs, niedrige Renten, Altersarmut. Das kann nur durch mehr Kitaplätze und eine gerechtere Arbeitsteilung zwischen Männer und Frauen verhindert werden. Immer mehr Väter, so auch in der Aachener Region, wollen weniger arbeiten, sie wollen mehr Zeit mit ihrer Familie verbringen“, so Gleichstellungsbeauftragte Birgit Kuballa, Stadt Herzogenrath.

Unterstützung für diese Forderung gab es von Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig: „Es gibt mittlerweile viele Männer, die als Väter sagen: Auch ich will Zeit mit meiner Familie verbringen, ich will nicht nur zum Gutenachtkuss zuhause sein. Ich möchte auch in Teilzeit gehen, Elternzeit nehmen. Oft werden dafür Männer dafür noch schräg angeschaut. Deswegen sollten wir diese modernen Väter unterstützen. Wenn die Zeit für Familienaufgaben fairer verteilt ist, dann wird auch endlich die Arbeitszeit fairer verteilt. Dann kommen die Frauen aus der Mini-Teilzeitfalle und haben berufliche Perspektiven und bessere Einkommenschancen.“ Nur wenige Arbeitgeber haben bisher auf die Forderung von Vätern nach einer besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf reagiert. Es bedarf daher neuer geschlechtergerechte Arbeitszeitmodelle,

wie zum Beispiel das der Familienzeit (30 Stunden pro Woche), die Bundesministerin Schwesig vorgeschlagen hat. „Die Politik hat es immer noch nicht geschafft, Artikel 3, Absatz 2 des Grundgesetzes einzulösen ‚Männer und Frauen sind gleichberechtigt‘“, waren sich die Delegierten des Kongresses einig. Aber bei uns verdienen Frauen immer noch weniger als Männer. Frauen fehlen in Führungsetagen, im Stadtrat und auf Bürgermeistersesseln. Mütter haben schlechtere Chancen auf dem Arbeitsmarkt als Väter. 39 % der Alleinerziehenden und ihre Kinder sind von Armut bedroht.

Daher forderten sie die Politik auf, sich für Geschlechtergerechtigkeit und eine gute Zukunft von Frauen und Männern einzusetzen. Außerdem stellte der Kongress fest, dass die Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten die ganze Palette der gesamtgesellschaftlich wichtigen gleichstellungspolitischen Themen abdecken, dabei fachlich immer auf dem neuesten Stand seien und nachhaltig dafür sorgen würden, dass Gleichberechtigung vor Ort umgesetzt wird. „Das Profil der Arbeit einer Gleichstellungsbeauftragten entspricht dem einer Managerin und damit einer Führungsposition!“, so die

66. Wallenhorst.de

16.09.2015

<https://www.wallenhorst.de/nachricht/news-an-sicht/fuer-eine-bessere-zukunft-von-fraue.html>

Für eine bessere Zukunft von Frauen und Männern Wallenhorsts Gleichstellungsbeauftragte nahm an Bundeskonferenz in Warnemünde teil



Die niedersächsischen Gleichstellungsbeauftragten auf der Bundeskonferenz in Warnemünde.

Die 23. Bundeskonferenz kommunaler Frauenbüros und Gleichstellungsstellen mit dem Titel „Gleichstellungsarbeit 3.0“ hat von Sonntag bis Dienstag (6.-8. September) in Rostock-Warnemünde unter großer Beteiligung niedersächsischer Gleichstellungsbeauftragter stattgefunden. Die wesentlichen Forderungen der Konferenz lauteten: „Flüchtlingsfrauen brauchen besondere Unterstützung“, „freigewordene Bundesmittel sollen für Kitaausbau eingesetzt werden“ und „bessere Rahmenbedingungen für Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte“.

Manuela Schwesig, Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, eröffnete die Konferenz und lobte: „Ich schätze die Arbeit der kommunalen Gleichstellungsbeauftragten sehr. Ohne Sie wäre vieles nicht möglich. Aktuell ist die Unterbringung und Versorgung von Flüchtlingen eine der größten Herausforderungen vor Ort. Besonders die Frauen und Kinder, die bei uns ankommen und Schutz suchen, sind durch Krieg und Gewalt schwer traumatisiert. Ich begrüße es sehr, dass Sie sich vor Ort dafür stark machen, dass auf die Bedürfnisse dieser Frauen so gut es geht Rücksicht genommen wird. Dazu gehört eine angemessene Unterbringung ebenso wie der Zugang zu speziellen Beratungsangeboten. Dies ist nur ein Beispiel, wie sehr Ihre Arbeit gebraucht wird. Sie unterstützen, wo Frauen ganz konkrete Hilfe suchen.“

Frauen und Mädchen fliehen untern anderem, weil sie in vielen Ländern als Teil der Kriegsführung vergewaltigt werden. Auch auf der Flucht werden sie häufig Opfer sexueller Gewalt. „Sie brauchen in Deutschland besondere Hilfesysteme, um die erlebten Traumata zu bewältigen“, so die Teilnehmerinnen der Bundeskonferenz. „Sie brauchen Schutz vor Gewalt und vor sexuellen Übergriffen in Gemeinschaftsunterkünften, und sie brauchen Bildungsangebote, die unter anderem berücksichtigen, dass viele von ihnen nicht lesen und schreiben können. Und sie brauchen niedrigschwellige Angebote zur Gesundheitsversorgung.“

Die Teilnehmerinnen der Bundeskonferenz forderten, die freiwerdenden Mittel aus dem Betreuungsgeld in den Ausbau der Kindertagesstätten fließen zu lassen. Moderne Familienpolitik brauche eine gute Infrastruktur der Kinderbetreuung. Fehle sie vor Ort, führe dies dazu, dass vor allem Mütter beruflich zurücksteckten. Die Folgen: Fach-

kräftemangel, schlecht bezahlte Minijobs, niedrige Renten, Altersarmut. Das könne nur durch mehr Kitaplätze und eine gerechtere Arbeitsteilung zwischen Männer und Frauen verhindert werden. „Immer mehr Väter wollen weniger arbeiten, sie wollen mehr Zeit mit ihrer Familie verbringen“, so die Vorstandsfrauen der Landesarbeitsgemeinschaft der kommunalen Frauenbüros in Niedersachsen (Iag).

Gleichstellungsbeauftragte sollen die ganze Palette der gesamtgesellschaftlich wichtigen gleichstellungspolitischen Themen abdecken, dabei fachlich immer auf dem neuesten Stand sein und nachhaltig dafür sorgen, dass Gleichberechtigung vor Ort umgesetzt wird. „Das Profil der Arbeit einer Gleichstellungsbeauftragten entspricht dem einer Managerin und damit einer Führungsposition!“, betonten die Konferenzteilnehmerinnen. Mit ihrer Arbeit förderten sie eine gleichberechtigte Gesellschaft. Dadurch erhöhe sich der wirtschaftliche Erfolg für alle. „Daher sollten die Gleichstellungsbeauftragten mit ausreichenden personellen und finanziellen Ressourcen ausgestattet werden“, forderten die Teilnehmerinnen der Bundeskonferenz.

67. Gescher Magazin

16.09.2015

<http://www.gescher.de/magazin/artikel.php?artikel=3772&type=2&menuid=218&topmenu=49>

von Christine Bone

Kommunale Gleichstellungsbeauftragte treffen die Bundesministerin Manuela Schwesig auf der Bundeskonferenz in Rostock

Die Bundesministerin Manuela Schwesig sprach auf der 23. Bundeskonferenz kommunaler Frauenbüros und Gleichstellungsstellen in Rostock zu den zahlreichen Gleichstellungsbeauftragten, die aus ganz Deutschland angereist waren.



Netzwerk Gleichstellungsbeauftragte des Kreises Borken mit Bundesministerin Manuela Schwesig

Auch aus dem Kreis Borken waren neun Gleichstellungsbeauftragte dabei und präsentierten anlässlich des 20jährigen Bestehens ihres Netzwerkes die von ihnen selbst entwickelten Projekte und Materialien sowie eine eigens geschaffene Briefmarke anlässlich des Jubiläums.

Eines der Schwerpunktthemen war die besondere Unterstützung, die von Flüchtlingsfrauen benötigt wird - dieser Forderung schließt sich auch die Gleichstellungsbeauftragte der Stadt Gescher, Christiane Betting, an. Frauen und Mädchen fliehen unter anderem, weil sie in vielen Ländern als Teil der Kriegsführung vergewaltigt werden. Auch auf der Flucht werden sie häufig Opfer sexueller Gewalt. Sie brauchen hier bei uns besondere Hilfesysteme, um die erlebten Traumata zu bewältigen. Ebenso brauchen sie Schutz vor Gewalt und vor sexuellen Übergriffen in Gemeinschaftsunterkünften. Sie benötigen Bildungsangebote, die auch berücksichtigen, dass viele von ihnen nicht lesen und schreiben können. Und sie brauchen niedrigschwellige Angebote zur Gesundheitsversorgung.

Diesbezüglich gilt es, sich vor Ort dafür stark zu machen, dass auf die Bedürfnisse dieser Frauen so weit wie möglich Rücksicht genommen wird. Die Bundesministerin fordert deshalb eine angemessene Unterbringung ebenso wie den Zugang zu speziellen Beratungsangeboten, qualifiziertes Personal und Bundesmittel - speziell für die Unterstützung von geflüchteten Frauen und Mädchen.

Weitere Kernthemen der Konferenz waren sowohl die

Forderung nach der Verwendung freierwerdender Bundesmittel aus dem Betreuungsgeld für die Familienpolitik bzw. für den Kitausbau. Auch die Rahmenbedingungen für Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte wurden in den Blick genommen und zwar aus folgenden Gründen:

Noch immer ist der im Grundgesetz Artikel 3, Absatz 2 verankerte Grundsatz der Gleichberechtigung von Frauen und Männern nicht verwirklicht. Das zeigt sich beispielsweise daran, dass Frauen immer noch weniger verdienen als Männer, dass Frauen in Führungsetagen fehlen und ebenso fehlen sie in Kommunalparlamenten/Stadträten und auf Bürgermeistersesseln. Auch haben Mütter schlechtere Chancen auf dem Arbeitsmarkt als Väter. 39 % der Alleinerziehenden und ihre Kinder sind von Armut bedroht.

Es ist die Aufgabe der Politik für Geschlechtergerechtigkeit und eine Zukunft von Frauen und Männern zu sorgen. Um die vielfältige gesellschaftliche Gleichstellungsarbeit vor Ort zu stärken, wünscht sich die Bundesministerin verbesserte Rahmenbedingungen für die Arbeit der Gleichstellungsbeauftragten sowie eine entsprechende Wertschätzung dieser Aufgabe.

68. Reken-erleben.de

16.09.2015

<http://www.reken-erleben.de/index.php/aktuelles/1560-gleichstellungsbeauftragte-aus-dem-kreis-borken-nahmen-an-bundeskonferenz-in-rostock-teil>

16.09.2015

Gleichstellungsbeauftragte aus dem Kreis Borken nahmen an Bundeskonferenz in Rostock teil



Reken/Rostock. Rund 400 Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte aus ganz Deutschland haben in der vergangenen Woche an der 23. Bundeskonferenz der kommunalen Frauenbüros und Gleichstellungsstellen in Rostock teilgenommen. Unter ihnen auch Sabine Retnmeister, die Gleichstellungsbeauftragte der Gemeinde Reken.

Insgesamt neun Gleichstellungsbeauftragte aus dem Kreis Borken, präsentierten anlässlich des 20-jährigen Jubiläums ihres „Netzwerkes der kommunalen Gleichstellungsbeauftragten im Kreis Borken“ ihre Projekte und Materialien an einem eigenen Stand. Besonders begehrt war die eigens zum Jubiläum vom Netzwerk kreierte Sonderbriefmarke zum Internationalen Frauentag, die auch die Bundesfrauenministerin Manuela Schwesig gerne entgegennahm.

Die Teilnehmerinnen der Konferenz befassten sich mit vielen aktuellen Themen, unter anderem mit der Situation der Flüchtlingsfrauen. „Besonders Frauen und Kinder, die bei uns ankommen und Schutz suchen, sind durch Krieg und Gewalt schwer traumatisiert“, sagte die Bundesministerin. „Ich begrüße es sehr, dass Sie sich vor Ort dafür stark machen, dass auf deren Bedürfnisse so gut es geht Rücksicht genommen wird. Dazu gehört eine angemessene Unterbringung ebenso wie der Zugang zu speziellen Beratungsangeboten.“

Eine weitere Forderung der Konferenzteilnehmerinnen war der Einsatz freierwerdender Mittel aus dem Betreuungsgeld für den Ausbau der Kindertagesstätten. „Fehlende Kinderbetreuung führt dazu, dass vor allem Mütter beruflich zurückstecken müssen. Die Folgen sind Fachkräftemangel, schlecht bezahlte Minijobs, niedrige Renten und Altersarmut“, betont die Gleichstellungsbeauftragte des Kreises Borken, Irmgard Paßerschroer.

Darüber hinaus befassten sich die Gleichstellungsbeauftragten mit dem Thema „Cyber-Mobbing – der digitalen Gewalt an Frauen“. „Jede fünfte Frau im Alter von 18 bis 29 Jahren ist inzwischen Opfer von Online-Belästigungen“, erläutert Mechthild Roters, Gleichstellungsbeauftragte der Stadt Stadtlohn. „Hier ist es wichtig, Aufklärung zu leisten und Frauen Mut zu machen, sich gegen diese Form der Gewalt zu wehren.“

Weitere Themen der Bundeskonferenz waren das Prostituiertenschutzgesetz sowie die Einführung von geschlechtergerechten Arbeitszeitmodellen. „Es gibt mittlerweile viele Männer, die als Väter sagen: Auch ich will Zeit mit meiner Familie verbringen, ich will nicht nur zum Gutenachtkuss zuhause sein“, sagte Ministerin Schwesig. Wenn die Zeit für Familienaufgaben gerechter verteilt sei, dann werde auch die Arbeitszeit fairer verteilt. Sie setzte sich daher stark für das Familienzeitmodell ein, das eine wöchentliche Arbeitszeit von 30 Stunden für Frauen und Männer vorsehe.

Die Politik habe es immer noch nicht geschafft, Artikel 3 Absatz 2 des Grundgesetzes – „Männer und Frauen sind gleichberechtigt“ – einzulösen. „Bei uns verdienen Frauen immer noch weniger als Männer. Frauen fehlen in Führungsetagen und in Kommunalparlamenten und Mütter haben schlechtere Chancen auf dem Arbeitsmarkt als Väter“, konstatiert Edith Brefeld, Gleichstellungsbeauftragte der Stadt Gronau.

Die Politik müsse endlich für Geschlechtergerechtigkeit und eine gute Zukunft von Frauen und Männern sorgen, war ein wichtiges Fazit der Tagung, dem sich die Gleichstellungsbeauftragten aus dem Kreis Borken anschließen. „Wir haben viele wichtige Anregungen und Impulse bekommen, die wir sehr gut in unsere tägliche Arbeit integrieren können“, fasst Anna Grütering-Woeste, Gleichstellungsbeauftragte der Stadt Borken, zusammen.



Dabei waren: (v. li.): Anna Grütering-Woeste (Stadt Borken), Ulla Mußenbrock (Stadt Velen), Ute Schulte (Stadt Rhede), Mechthild Roters (Stadt Stadtlohn), Sabine Rentmeister (Gemeinde Reken), Sybille Großmann (Stadt Ahaus), Bundesfrauenministerin Manuela Schwesig, Christiane Betting (Stadt Gescher), Irmgard Paßerschroer (Kreis Borken) und Edith Brefeld (Stadt Gronau).

69. Diekholzen.de

17.09.2015

<http://www.diekholzen.de/index.phtml?object=tx|1886.11&ModID=7&FID=1905.2023.1&sNavID=1886.64&mNavID=1886.7&NavID=1886.64&La=1>

Für eine bessere Zukunft von Frauen und Männern

(LKH 15-0) - 23. Bundeskonferenz kommunaler Frauenbüros und Gleichstellungsstellen in Rostock erfolgreich zu Ende gegangen -



Kreis Hildesheim (Ips) Die Gleichstellungsbeauftragten Angela Geweke vom Landkreis Hildesheim und Karin Jahns von der Stadt Hildesheim ziehen das Fazit: „Auch Gleichstellungspolitik unterliegt den gesellschaftlichen Veränderungen. Wir müssen uns mit neuen, zukunftsorientierten Themen befassen, z.B. der globalen Digitalisierung und ihren Auswirkungen auf Frauen und Männer. Gleichstellungspolitik 3.0 heißt aber auch, sich immer wieder mit den eigentlich seit Jahrzehnten bekannten Themen in ihrer aktuellen Entwicklung auseinanderzusetzen.“

Bundesfrauenministerin Manuela Schwesig eröffnete die Konferenz und betonte: „ich schätze die Arbeit der kommunalen Gleichstellungsbeauftragten sehr. Ohne sie wäre vieles nicht möglich. Aktuell ist die Unterbringung und Versorgung von Flüchtlingen eine der größten Herausforderungen vor Ort. Besonders die Frauen und Kinder, die bei uns ankommen und Schutz suchen, sind durch Krieg und Gewalt schwer traumatisiert. Ich begrüße es daher sehr, dass Sie sich vor Ort dafür stark machen, dass auf die Bedürfnisse dieser Frauen so gut es geht Rücksicht genommen wird. Dazu gehört eine angemessene Unterbringung ebenso wie der Zugang zu speziellen Beratungsangeboten. Dies ist nur ein Beispiel, wie sehr Ihre Arbeit gebraucht wird. Sie unterstützen, wo Frauen

ganz konkrete Hilfe suchen.“

Mehr als 350 Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte aus allen Bundesländern nahmen an der Konferenz teil. Die Themen in den verschiedenen Workshops reichten von Cybermobbing und der digitalen Gewalt an Frauen mit Anne Wizorek als Impulsgeberin über geschlechtergerechte Arbeitszeiten bis zur kritischen Betrachtung unseres Gesundheitssystems.

„Drohungen, Beleidigungen und Hasskampagnen müssen im Netz genauso geahndet werden wie im realen Leben“ so Karin Jahns, die an dem Forum mit Wizorek teilnahm. „Niemand darf sich sicher fühlen, weil er der Person, die er beleidigt, nicht in die Augen schauen muss.“

Inwieweit entsprechen Teilzeitarbeit für Frauen und Vollzeitarbeit für Männer noch den Wünschen und Erwartungen junger Menschen, besonders von Elternpaaren? „Immer mehr Väter in unserer Region wollen weniger arbeiten und mehr Zeit mit ihren Kindern verbringen“, weiß Angela Geweke. „Eine moderne Familienpolitik in Betrieben und Verwaltungen ermöglicht Frauen und Männern familiengerechte Arbeitszeiten“.

Zentrale Forderungen der Bundesarbeitsgemeinschaft kommunaler Frauen- und Gleichstellungsbüros sind: Bessere Rahmenbedingungen für Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte!, Weiterer Ausbau der Kinderbetreuung!, Gleiches Geld für vergleichbare Arbeit!, Flüchtlingsfrauen und -mädchen brauchen besondere Unterstützung. Diesen Forderungen der Bundesarbeitsgemeinschaft schließen sich Angela Geweke und Karin Jahns an.



Karin Jahns und Angela Geweke, Gleichstellungsbeauftragte der Stadt und des Landkreises Hildesheim

70. MV-Landesdienst

18.09.2015

<http://www.gesundheitsfoerderung-mv.de/2015/09/18/hesse-vereinbarkeit-von-arbeit-und-privatleben-setzt-gleichstellung-voraus/>

Hesse: Vereinbarkeit von Arbeit und Privatleben setzt Gleichstellung voraus

Geschrieben am 18. September 2015

Gleichstellungsministerin Birgit Hesse hat am Montag auf der Bundeskonferenz der kommunalen Gleichstellungsbeauftragten in Rostock auf die Notwendigkeit der Gleichstellung von Männern und Frauen hingewiesen. „Wer eine moderne Gesellschaft und eine moderne Gesellschaftspolitik will, der kommt um das Thema Gleichstellung nicht herum und der kommt um die Gleichstellungsbeauftragten nicht herum“, sagte Hesse vor rund 370 aus ganz Deutschland angereisten kommunalen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten.

Gleichzeitig machte die Ministerin deutlich, dass sowohl Gleichstellung als auch die bessere Vereinbarkeit von Erwerbs- und Privatleben Schwerpunkte der Landesregierung sind. Das zeige sich auch in der aktuellen Förderperiode des Europäischen Sozialfonds (ESF). „Wir fördern aus ESF-Mitteln verstärkt Projekte, die sich mit diesem Thema auseinandersetzen, es vorantreiben, es in die Öffentlichkeit tragen. Bis 2020 stehen dafür 13 Millionen Euro zur Verfügung“, so Hesse.

Eine bessere Vereinbarkeit zwischen verschiedenen Lebensbereichen setzt nach Ansicht der Ministerin die Gleichstellung voraus. Dies könne nicht allein durch Gesetze und Verordnungen geschehen. Sie könnten zwar helfen, entscheidend sei jedoch die Einstellung jedes Einzelnen. „Es muss klar sein: Vereinbarkeit geht alle an – Männer und Frauen, Arbeitgeber und Beschäftigte, Jung und Alt“, sagte Hesse. „Und von Vereinbarkeit profitieren alle. Wer es seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ermöglicht, ihre Arbeitszeiten mit ihren verschiedenen Lebensphasen in Einklang zu bringen, der wird zufriedene und motivierte Beschäftigte haben und diese auch

längerfristig binden können.“

Quelle: Pressemitteilung Nr. 87 des Ministeriums für Arbeit, Gleichstellung und Soziales vom 7. September 2015

71. Landkreis Hildesheim

18.09.2015

<http://www.holle.de/index.phtml?object=tx|1740.435.1&ModID=7&FID=1905.2023.1&sNavID=1740.266&mNavID=1740.13&NavID=1740.266&La=1&sNavID=1736.5>

Für eine bessere Zukunft von Frauen und Männern Mitteilung vom 18.09.2015

(LKH 15-0) - 23. Bundeskonferenz kommunaler Frauenbüros und Gleichstellungsstellen in Rostock erfolgreich zu Ende gegangen -

Kreis Hildesheim (Ips) Die Gleichstellungsbeauftragten Angela Geweke vom Landkreis Hildesheim und Karin Jahns von der Stadt Hildesheim ziehen das Fazit: „Auch Gleichstellungspolitik unterliegt den gesellschaftlichen Veränderungen. Wir müssen uns mit neuen, zukunftsorientierten Themen befassen, z.B. der globalen Digitalisierung und ihren Auswirkungen auf Frauen und Männer. Gleichstellungspolitik 3.0 heißt aber auch, sich immer wieder mit den eigentlich seit Jahrzehnten bekannten Themen in ihrer aktuellen Entwicklung auseinanderzusetzen.“

Bundesfrauenministerin Manuela Schwesig eröffnete die Konferenz und betonte: „ich schätze die Arbeit der kommunalen Gleichstellungsbeauftragten sehr. Ohne sie wäre vieles nicht möglich. Aktuell ist die Unterbringung und Versorgung von Flüchtlingen eine der größten Herausforderungen vor Ort. Besonders die Frauen und Kinder, die bei uns ankommen und Schutz suchen, sind durch Krieg und Gewalt schwer traumatisiert. Ich begrüße es daher sehr, dass Sie sich vor Ort dafür stark machen, dass auf die Bedürfnisse dieser Frauen so gut es geht Rücksicht genommen wird. Dazu gehört eine angemessene Unterbringung ebenso wie der Zugang zu speziellen Beratungsangeboten. Dies ist nur ein Beispiel, wie sehr

Ihre Arbeit gebraucht wird. Sie unterstützen, wo Frauen ganz konkrete Hilfe suchen.“

Mehr als 350 Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte aus allen Bundesländern nahmen an der Konferenz teil. Die Themen in den verschiedenen Workshops reichten von Cybermobbing und der digitalen Gewalt an Frauen mit Anne Wizorek als Impulsgeberin über geschlechtergerechte Arbeitszeiten bis zur kritischen Betrachtung unseres Gesundheitssystems.

„Drohungen, Beleidigungen und Hasskampagnen müssen im Netz genauso geahndet werden wie im realen Leben“ so Karin Jahns, die an dem Forum mit Wizorek teilnahm. „Niemand darf sich sicher fühlen, weil er der Person, die er beleidigt, nicht in die Augen schauen muss.“

Inwieweit entsprechen Teilzeitarbeit für Frauen und Vollzeitarbeit für Männer noch den Wünschen und Erwartungen junger Menschen, besonders von Elternpaaren? „Immer mehr Väter in unserer Region wollen weniger arbeiten und mehr Zeit mit ihren Kindern verbringen“, weiß Angela Geweke. „Eine moderne Familienpolitik in Betrieben und Verwaltungen ermöglicht Frauen und Männern familiengerechte Arbeitszeiten“.

Zentrale Forderungen der Bundesarbeitsgemeinschaft kommunaler Frauen- und Gleichstellungsbüros sind: Bessere Rahmenbedingungen für Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte!, Weiterer Ausbau der Kinderbetreuung!, Gleiches Geld für vergleichbare Arbeit!, Flüchtlingsfrauen und -mädchen brauchen besondere Unterstützung. Diesen Forderungen der Bundesarbeitsgemeinschaft schließen sich Angela Geweke und Karin Jahns an.

18.09.2015

<http://www.landkreishildesheim.de/Quicknavigation/Startseite/F%C3%BCr-eine-bessere-Zukunft-von-Frauen-und-M%C3%A4nnern.php?object=tx|1905.2&ModID=7&FID=1905.2023.1&NavID=1905.1>

Für eine bessere Zukunft von Frauen und Männern

(LKH 15-0) - 23. Bundeskonferenz kommunaler Frauen-

büros und Gleichstellungsstellen in Rostock erfolgreich zu Ende gegangen -

Kreis Hildesheim (Ips) Die Gleichstellungsbeauftragten Angela Geweke vom Landkreis Hildesheim und Karin Jahns von der Stadt Hildesheim ziehen das Fazit: „Auch Gleichstellungspolitik unterliegt den gesellschaftlichen Veränderungen. Wir müssen uns mit neuen, zukunftsorientierten Themen befassen, z.B. der globalen Digitalisierung und ihren Auswirkungen auf Frauen und Männer. Gleichstellungspolitik 3.0 heißt aber auch, sich immer wieder mit den eigentlich seit Jahrzehnten bekannten Themen in ihrer aktuellen Entwicklung auseinanderzusetzen.“

Bundesfrauenministerin Manuela Schwesig eröffnete die Konferenz und betonte: „ich schätze die Arbeit der kommunalen Gleichstellungsbeauftragten sehr. Ohne sie wäre vieles nicht möglich. Aktuell ist die Unterbringung und Versorgung von Flüchtlingen eine der größten Herausforderungen vor Ort. Besonders die Frauen und Kinder, die bei uns ankommen und Schutz suchen, sind durch Krieg und Gewalt schwer traumatisiert. Ich begrüße es daher sehr, dass Sie sich vor Ort dafür stark machen, dass auf die Bedürfnisse dieser Frauen so gut es geht Rücksicht genommen wird. Dazu gehört eine angemessene Unterbringung ebenso wie der Zugang zu speziellen Beratungsangeboten. Dies ist nur ein Beispiel, wie sehr Ihre Arbeit gebraucht wird. Sie unterstützen, wo Frauen ganz konkrete Hilfe suchen.“

Mehr als 350 Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte aus allen Bundesländern nahmen an der Konferenz teil. Die Themen in den verschiedenen Workshops reichten von Cybermobbing und der digitalen Gewalt an Frauen mit Anne Wizorek als Impulsgeberin über geschlechtergerechte Arbeitszeiten bis zur kritischen Betrachtung unseres Gesundheitssystems.

„Drohungen, Beleidigungen und Hasskampagnen müssen im Netz genauso geahndet werden wie im realen Leben“ so Karin Jahns, die an dem Forum mit Wizorek teilnahm. „Niemand darf sich sicher fühlen, weil er der Person, die er beleidigt, nicht in die Augen schauen muss.“

Inwieweit entsprechen Teilzeitarbeit für Frauen und Vollzeitarbeit für Männer noch den Wünschen und Erwar-

tungen junger Menschen, besonders von Elternpaaren? „Immer mehr Väter in unserer Region wollen weniger arbeiten und mehr Zeit mit ihren Kindern verbringen“, weiß Angela Geweke. „Eine moderne Familienpolitik in Betrieben und Verwaltungen ermöglicht Frauen und Männern familiengerechte Arbeitszeiten“.

Zentrale Forderungen der Bundesarbeitsgemeinschaft kommunaler Frauen- und Gleichstellungsbüros sind: Bessere Rahmenbedingungen für Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte!, Weiterer Ausbau der Kinderbetreuung!, Gleiches Geld für vergleichbare Arbeit!, Flüchtlingsfrauen und -mädchen brauchen besondere Unterstützung. Diesen Forderungen der Bundesarbeitsgemeinschaft schließen sich Angela Geweke und Karin Jahns an.



Karin Jahns und Angela Geweke, Gleichstellungsbeauftragte der Stadt und des Landkreises Hildesheim

72. Kaufbeuren

21.09.2015

http://www.kaufbeuren.de/desktopdefault.aspx/tabid-1067/1329_read-15387/

Gleichstellungsarbeit 3.0



Für eine bessere Zukunft von Frauen und Männern

23. Bundeskonferenz kommunaler Frauenbüros und Gleichstellungsstellen in Rostock erfolgreich zu Ende gegangen

- Flüchtlingsfrauen brauchen besondere Unterstützung!
- Freigewordene Bundesmittel für Kitausbau!
- Bessere Rahmenbedingungen für Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte!

Diesen Forderungen schließt sich die Gleichstellungsbeauftragte Elke Schad nach der Teilnahme an der 23. Bundeskonferenz der kommunalen Gleichstellungs- und Frauenbeauftragten Deutschlands in Rostock an.

Gleichstellungspolitik 3.0 und Flüchtlingsfrauen:

Frauen und Mädchen fliehen u. a., weil sie in vielen Ländern als Teil der Kriegsführung vergewaltigt werden. Auch auf der Flucht werden sie häufig Opfer sexueller Gewalt. Sie brauchen in Deutschland besondere Hilfesysteme, um die erlebten Traumata zu bewältigen. Sie brauchen Schutz vor Gewalt und vor sexuellen Übergriffen in Gemeinschaftsunterkünften und sie brauchen Bildungsangebote, die u.a. berücksichtigen, dass viele von ihnen nicht lesen und schreiben können. Und sie brauchen niedrigschwellige Angebote zur Gesundheitsversorgung.

Dazu sagte Bundesministerin Manuela Schwesig vor den mehr als 350 Gleichstellungsbeauftragten:

„Ich schätze die Arbeit der kommunalen Gleichstellungsbeauftragten sehr. Ohne Sie wäre vieles nicht möglich. Aktuell ist die Unterbringung und Versorgung von Flüchtlingen eine der größten Herausforderungen vor Ort. Besonders die Frauen und Kinder, die bei uns ankommen und Schutz suchen, sind durch Krieg und Gewalt schwer traumatisiert. Ich begrüße es sehr, dass Sie sich vor Ort dafür stark machen, dass auf die Bedürfnisse dieser Frauen so gut es geht Rücksicht genommen wird. Dazu gehört eine angemessene Unterbringung ebenso wie der Zugang zu speziellen Beratungsangeboten. Dies ist nur ein Beispiel, wie sehr Ihre Arbeit gebraucht wird. Sie unterstützen, wo Frauen ganz konkrete Hilfe suchen.“

Gleichstellungsbeauftragte Elke Schad fordert: Qua-

lifiziertes Personal und Bundesmittel speziell für die Unterstützung von geflüchteten Frauen und Mädchen.

Gleichstellungspolitik 3.0 und Bundesfinanzminister:

Die freiwerdenden Mittel aus dem Betreuungsgeld müssen in den Ausbau der Kindertagesstätten fließen. Es ist ein Unding, dass Wolfgang Schäuble damit Haushaltslöcher stopfen möchte. So sieht keine moderne Familienpolitik aus. Fehlende Kinderbetreuung führt dazu, dass vor allem Mütter beruflich zurückstecken. Die Folgen: Fachkräftemangel, schlecht bezahlte Minijobs, niedrige Renten, Altersarmut. Das kann nur durch mehr Kitaplätze und eine gerechtere Arbeitsteilung zwischen Männer und Frauen verhindert werden. Immer mehr Väter auch in meiner Kommune/ Kreis wollen weniger arbeiten, sie wollen mehr Zeit mit ihrer Familie verbringen, so Gleichstellungsbeauftragte.....

Unterstützung für diese Forderung von Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig:

„Es gibt mittlerweile viele Männer die als Väter sagen: Auch ich will Zeit mit meiner Familie verbringen, ich will nicht nur zum Gutenachtkuss zuhause sein. Ich möchte auch in Teilzeit gehen, Elternzeit nehmen. Oft werden dafür Männer dafür noch schräg angeschaut. Deswegen sollten wir diese modernen Väter unterstützen. Wenn die Zeit für Familienaufgaben fairer verteilt ist, dann wird auch endlich die Arbeitszeit fairer verteilt. Dann kommen die Frauen aus der Mini-Teilzeitfalle und haben berufliche Perspektiven und bessere Einkommenschancen.“

Nur wenige Arbeitgeber auch in unserer Kommune / Kreis haben bisher auf die Forderung von Vätern einer besseren Vereinbarkeit reagiert und sehen immer noch lieber die Frauen in Eltern- und Teilzeit. Deshalb braucht es neue geschlechtergerechte Arbeitszeitmodelle, wie z.B. das der Familienzeit (30 Stunden pro Woche), das Bundesministerin Schwesig vorgeschlagen hat.

Dem schließe ich mich an: Wir brauchen ein Gesetz zur Familienarbeitszeit und den Ausbau der Kitaplätze auch in unserer Region mit den freiwerdenden Mittel aus dem Betreuungsgeld.

Gleichstellungspolitik 3.0 = Verantwortung der Politik

Die Politik hat es immer noch nicht geschafft, Artikel 3, Absatz 2 des Grundgesetzes einzulösen „Männer und

Frauen sind gleichberechtigt.“. Aber bei uns verdienen Frauen immer noch weniger als Männer. Frauen fehlen in Führungsetagen, im Kommunalparlamenten/ Stadtrat und auf Bürgermeistersesseln. Mütter haben schlechtere Chancen auf dem Arbeitsmarkt als Väter. 39 % der Alleinerziehenden und ihre Kinder sind von Armut bedroht.

Die Politik muss endlich für Geschlechtergerechtigkeit und eine gute Zukunft von Frauen und Männern sorgen.

Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte brauchen mehr

Sie sollen die ganze Palette der gesamtgesellschaftlich wichtigen gleichstellungspolitischen Themen abdecken, dabei fachlich immer auf dem neuesten Stand sein und nachhaltig dafür sorgen, dass Gleichberechtigung vor Ort umgesetzt wird. Das Profil der Arbeit einer Gleichstellungsbeauftragten entspricht dem einer Managerin und damit einer Führungsposition! Doch die Eingruppierung und damit die Bezahlung sind vergleichsweise schlecht. Meist haben sie kein Personal und ein nur geringes Budget. Geld für Fortbildungen oder Dienstreisen ist knapp. Aber! Mit ihrer Arbeit fördern sie eine gleichberechtigte Gesellschaft. Dadurch erhöht sich auch der wirtschaftliche Erfolg für Alle!

Dazu Manuela Schwesig: „Ich ärgere mich oft, dass die Arbeit die vor Ort die Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten machen, gar nicht so wertgeschätzt wird, wie es eigentlich sein müsste. Ob eine Frau gute berufliche Chancen hat, ob die Vereinbarkeit von Beruf und Familie für Frauen und Männer gut geht, ob genug Frauenhäuser und Beratungsangebote da sind, das entscheidet sich vor Ort. Und wenn wir nicht diese taffen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten hätten, dann hätten wir viel weniger und eigentlich bräuchten wir sogar noch mehr und das ist natürlich meine Aufgabe diese Arbeit zu unterstützen.“

Ich wünsche mir: Die rechtlichen Rahmenbedingungen und die Ausstattung in den Kommunen/Kreisen müssen für die kommunalen Frauen- und Gleichstellungsbüros verbessert werden!

73. Dietzenbach.de

21.09.2015

<http://www.dietzenbach.de/index.php?object=tx|1799.1&ModID=255&FID=1799.16069.1&NavID=1799.32&nosm=>

Gleichstellungsbeauftragte Bettina Kuse informiert...
... über die 23. Bundeskonferenz kommunaler Frauenbüros und Gleichstellungsstellen



Bettina Kuse

Die Gleichstellungsbeauftragte der Kreisstadt Dietzenbach Bettina Kuse war eine von über 350 Konferenzteilnehmerinnen bei der 23. Bundeskonferenz kommunaler Frauenbüros und Gleichstellungsstellen vom 6. bis 8. September 2015 in Rostock.

Der Tagungs-Titel: Gleichstellungsarbeit 3.0 - Für eine bessere Zukunft von Frauen und Männern

<http://www.dietzenbach.de/loadDocument.phtml?ObjSvrID=1799&ObjID=8247&ObjLa=1&Ext=PDF>

Das Frauenbüro Dietzenbach informiert:

Gleichstellungsarbeit 3.0

Für eine bessere Zukunft von Frauen und Männern

Die Gleichstellungsbeauftragte der Kreisstadt Dietzenbach Bettina Kuse war eine von über 350 Konferenzteilnehmerinnen bei der 23. Bundeskonferenz kommunaler Frauenbüros und Gleichstellungsstellen vom 6. bis 8. September 2015 in Rostock.

merinnen bei der 23. Bundeskonferenz kommunaler Frauenbüros und Gleichstellungsstellen vom 6.09. – 08.09.2015 in Rostock.

Neben dem attraktiven Tagungsort Rostock/Warnemünde, den unterschiedlichen Impulsreden und Foren zur Gleichstellungsarbeit 3.0 ist für Bettina Kuse das Erleben der Familienministerin Manuela Schwesig das Highlight dieser Tagung: „Ich bin noch ganz beeindruckt von der Begrüßungsrede der Bundesministerin, persönlich und familienpolitisch.“

Schwerpunktthemen der Konferenz und daraus abgeleitete Forderungen der Frauenbüros heißen:

- Flüchtlingsfrauen brauchen besondere Unterstützung!
- Freigewordene Bundesmittel für Kitausbau!
- Bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf / Gleichstellungsrisiken im Lebensverlauf

Gleichstellungspolitik 3.0 und Flüchtlingsfrauen:

Frauen und Mädchen fliehen u. a., weil sie in vielen Ländern als Teil der Kriegsführung vergewaltigt werden. Und auch auf der Flucht werden Frauen häufig Opfer sexueller Gewalt. Diese Frauen brauchen in Deutschland besondere Hilfesysteme, um die erlebten Traumata zu bewältigen. Alle Flüchtlingsfrauen brauchen Schutz vor Gewalt und vor sexuellen Übergriffen in Gemeinschaftsunterkünften und sie brauchen Bildungsangebote, die u.a. berücksichtigen, dass viele von ihnen nicht lesen und schreiben können.

74. Lingen.de

21.09.2015

https://www.lingen.de/Neuvmeldungen/startseiten_meldungen/23_bundeskonferenz_kommunaler_frauenbueros_und_gleichstellungsstellen_in_rostock.html

23. Bundeskonferenz kommunaler Frauenbüros und Gleichstellungsstellen in Rostock

Gleichstellungsarbeit 3.0 - Für eine bessere Zukunft von

Frauen und Männern



Unter dem Motto „Gleichstellungsarbeit 3.0“ stand die diesjährige Bundeskonferenz der kommunalen Frauenbüros und Gleichstellungsbeauftragten in Rostock. Die Veranstaltung, an der neben Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig rund 400 Gleichstellungsbeauftragte aus ganz Deutschland teilnahmen, befasste sich vor allem mit der zukunftsfähigen Gestaltung und Neuausrichtung der Gleichstellungsarbeit. Ein positives Fazit zieht auch die städtische Gleichstellungsbeauftragte der Stadt Lingen Angelika Roelofs.

Bundesministerin Manuela Schwesig eröffnete die Konferenz mit mehr als 350 Gleichstellungsbeauftragten aus dem ganzen Bundesgebiet: „Ich schätze die Arbeit der kommunalen Gleichstellungsbeauftragten sehr. Ohne Sie wäre vieles nicht möglich. Aktuell ist die Unterbringung und Versorgung von Flüchtlingen eine der größten Herausforderungen vor Ort. Besonders die Frauen und Kinder, die bei uns ankommen und Schutz suchen, sind durch Krieg und Gewalt schwer traumatisiert. Ich begrüße es sehr, dass Sie sich vor Ort dafür stark machen, dass auf die Bedürfnisse dieser Frauen so gut es geht Rücksicht genommen wird.“

Dazu gehört eine angemessene Unterbringung ebenso wie der Zugang zu speziellen Beratungsangeboten. Dies ist nur ein Beispiel, wie sehr Ihre Arbeit gebraucht wird. Sie unterstützen, wo Frauen ganz konkrete Hilfe suchen.“ Zudem betonte Schwesig: „Es gibt mittlerweile viele Männer, die als Väter sagen: Auch ich will Zeit mit meiner Familie verbringen, ich will nicht nur zum Gutenachtkuss zuhause sein. Ich möchte auch in Teilzeit gehen, Elternzeit nehmen. Oft werden dafür Männer dafür noch schräg angeschaut. Deswegen sollten wir diese modernen Väter unterstützen. Wenn die Zeit

für Familienaufgaben fairer verteilt ist, dann wird auch endlich die Arbeitszeit fairer verteilt. Dann kommen die Frauen aus der Mini-Teilzeitfalle und haben berufliche Perspektiven und bessere Einkommenschancen.“ Dieser Betrachtung schlossen sich die versammelten Gleichstellungsbeauftragte an und forderten die Bundesregierung auf, dass zum Beispiel die freiwerdenden Mittel aus dem Betreuungsgeld in den Ausbau der Kindertagesstätten fließen, anstatt anderweitige Haushaltslöcher zu stopfen.

Angelika Roelofs, Gleichstellungsbeauftragte der Stadt Lingen betont, dass durch den Ausbau von Kitaplätzen, aber gleichzeitig durch eine gerechtere Arbeitsteilung zwischen Männern und Frauen das Ziel der Gleichberechtigung erreicht wird. Die Forderung von Müttern und Vätern nach einer besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie durch neue Arbeitszeitmodelle wird nur von wenigen ArbeitgeberInnen ernstgenommen. Dabei ist es der richtige Weg, über neue geschlechtergerechte Arbeitszeitmodelle zu diskutieren, beispielsweise das Modell der Familienzeit mit 30 Stunden pro Woche für beide Eltern.

Diskutiert wurde auch das Aufgabenspektrum der kommunalen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten. So wird erwartet, dass sie die Palette der gesamtgesellschaftlich wichtigen gleichstellungspolitischen Themen abdecken, dabei fachlich immer auf dem neuesten Stand sind und nachhaltig dafür sorgen, dass Gleichberechtigung vor Ort umgesetzt wird. Das Profil der Arbeit einer Gleichstellungsbeauftragten entspricht dem einer Managerin und damit einer Führungsposition. Oft sind aber Ausstattung und Bezahlung nicht dementsprechend.

Dazu Manuela Schwesig: „Ich ärgere mich oft, dass die Arbeit, die vor Ort die Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten machen, gar nicht so wertgeschätzt wird, wie es eigentlich sein müsste. Ob eine Frau gute berufliche Chancen hat, ob die Vereinbarkeit von Beruf und Familie für Frauen und Männer gut geht, ob genug Frauenhäuser und Beratungsangebote da sind, das entscheidet sich vor Ort. Und wenn wir nicht diese taffen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten hätten, dann hätten wir viel weniger und eigentlich bräuchten wir sogar noch mehr und das ist natürlich meine Aufgabe diese Arbeit zu unterstützen.“

Die Gleichstellungsbeauftragten sind sich einig: „Der positive Rückenwind von Bundesministerin Manuela Schwesig ist eine wichtige Unterstützung unserer Arbeit und der unserer neben- und ehrenamtlichen Kolleginnen aus den kreisangehörigen Kommunen hier in der Region.“

75. Kaiserslautern

22.09.2015

http://www.kaiserslautern.de/buerger_rathaus_politik/medienportal/pressemitteilungen/040784/index.html.de

Gleichstellungsarbeit 3.0 - Für eine bessere Zukunft von Männern und Frauen

Gleichstellungsbeauftragte der Stadt nimmt an Bundeskonferenz kommunaler Frauenbüros und Gleichstellungsstellen teil

Kaiserslautern, 22.09.2015

Die 23. Bundeskonferenz kommunaler Frauenbüros und Gleichstellungsstellen ist vor wenigen Tagen in Rostock erfolgreich zu Ende gegangen. Zu den rund 350 Teilnehmerinnen und Teilnehmern gehörte neben Bundesministerin Manuela Schwesig auch die Gleichstellungsbeauftragte der Stadt Kaiserslautern, Marlene Isenmann-Emser. Sie schließt sich den zentralen Forderungen, die auf der Konferenz gestellt wurden, an:

Flüchtlingsfrauen brauchen besondere Unterstützung!

Frauen und Mädchen fliehen unter anderem, weil sie in vielen Ländern als Teil der Kriegsführung vergewaltigt werden. Auch auf der Flucht werden sie häufig Opfer sexueller Gewalt. Sie brauchen in Deutschland besondere Hilfesysteme, um die erlebten Traumata zu bewältigen. Sie brauchen Schutz vor Gewalt und vor sexuellen Übergriffen in Gemeinschaftsunterkünften und sie brauchen Bildungsangebote, die berücksichtigen, dass viele von ihnen nicht lesen und schreiben können. Und sie brauchen niedrigschwellige Angebote zur Gesundheitsversorgung. Auch Marlene Isenmann-Emser fordert qualifiziertes Personal und Bundesmittel speziell für die Unterstützung

von geflüchteten Frauen und Mädchen.

Bundesministerin Manuela Schwesig lobte in dieser Frage die bisherige Arbeit der Gleichstellungsbeauftragten ausdrücklich: „Aktuell ist die Unterbringung und Versorgung von Flüchtlingen eine der größten Herausforderungen vor Ort. Besonders die Frauen und Kinder, die bei uns ankommen und Schutz suchen, sind durch Krieg und Gewalt schwer traumatisiert. Ich begrüße es sehr, dass Sie sich vor Ort dafür stark machen, dass auf die Bedürfnisse dieser Frauen so gut es geht Rücksicht genommen wird. Dazu gehört eine angemessene Unterbringung ebenso wie der Zugang zu speziellen Beratungsangeboten. Dies ist nur ein Beispiel, wie sehr Ihre Arbeit gebraucht wird. Sie unterstützen, wo Frauen ganz konkrete Hilfe suchen.“

Freigewordene Bundesmittel für Kitausbau!

Die freiwerdenden Mittel aus dem Betreuungsgeld müssen in den Ausbau der Kindertagesstätten fließen. Es ist ein Übel, dass Wolfgang Schäuble damit Haushaltslöcher stopfen möchte. So sieht keine moderne Familienpolitik aus. Fehlende Kinderbetreuung führt dazu, dass vor allem Mütter beruflich zurückstecken. Die Folgen: Fachkräftemangel, schlecht bezahlte Minijobs, niedrige Renten, Altersarmut. Das kann nur durch mehr Kitaplätze und eine gerechtere Arbeitsteilung zwischen Frauen und Männern verhindert werden. „Immer mehr Väter auch in unserer Kommune wollen weniger arbeiten, sie wollen mehr Zeit mit ihrer Familie verbringen“, so die Gleichstellungsbeauftragte Marlene Isenmann-Emser. Nur wenige Arbeitgebende auch in Kaiserslautern haben bisher auf die Forderung von Vätern einer besseren Vereinbarkeit reagiert und sehen immer noch lieber die Frauen in Eltern- und Teilzeit. Deshalb brauche es neue geschlechtergerechte Arbeitszeitmodelle, wie etwa das der Familienzeit (30 Stunden pro Woche), das Bundesministerin Schwesig vorgeschlagen hat. Isenmann-Emser: „Wir brauchen ein Gesetz zur Familienarbeitszeit und den Ausbau der Kitaplätze auch in unserer Region mit den freiwerdenden Mittel aus dem Betreuungsgeld.“

Unterstützung für diese Forderung kam auch von Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig: „Es gibt mittlerweile viele Männer, die als Väter sagen: Auch ich will Zeit mit meiner Familie verbringen, ich will nicht nur

zum Gutenachtkuss zuhause sein. Ich möchte auch in Teilzeit gehen, Elternzeit nehmen. Oft werden dafür Männer dafür noch schräg angeschaut. Deswegen sollten wir diese modernen Väter unterstützen. Wenn die Zeit für Familienaufgaben fairer verteilt ist, dann wird auch endlich die Arbeitszeit fairer verteilt. Dann kommen die Frauen aus der Mini-Teilzeitfalle und haben berufliche Perspektiven und bessere Einkommenschancen."

Gleichstellungspolitik 3.0 = Verantwortung der Politik!

Die Politik hat es immer noch nicht geschafft, Artikel 3, Absatz 2 des Grundgesetzes einzulösen „Männer und Frauen sind gleichberechtigt.“ Aber bei uns verdienen Frauen immer noch weniger als Männer. Frauen fehlen in Führungsetagen, im Stadtrat in Gremien in Aufsichtsräten und auf Bürgermeistersesseln. Mütter haben schlechtere Chancen auf dem Arbeitsmarkt als Väter. 39 % der Alleinerziehenden und ihre Kinder sind von Armut bedroht. Die Politik muss endlich für Geschlechtergerechtigkeit und eine gute Zukunft von Frauen und Männern sorgen.

Bessere Rahmenbedingungen für Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte!

Sie sollen die ganze Palette der gesamtgesellschaftlich wichtigen gleichstellungspolitischen Themen abdecken, dabei fachlich immer auf dem neuesten Stand sein und nachhaltig dafür sorgen, dass Gleichberechtigung vor Ort umgesetzt wird. Das Profil der Arbeit einer Gleichstellungsbeauftragten entspricht dem einer Managerin und damit einer Führungsposition!

Doch die Eingruppierung und damit die Bezahlung sind vergleichsweise schlecht. Meist haben sie kein Personal und ein nur geringes Budget. Geld für Fortbildungen oder Dienstreisen ist knapp. Aber! Mit ihrer Arbeit fördern sie eine gleichberechtigte Gesellschaft. Dadurch erhöht sich auch der wirtschaftliche Erfolg für Alle!

Dazu Manuela Schwesig: „Ich schätze die Arbeit der kommunalen Gleichstellungsbeauftragten sehr. Ohne Sie wäre vieles nicht möglich. Ich ärgere mich oft, dass die Arbeit die vor Ort die Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten machen, gar nicht so wertgeschätzt wird, wie

es eigentlich sein müsste. Ob eine Frau gute berufliche Chancen hat, ob die Vereinbarkeit von Beruf und Familie für Frauen und Männer gut geht, ob genug Frauenhäuser und Beratungsangebote da sind, das entscheidet sich vor Ort. Und wenn wir nicht diese taffen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten hätten, dann hätten wir viel weniger und eigentlich bräuchten wir sogar noch mehr und das ist natürlich meine Aufgabe diese Arbeit zu unterstützen. Ich wünsche mir: Die rechtlichen Rahmenbedingungen und die Ausstattung in den Kommunen und Kreisen müssen für die kommunalen Frauen- und Gleichstellungsbüros verbessert werden!“



Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der 23. Bundeskonferenz kommunaler Frauenbüros und Gleichstellungsstellen. - © Bundesarbeitsgemeinschaft kommunaler Frauenbüros

76. Landkreis Verden

22.09.2015

<https://www.landkreis-verden.de/portal/meldungen/gleichstellung-3-0-fuer-eine-bessere-zukunft-von-frauen-und-maennern-901001107-20600.html?rubrik=901000059>

Gleichstellung 3.0 – Für eine bessere Zukunft von Frauen und Männern

Bundeskonferenz der kommunalen Gleichstellungsbeauftragten in Rostock

Besondere Unterstützung für Flüchtlingsfrauen, die Verwendung freigewordener Bundesmittel für den Kita-Ausbau sowie bessere Bedingungen für Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte sind die drei zentralen Forderungen der Teilnehmerinnen der Bundeskonferenz kommunaler Frauenbüros und Gleichstellungsstellen.

Frauenministerin Manuela Schwesig begrüßte die mehr als 350 Konferenzteilnehmerinnen in Rostock. Karin Labinsky-Meyer, Vorsitzende des Kreisfrauenrates beim Landkreis Verden, Christine Borchers, Gleichstellungsbeauftragte des Landkreises Verden und Bianca Lankenau, Gleichstellungsbeauftragte der Samtgemeinde Thedinghausen, haben an der Konferenz teilgenommen und schließen sich den Forderungen an.



Karin Labinsky-Meyer, Christine Borchers und Bianca Lankenau (von links) nahmen an der Bundeskonferenz teil.

„Die Unterbringung von Flüchtlingen ist aktuell eine der größten Herausforderungen. Viele Frauen und Mädchen fliehen auch, weil sie in ihren Heimatländern Gewalt erfahren und als Teil der Kriegsführung vergewaltigt wurden. Und selbst auf der Flucht werden sie häufig Opfer sexueller Gewalt“, so Karin Labinsky-Meyer. „Diese Frauen benötigen unsere besondere Hilfe, sie brauchen Schutz vor Gewalt und vor sexuellen Übergriffen in Gemeinschaftsunterkünften. Sie brauchen eine angemessene Unterbringung, die richtigen Bildungsangebote und niedrigschwellige Angebote zur Gesundheitsversorgung.“

Familienministerin Manuela Schwesig würdigte auf der Konferenz die Arbeit der Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten. „Ich schätze die Arbeit der kommunalen Gleichstellungsbeauftragten sehr. Ohne sie wäre vieles nicht möglich“, so die Bundesministerin. Ob eine Frau gute berufliche Chancen habe, ob die Vereinbarkeit von Beruf und Familie für Frauen und Männer gut gehe, ob genug Frauenhäuser und Beratungsangebote da seien, das entscheide sich oft vor Ort, so Schwesig. Die Ministerin sagte auf der Konferenz ihre Unterstützung zu, die

Bedingungen für kommunale Gleichstellungsbeauftragte zu verbessern. „Die Politik muss endlich für Geschlechtergerechtigkeit und eine gute Zukunft von Frauen und Männern sorgen“, findet Karin Labinsky-Meyer. Immer noch sei das Versprechen des Grundgesetzes nicht umgesetzt.

Auch ein Gesetz zur Familienarbeitszeit, das geringere Normalarbeitszeiten vorsieht, und die Forderung, freie Mittel aus dem Betreuungsgeld in den Kita-Ausbau zu investieren, gehören zu den Forderungen für eine moderne, zeitgemäße Familienpolitik. Fehlende Kinderbetreuung, so der Tenor, führe dazu, dass vor allem Mütter beruflich zurücksteckten. Neben der Lohnlücke zwischen Männern und Frauen seien schlecht bezahlte Minijobs, niedrige Renten und Altersarmut bei Frauen das Ergebnis. Heute gebe es viele Väter, die Zeit mit der Familie verbringen möchten. Wenn die Zeit für Familienaufgaben fairer verteilt wäre, wäre auch die Arbeitszeit fairer verteilt. Frauen kämen dann aus der Mini-Teilzeitfalle heraus und hätten bessere berufliche Perspektiven.



Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der 23. Bundeskonferenz kommunaler Frauenbüros und Gleichstellungsstellen. - © Bundesarbeitsgemeinschaft kommunaler Frauenbüros

Autor/in: Pressestelle

77. Alfelder Zeitung

22.09.2015

<https://www.alfelder-zeitung.de/S3998/Bessere-Bedingungen-fuer-Frauen>

Veröffentlichung online am 22.09.2015 um 18:09:22 Uhr

Bessere Bedingungen für Frauen

Die Gleichstellungsbeauftragten Angela Geweke vom

Landkreis Hildesheim und Karin Jahns von der Stadt Hildesheim ziehen folgendes Fazit der Bundeskonferenz der Gleichstellungsbeauftragten: „Auch Gleichstellungspolitik unterliegt den gesellschaftlichen Veränderungen. Wir müssen uns mit neuen, zukunftsorientierten Themen befassen, beispielsweise der globalen Digitalisierung und ihren Auswirkungen auf Frauen und Männer. Gleichstellungspolitik 3.0 heißt aber auch, sich immer wieder mit den eigentlich seit Jahrzehnten bekannten Themen in ihrer aktuellen Entwicklung auseinanderzusetzen.“

78. Win- Witten

22.09.2015

<http://www.win-witten.de/win/startseite/win-aktuell/article/bundeskonferenz-in-rostock-gleichstellungsbeauftragte-fordern-spezielle-hilfen-fuer-fluechtlingsfra.html>

Gleichstellungsbeauftragte fordern spezielle Hilfen für traumatisierte Flüchtlingsfrauen



„Flüchtlingsfrauen brauchen besondere Unterstützung, freigewordene Bundesmittel sollen für den Kita-Ausbau verwendet werden und Geschlechtergerechtigkeit ist politisch durchzusetzen!“ Mit diesen drei zentralen Forderungen und vielen Informationen im Gepäck ist Wittens Gleichstellungsbeauftragte Cornelia Prill jetzt von der 23. Bundeskonferenz kommunaler Frauenbüros und Gleichstellungsstellen aus Rostock zurückgekehrt. 350 Gleichstellungsbeauftragte hatten daran teilgenommen.

Ministerin lobt Einsatz der Gleichstellungsbeauftragten vor Ort

Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig richtete bereits in ihrer Eröffnungsrede den Fokus auf die Si-

tuation der Flüchtlingsfrauen, die in vielen Ländern als Teil der Kriegsführung vergewaltigt und auch noch auf der Flucht häufig Opfer sexueller Gewalt werden: „Besonders die Frauen und Kinder, die bei uns ankommen und Schutz suchen, sind durch Krieg und Gewalt schwer traumatisiert. Ich begrüße es sehr, dass sich die Gleichstellungsbeauftragten vor Ort dafür stark machen, dass auf die Bedürfnisse dieser Frauen so gut es geht Rücksicht genommen wird“, betonte Schwesig.

Vor diesem Hintergrund weist die Wittener Gleichstellungsbeauftragte Cornelia Prill darauf hin, dass diese Frauen hier in Deutschland spezielle Hilfesysteme benötigen:

Schutz vor Gewalt und weiteren sexuellen Übergriffen in Gemeinschaftsunterkünften

Bildungsangebote, die auch berücksichtigen, dass viele von ihnen nicht lesen und schreiben können

niedrigschwellige Angebote zur Gesundheitsversorgung und Zugang zu speziellen Beratungsangeboten

„Im Ennepe-Ruhr-Kreis setzt sich bereits ein Arbeitskreis – initiiert durch den Runden Tisch EN gegen Häusliche Gewalt – mit der besonderen Problematik gewaltbetroffener traumatisierter Flüchtlingsfrauen auseinander“, berichtet Prill. Fördermittel des Landes setzt der Arbeitskreis u. a. für gezielte Fortbildungen für Beschäftigte der Verwaltung und weitere hauptamtliche und ehrenamtliche Helferinnen und Helfer ein. Die Stadt Witten ist dabei, räumliche Lösungen für Frauen zu finden, die von Gewalt bedroht sind, Gewalt erlitten haben und traumatisiert sind. „Auch eine spezielle soziale Betreuung sollen die Frauen erhalten“, berichtet Cornelia Prill.

Kita-Ausbau statt Herdprämie

Auch die Abschaffung des Betreuungsgeldes war Thema der Gleichstellungsbeauftragten. Diese richterliche Entscheidung der Abschaffung ist bei den Frauen selbstredend auf hohen Zuspruch gestoßen. „Statt die Frauen mit einer ‚Herdprämie‘ abzuhängen benötigen wir innovative Instrumente zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf ein, die das Problem gescheit lösen“, so Prill. „Frei werdende Mittel aus dem Betreuungsgeld müssen

jetzt in den Ausbau der Kindertagesstätten fließen.“ Das Stopfen von Haushaltslöchern sei dagegen keine gute Option: „Fehlende Kinderbetreuung führt dazu, dass vor allem Mütter beruflich zurückstecken. Fachkräftemangel, schlecht bezahlte Minijobs, niedrige Renten und letztlich Altersarmut von Frauen sind die Folge“, argumentiert Prill. Das könne nur durch mehr Kitaplätze und eine gerechtere Arbeitsteilung zwischen Männern und Frauen verhindert werden.

Dafür will sich auch Familienministerin Manuela Schwesig in Berlin stark machen: „Es gibt mittlerweile viele Männer die als Väter sagen: Auch ich will Zeit mit meiner Familie verbringen, ich will nicht nur zum Gutenachtkuss zuhause sein. Ich möchte auch in Teilzeit gehen, Elternzeit nehmen... Deswegen sollten wir diese modernen Väter unterstützen. Wenn die Zeit für Familienaufgaben fairer verteilt ist, dann wird auch endlich die Arbeitszeit fairer verteilt. Dann kommen die Frauen aus der Mini-Teilzeitfalle und haben berufliche Perspektiven und bessere Einkommenschancen. Deshalb braucht es neue geschlechtergerechte Arbeitszeitmodelle, wie zum Beispiel das der Familienzeit (30 Stunden pro Woche).“

Bis zur Geschlechtergerechtigkeit ist es noch ein weiter Weg

Zum Schluss zogen die Gleichstellungsbeauftragten unter dem Motto ‚Gleichstellungspolitik 3.0‘ Resümee: Die Politik hat es immer noch nicht geschafft, Artikel 3, Absatz 2 des Grundgesetzes ‚Männer und Frauen sind gleichberechtigt‘ einzulösen. In Deutschland verdienen Frauen immer noch weniger als Männer – der Lohnunterschied liegt aktuell bei rund 22%. Frauen fehlen in Führungsetagen und im Rat der Stadt. 39 % der Alleinerziehenden (und ihre Kinder), die zu über 80% Frauen sind, sind von Armut bedroht. „Die Politik muss endlich für Geschlechtergerechtigkeit und eine gute Zukunft von Frauen und Männern sorgen“, fordert die Wittener Gleichstellungsbeauftragte Cornelia Prill.

79. Wochenblatt Regensburg

22.09.2015

<http://www.wochenblatt.de/nachrichten/regensburg/regionales/Regensburger-Gleichstellungsbeauftragte-fordert-bessere-Unterstuetzung-fuer-weibliche-Fluechtlinge;art1172,327706>

Regensburger Gleichstellungsbeauftragte fordert bessere Unterstützung für weibliche Flüchtlinge



Foto: Bundesarbeitsgemeinschaft Kommunalen Frauenbüros und Gleichstellungsstellen

„Flüchtlingsfrauen brauchen besondere Unterstützung“, das war eine der zentralen Forderungen der 23. Bundeskonferenz der kommunalen Gleichstellungs- und Frauenbeauftragten Deutschlands (BuKo) vom 6. bis 8. September in Rostock-Warnemünde. Dieser Forderung schließt sich auch die Leiterin der Regensburger Gleichstellungsstelle, Marga Teufel, an.

Viele Flüchtlinge, die momentan nach Deutschland kommen, mussten in ihren Heimatländern politische Verfolgung, Krieg, Folter und Vertreibung erleiden. Besonders schwer haben es in den Krisengebieten oft Frauen, die in vielen Ländern unterdrückt werden, unter Genitalverstümmelungen leiden, Verbrechen im Namen der „Ehre“ ertragen oder als Teil der Kriegsführung Vergewaltigungen erdulden müssen. Auch auf der Flucht werden Frauen immer wieder Opfer sexueller Gewalt. Dazu sagte Bundesministerin Manuela Schwesig den Teilnehmerinnen der BuKo: „Ich schätze die Arbeit der kommunalen Gleichstellungsbeauftragten sehr. Ohne Sie wäre vieles nicht möglich. Aktuell ist die Unterbringung und Versorgung von Flüchtlingen eine der größten Herausforderungen vor Ort. Besonders die Frauen und

Kinder, die bei uns ankommen und Schutz suchen, sind durch Krieg und Gewalt schwer traumatisiert. Ich begrüße es sehr, dass Sie sich vor Ort dafür stark machen, dass auf die Bedürfnisse dieser Frauen so gut es geht Rücksicht genommen wird. Dazu gehört eine angemessene Unterbringung ebenso wie der Zugang zu speziellen Beratungsangeboten.“

Die Regensburger Gleichstellungsbeauftragte Marga Teufel fordert darum auch für die Stadt Regensburg Bundesmittel zum Einsatz qualifizierten Personals speziell für die Unterstützung von geflüchteten Frauen und Mädchen, um genderspezifische Angebote zielgerichtet und unbürokratisch umsetzen zu können.

„Das Leid, das Flüchtlinge ertragen müssen, ist für uns oft unvorstellbar“, so Teufel. „Noch immer finden aber die besonderen Belastungen, die Frauen aufgrund ihres Geschlechts erfahren, kaum Beachtung.“ Flüchtlingsfrauen, die in Deutschland Zuflucht suchen, bräuchten spezielle Hilfesysteme, um die erlebten Traumata zu bewältigen. Dazu gehören auch Bildungsangebote und Maßnahmen, die ihnen helfen, Sprachbarrieren zu überwinden und ihre beruflichen Fachkenntnisse für das deutsche Berufs- und Bildungssystem kompatibel zu machen, so die Gleichstellungsbeauftragte.

Zudem seien niedrigschwellige Angebote zur Gesundheitsversorgung nötig, die die Besonderheiten des jeweiligen Kulturkreises berücksichtigen. Mädchen und natürlich auch Jungen müssten verlässlich Zugang zu Förderklassen in allen Schularten sowie integrative Maßnahmen und Sprachunterricht bereits im KiTa-Alter erhalten.

80. Zwei Wochen Dienst

(ZWD) 23.09.2015

http://www.zwd.info/index.php?PHPSESSID=ec-2ab6da160c87297676d534640b7d0a&cat=5&group_id=103001001&offset_news=10

Im Rahmen der Konferenz wurde in verschiedenen Foren das breite Aufgabenspektrum der kommunalen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten diskutiert. Von ihnen werde erwartet, dass sie die Palette der gesamtgesell-

schaftlich wichtigen gleichstellungspolitischen Themen abdecken, dabei fachlich immer auf dem neuesten Stand bleiben und nachhaltig dafür sorgen, dass Gleichberechtigung vor Ort umgesetzt werde. Die Ministerin brachte ihren Unmut angesichts dieser Erwartungshaltung zum Ausdruck: „Ich ärgere mich oft, dass die Arbeit, die vor Ort die Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten machen, gar nicht so wertgeschätzt wird, wie es eigentlich sein müsste“. Sie machte deutlich, dass es in den Kommunen ohne „diese taffen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten“ in zahlreichen Bereichen weit weniger Angebote und Leistungen gäbe.

BAG KOMMUNALE FRAUENBÜROS

Forderung nach speziellen Konzepten in Kommunen für geflohene Frauen und ihre Kinder

Offener Brief an die Bundesregierung zur Situation weiblicher Flüchtlinge

zwd Berlin/Warnemünde (ig). Die Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten der Kommunen haben die Bundesregierung in einem „offenen Brief“ aufgefordert, den Kommunen ausreichende finanzielle Mittel zur Verfügung zu stellen, damit dort spezielle Konzepte für geflohene Frauen und ihre Kinder umgesetzt werden können. Aus ihren Erfahrungen vor Ort, über die sich 380 kommunale Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte auf ihrer Bundeskonferenz vom 6. bis 8. September in Warnemünde ausgetauscht hatten, sehen sie dringenden Handlungsbedarf.

81. Rhede News

25.09.2015

[https://www.rhede.de/News-Einzelansicht.923.0.html?&tx_ttnews\[tt_news\]=5058&cHash=60901391bd90645d77a5ab1be3282ec7](https://www.rhede.de/News-Einzelansicht.923.0.html?&tx_ttnews[tt_news]=5058&cHash=60901391bd90645d77a5ab1be3282ec7)

Für eine bessere Zukunft von Frauen und Männern Gleichstellungsbeauftragte Ute Schulte nahm an Bundeskonferenz in Rostock teil.

Von: Anneliese Böing-Messing 28.09.15



Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig zusammen mit den Gleichstellungsbeauftragten des Kreises Borken bei der Bundeskonferenz in Rostock

Gleichstellungsbeauftragte aus dem Kreis Borken nahmen an Bundeskonferenz in Rostock teil

370 Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte aus ganz Deutschland nahmen im September an der 23. Bundeskonferenz der kommunalen Frauenbüros und Gleichstellungsstellen in Rostock teil. Unter ihnen war auch die Gleichstellungsbeauftragte der Stadt Rhede, Ute Schulte, mit acht Kolleginnen aus dem Kreis Borken. Anlässlich des 20jährigen Jubiläums ihres Netzwerkes präsentierten sie ihre selbst entwickelten Materialien und Projekte an einem eigenen Stand. Besonders begehrt war die eigens zum Jubiläum vom Netzwerk kreierte Sonderbriefmarke zum Internationalen Frauentag, die auch die Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig gerne entgegennahm (s. Foto).

Die Teilnehmerinnen der Konferenz befassten sich mit vielen aktuellen Themen, unter anderem mit der Situation von Flüchtlingsfrauen. „Besonders Frauen und Kinder, die bei uns ankommen und Schutz suchen, sind durch Krieg und Gewalt schwer traumatisiert. Ich begrüße es sehr, dass Sie sich vor Ort dafür stark machen, dass auf die Bedürfnisse dieser Frauen so gut es geht, Rücksicht genommen wird. Dazu gehört eine angemessene Unterbringung ebenso wie der Zugang zu speziellen Beratungsangeboten.“, so die Bundesministerin. Eine weitere Forderung war der Einsatz freierwerdender Mittel aus dem Betreuungsgeld für den Ausbau der Kindertagesstätten, denn fehlende oder schlechte Kinderbetreuung führt dazu,

dass vor allem Mütter beruflich zurückstecken müssen.

Weiterhin befassten sich die Teilnehmerinnen der Konferenz mit dem sogenannten Cyber-Mobbing, der digitalen Gewalt gegen Frauen. „Jede fünfte Frau im Alter von 18 bis 29 Jahren wurde schon einmal im Internet belästigt.“, so Ute Schulte. „Hier ist es wichtig, Aufklärung zu leisten und Frauen Mut zu machen, sich gegen diese Form der Gewalt zu wehren.“

Weitere Themen der Bundeskonferenz waren das Prostituiertenschutzgesetz sowie die Einführung von geschlechtergerechten Arbeitszeitmodellen. „Es gibt mittlerweile viele Männer, die als Väter sagen: Auch ich will Zeit mit meiner Familie verbringen, ich will nicht nur zum Gutenachtkuss zuhause sein“, sagte Ministerin Schwesig. Wenn die Zeit für Familienaufgaben gerechter verteilt sei, dann werde auch die Arbeitszeit fairer verteilt. Sie setze sich daher stark für das Familienzeitmodell ein, das eine wöchentliche Arbeitszeit von 30 Stunden für Frauen und Männer vorsehe.

Die Politik habe es immer noch nicht geschafft, Artikel 3 Absatz 2 des Grundgesetzes – „Männer und Frauen sind gleichberechtigt“ – einzulösen. Bei uns verdienen Frauen immer noch weniger als Männer. Frauen fehlen in Führungsetagen und in deutschen Stadträten, auch in Rhede liegt der Frauenanteil im Stadtrat deutlich unter 30 Prozent. Zudem haben Mütter auch heute noch schlechtere Chancen auf dem Arbeitsmarkt als Väter. Die Politik müsse endlich für Geschlechtergerechtigkeit und eine gute Zukunft von Frauen und Männern sorgen! Das war ein wichtiges Fazit der Tagung, dem sich die Gleichstellungsbeauftragten aus dem Kreis Borken anschließen.

Weitere Informationen zum Thema „Gleichstellung“ erhalten Sie bei der Gleichstellungsbeauftragten der Stadt Rhede, Ute Schulte, unter der Telefonnummer 02872/930-240 bzw. per E-Mail: u.schulterhede.de

82. Emsland News

25.09.2015

<http://el-news.de/2015/09/emslaendische-gleichstellungsbeauftragte-besuchen-bundeskonferenz/>

Emsländische Gleichstellungsbeauftragte besuchen Bundeskonferenz

Sep 25, 2015

Gleichstellungsarbeit 3.0

Rostock – „Gleichstellungsarbeit 3.0 – für eine bessere Zukunft von Frauen und Männern“ – unter diesem Motto fand Mitte September die Bundeskonferenz kommunaler Frauenbüros und Gleichstellungsstellen in Rostock statt. Wertvolle Impulse erhielten auch die sechs regionalen Gleichstellungsbeauftragten aus dem Landkreis Emsland, die an der dreitägigen Veranstaltung teilnahmen. „Der Austausch mit den Gleichstellungsbeauftragten aus dem gesamten Bundesgebiet, aber auch die Anregungen von Bundesministerin Manuela Schwesig sind eine wichtige Unterstützung unserer Arbeit hier in der Region“, so die kommunalen Gleichstellungsbeauftragten einhellig.

Mehr als 350 Gleichstellungsbeauftragten aus dem gesamten Bundesgebiet nahmen an der Konferenz teil, die durch Bundesministerin Manuela Schwesig eröffnet wurde, darunter aus dem Emsland Marlies Kohne (Landkreis Emsland), Angelika Roelofs (Stadt Lingen (Ems)), Elisabeth Mecklenburg (Stadt Meppen), Annegret Schepers (Stadt Haren (Ems)), Regina Gerdes (Stadt Papenburg) und Mechthild Kümling (Samtgemeinde Freren).

Bundesministerin Schwesig brachte ihre Wertschätzung der Arbeit der kommunalen Gleichstellungsbeauftragten zum Ausdruck. Dabei unterstrich sie die Bedeutung gleicher Chancen für Männer und Frauen, indem sie flexible Teilzeitmodelle und eine faire Aufteilung der Arbeitszeit, aber auch der Familienaufgaben forderte. Auch die emsländische Gleichstellungsbeauftragte, Marlies Kohne, schließt sich dieser Betrachtung an: „Wenn vor allem Mütter beruflich zurückstecken müssen, sind

die Folgen verhängnisvoll: Fachkräftemangel, schlecht bezahlte Minijobs, niedrige Renten, Altersarmut. Deshalb muss eine gerechtere Arbeitsteilung zwischen Männern und Frauen ermöglicht werden.“

Thematisiert wurde zudem die Rolle der Gleichstellungsbeauftragten mit Blick auf die Flüchtlingsarbeit als neue große Herausforderung vor Ort. Schwesig betonte die Bedeutung einer angemessenen Unterbringung ebenso wie den notwendigen Zugang zu speziellen Beratungsangeboten. Hier könne sich Gleichstellungsar

Gleichstellungsbeauftragten über ihre Arbeit. „Doch die Eingruppierung und damit die Bezahlung sind vergleichsweise schlecht. Meist haben sie kein Personal und ein nur geringes Budget. Aber: mit ihrer Arbeit fördern sie eine gleichberechtigte Gesellschaft. Dadurch erhöht sich auch der wirtschaftliche Erfolg für Alle!“, stellten sie fest. Dazu Manuela Schwesig: „Ich ärgere mich oft, dass die Arbeit die vor Ort die Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten machen, gar nicht so wertgeschätzt wird, wie es eigentlich sein müsste. Ob eine Frau gute berufliche Chancen hat, ob die Vereinbarkeit von Beruf und Familie für Frauen und Männer gut geht, ob genug Frauenhäuser und Beratungsangebote da sind, das entscheidet sich vor Ort. Und wenn wir nicht diese taffen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten hätten, dann hätten wir viel weniger und eigentlich bräuchten wir sogar noch mehr und das ist natürlich meine Aufgabe diese Arbeit zu unterstützen.“

Quelle: Pressesprecher der Stadt Würselen

83. Aachener Zeitung

29.09.2015

<http://www.aachener-zeitung.de/lokales/nordkreis/bundeskongress-der-frauenbueros-frauen-zeigen-missstaende-auf-1.1191316>

Bundeskongress der Frauenbüros: Frauen zeigen Missstände auf

Letzte Aktualisierung: 29. September 2015, 15:26 Uhr



Ulrike Lange Wiemer (v.l.n.r.), StädteRegion Aachen, Roswitha Damen, Stadt Aachen, Birgit Kuballa, Stadt Herzogenrath, Bettina Eil, Kreis Euskirchen, Silke Tamm-Kanj, Stadt Würselen, Mandy Geithner-Simbine, Stadt Jülich.

Würselen. Die 23. Bundeskonferenz kommunaler Frauenbüros und Gleichstellungsstellen in Rostock, an der auch die Würseler Gleichstellungsbeauftragte Silke Tam-Kanj teilnahm, ist erfolgreich zu Ende gegangen. Themen waren: „Flüchtlingsfrauen brauchen besondere Unterstützung“, „Freigewordene Bundesmittel für Kitausbau“ und „Bessere Rahmenbedingungen für Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte“.

Diesen Forderungen schloss sich nach der Teilnahme neben Silke Tamm-Kanj auch Birgit Kuballa von der Stadt Herzogenrath an.

Frauen und Mädchen, die in vielen Ländern als Teil der Kriegsführung vergewaltigt und auch auf der Flucht häufig Opfer sexueller Gewalt worden waren, brauchen in Deutschland besondere Hilfesysteme, um die erlebten Traumata zu bewältigen, war eine Erkenntnis der Tagung.

Sie brauchen Schutz vor Gewalt und vor sexuellen Übergriffen in Gemeinschaftsunterkünften und sie brauchen Bildungsangebote, die unter anderem berücksichtigen, dass viele von ihnen nicht lesen und schreiben können. Und sie brauchen niedrigschwellige Angebote zur Gesundheitsversorgung.

Dazu sagte Bundesministerin Manuela Schwesig vor den mehr als 350 Gleichstellungsbeauftragten: „Ich schätze die Arbeit der kommunalen Gleichstellungsbeauftragten sehr. Ohne Sie wäre vieles nicht möglich. Ich begrüße es sehr, dass Sie sich vor Ort dafür stark machen, dass auf die

Bedürfnisse dieser Frauen so gut es geht Rücksicht genommen wird. Dazu gehört eine angemessene Unterbringung ebenso wie der Zugang zu speziellen Beratungsangeboten.“

Silke Tamm-Kanj forderte daher qualifiziertes Personal und Bundesmittel speziell für die Unterstützung von geflüchteten Frauen und Mädchen.

Die freiwerdenden Mittel aus dem Betreuungsgeld müssen in den Ausbau der Kindertagesstätten fließen, war eine weitere Forderung. „Fehlende Kinderbetreuung führt dazu, dass vor allem Mütter beruflich zurückstecken. Die Folgen sind Fachkräftemangel, schlecht bezahlte Minijobs, niedrige Renten, Altersarmut. Das kann nur durch mehr Kitaplätze und eine gerechtere Arbeitsteilung zwischen Männern und Frauen verhindert werden“, so Birgit Kuballa.

Auch hier gab es Unterstützung von Manuela Schwesig: „Es gibt mittlerweile viele Männer, die als Väter sagen: Auch ich will Zeit mit meiner Familie verbringen. Wenn die Zeit für Familienaufgaben fairer verteilt ist, dann wird auch endlich die Arbeitszeit fairer verteilt. Dann kommen die Frauen aus der Mini-Teilzeitfalle und haben berufliche Perspektiven und bessere Einkommenschancen.“

Nur wenige Arbeitgeber hätten bisher auf die Forderung von Vätern nach einer besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf reagiert. Es bedarf daher neuer geschlechtergerechte Arbeitszeitmodelle, wie zum Beispiel das der Familienzeit (30 Stunden pro Woche), die Bundesministerin Schwesig vorgeschlagen hat.

Die Gleichberechtigung bliebe immer noch auf der Strecke: Frauen fehlten in Führungsetagen, im Stadtrat und auf Bürgermeistersesseln. Mütter hätten schlechtere Chancen auf dem Arbeitsmarkt als Väter. 39 Prozent der Alleinerziehenden und ihre Kinder seien von Armut bedroht.

Außerdem stellte Schwesig fest: „Ich ärgere mich oft, dass die Arbeit, die die Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten machen, gar nicht so wertgeschätzt wird, wie es eigentlich sein müsste.“ Laut Kongress manifestiere sich dies auch im Budget und zur Verfügung stehendem Personal.

85. mvforyou

07.09.2015

Hesse: Vereinbarkeit von Arbeit und Privatleben setzt Gleichstellung voraus

Gleichstellungsministerin Birgit Hesse hat am Montag auf der Bundeskonferenz der kommunalen Gleichstellungsbeauftragten in Rostock auf die Notwendigkeit der Gleichstellung von Männern und Frauen hingewiesen. „Wer eine moderne Gesellschaft und eine moderne Gesellschaftspolitik will, der kommt um das Thema Gleichstellung nicht herum und der kommt um die Gleichstellungsbeauftragten nicht herum“, sagte Hesse vor rund 370 aus ganz Deutschland angereisten kommunalen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten. Gleichzeitig machte die Ministerin deutlich, dass sowohl Gleichstellung als auch die bessere Vereinbarkeit von Erwerbs- und Privatleben Schwerpunkte der Landesregierung sind. Das zeige sich auch in der aktuellen Förderperiode des Europäischen Sozialfonds (ESF). „Wir fördern aus ESF-Mitteln verstärkt Projekte, die sich mit diesem Thema auseinandersetzen, es vorantreiben, es in die Öffentlichkeit tragen. Bis 2020 stehen dafür 13 Millionen Euro zur Verfügung“, so Hesse.

Quelle: Pressemitteilung Nr. 087-07.09.2015-SM-Ministerium für Arbeit, Gleichstellung und Soziales

Weitere Pressemitteilungen

<https://www.langen.de/de/frauen.html>

und Veröffentlichungen der PM auf Städtischen Seiten in Speyer, Marburg, Stade und Essen